Mit dem Aprilheft der Zeitschrift für Geopolitik tritt eine Änderung im äußeren Bild der Zeitschrift ein, zu der die Anregung von unseren Lesern ausgeht: Es wurde in vielfachen Zuschriften betont, wie sehr gerade die Berichterstattungen aus den verschiedenen Arbeitsgebieten geschätzt werden und daran das Bedauern geknüpft, daß sie in so kleinem Grade gedruckt und an das Ende des Heftes gestellt werden. Unleugbar enthalten die Berichterstattungen gerade das Material, das dem Leser die meisten Anregungen bietet, der Aufklärung über aktuelle Erscheinungen der Weltpolitik sucht; sie bilden überdies die unmittelbare Verbindung zwischen der Leserschaft und dem Herausgeberstab. So hat sich der Verlag in Verbindung mit den Herren Herausgebern entschlossen, fortab die Berichterstattungen im gleichen Grad zu drucken wie das übrige Heft, sie durch einen engeren Satz aus der Reihe der übrigen Beiträge herauszuheben und sie zwischen den Leitaufsatz und die Untersuchungen an den Anfang des Heftes zu stellen. *Kurt Vowinckel Verlag.*

GEORG KRAUSE-WICHMANN:
SAARGEBIET UND LOCARNO

Die Kräfteverschiebung in der Weltpolitik der letzten sechs Jahre, deren Entwicklung durch die beiden Namen Versailles und Locarno zunächst oberflächlich charakterisiert ist, hat auch die Saarfrage in den Vordergrund der politischen Erwägungen treten lassen. Unter dem Gesichtspunkt der Rückwirkungen betrachtet, stellt die deutsche Forderung auf vorzeitige und vorbehaltlose Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland lediglich eine logische Konsequenz des Vertrages von Locarno dar. Zwar wurden hierüber weder in Locarno noch bei der Unterzeichnung des Vertrages in London irgendwelche konkreten Vereinbarungen zwischen den interessierten Regierungen getroffen. Gleichwohl kann man heute behaupten, daß sich auf dem Wege zur Lösung der Saarfrage eine entscheidende Wendung bemerkbar zu machen beginnt. Vor einem Jahre noch wäre in der französischen Öffentlichkeit der Plan einer vorzeitigen Rückgabe des Saargebietes an Deutschland als eine Ketzerei bezeichnet worden, da diese Lösung im Grunde genommen eine Abänderung des ängstlich gehüteten Versailler Vertrages darstellt. Heute dagegen wird darüber in Frankreich schon öffentlich geschrieben. Das Pariser Journal meldete sogar am 3. Dezember, daß schon ein Zeitpunkt für eine deutsch-französische Konferenz vorgesehen sei, auf der über die vorzeitige Lösung der Saarfrage verhandelt werden solle.

Dieser bemerkenswerte Umschwung kommt nicht von ungefähr. Er entspringt auf der einen Seite der französischen Einsicht, daß der innere Widerstand des Saargebietes sowohl gegen eine Annektion durch Frankreich als gegen eine Aufrechterhaltung der Völkerbundsherrschaft zu groß ist, um auf die Dauer mit einem Nutzeffekt für die französischen Interessen überwunden werden zu können. Entscheidender jedoch als dieser Grund fällt auf der anderen Seite

der Zwang ins Gewicht, sich den seit 1918 grundlegend veränderten Machtverhältnissen anzupassen. Darüber wird später noch zu sprechen sein.

Betrachten wir zunächst kurz die Tendenzen, die das Saargebiet in seiner heutigen Gestalt geschaffen haben und im Widerspiel dazu die Bedingungen, die bisher vom Saargebiet aus für den Erfolg oder Mißerfolg dieser Bestrebungen maßgebend waren. Man kommt dabei zu dem Ergebnis — wenn es erlaubt ist, hier etwas vorauszugreifen —, daß französischerseits die Annektion des Saarbeckens betrieben wurde ohne Rücksicht darauf, ob Frankreich zur organischen Einbeziehung dieses Gebietes — kulturell und wirtschaftlich — und zu seiner machtpolitischen Behauptung in der Lage wäre. Zwar scheiterte der direkte Anspruch Frankreichs auf Abtretung dieses Gebietes an Wilsons Hartnäckigkeit. (Die Verhandlungen des Viererrates in Paris wären deswegen bekanntlich beinahe in die Luft geflogen.) Das französische Zielstreben, die Loslösung von Deutschland, wurde jedoch durch die Ablehnung der französischen Forderung nicht im mindesten beeinträchtigt. Im Gegenteil; die Umwandlung des Saarbeckens in ein Völkerbundsgebiet und die Klausel der Volksabstimmung nach 15 Jahren hielt für Frankreich die Möglichkeit offen, doch noch zum Ziele zu gelangen. Die „Auswertung" der Volksabstimmung in Oberschlesien ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man sich die Sache mit dem Saargebiet ungefähr dachte. Daß bei der Gestaltung der Saarverhältnisse ausgesprochen politische Motive im Vordergrund standen — die nachhaltige Schwächung Deutschlands um jeden Preis — ergibt sich auch daraus, daß Frankreich während der Friedensverhandlungen die Annahme des Gegenvorschlages der deutschen Delegation, an Stelle der geforderten Grubenabtretung der Saarkohlenausbeute äquivalente Ruhrkohlenlieferungen anzunehmen, verhinderte. Bekanntlich wurde der Anspruch Frankreichs auf die Saargruben im Viererrat mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Entschädigung für die Zerstörung der nordfranzösischen Zechen begründet. Sobald Clemenceau die Annahme dieser zunächst rein wirtschaftlichen Forderung im Viererrat durchgesetzt hatte, ergab sich die Plattform für die nächste Forderung: Die Ausbeute dieses bedeutenden Wirtschaftsbesitzes in einem fremden Gebiet durch Schaffung einer politischen Sonderverwaltung im Saargebiet sicherzustellen. Damit war der entscheidende Schritt getan, die Loslösung des Saargebiets von Deutschland eingeleitet; sie zu einer endgültigen zu machen und sie schließlich nach außen hin durch einen Völkerbundsentscheid zu legitimieren, ergab sich als die in den nächsten 15 Jahren vorzubereitende Aufgabe.

Es ist wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, daß ein so schwerwiegender Eingriff in die Lebensverhältnisse des Saargebietes wie seine politische Loslösung aus dem deutschen Hoheitsgebiet und die Schaffung einer eigenen Regierung, mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Bedürfnisse, keineswegs aus-

reichend begründet werden konnte. Wäre das geschickt in den Vordergrund gestellte wirtschaftliche Motiv, mit dem Clemenceau so erfolgreich operierte, tatsächlich vorherrschend gewesen, dann hätten kaum ernsthafte Bedenken bestehen können, das oben angedeutete deutsche Gegenangebot — Kohlenlieferungen — anzunehmen. Der Protest Brockdorff-Rantzaus vom 29. September 1919 brachte die Sachlage klar zum Ausdruck mit der Bemerkung: „Das reindeutsche Saargebiet soll von unserem Reiche gelöst und seine spätere Angliederung an Frankreich vorbereitet werden, obgleich wir Frankreich keine Menschen, sondern nur Kohlen schulden". Die Antwort Clemenceaus auf die deutschen Gegenvorschläge läßt die wahren französischen Motive deutlich erkennen. In der Antwort heißt es u. a. „der Vertrag sieht nach einer 15 jährigen Frist eine Volksabstimmung vor, die dieser Bevölkerung von so zusammengesetzter Art erlauben wird, in voller Freiheit (Oberschlesien! D. H.) und nicht notwendigerweise zum Vorteil Frankreichs oder Deutschlands die endgültige Rechtsordnung für das Gebiet, in dem sie lebt, zu bestimmen".

„Zusammengesetzte Bevölkerung — Volksabstimmung", diese beiden Worte umreißen das französische Programm. Für die wissenschaftliche Untersuchung scheidet in diesem Zusammenhang selbst die Frage aus, ob der Hinweis auf die angebliche Gemischtheit der Bevölkerung eine bewußte Unwahrheit oder eine grobe Unkenntnis darstellte. Unverrückbar steht auf jeden Fall heute fest, daß die von Clemenceau im Viererrat mit Gefühl vorgetragene und als Betrug nunmehr längst entlarvte Geschichte von den 150000 Saarfranzosen, die angeblich in einer Petition um „Rückkehr" zu Frankreich baten, den entscheidenden Widerstand Wilsons und Lloyd Georges (die beide von den Verhältnissen im Saargebiet keine Ahnung hatten) gegen die französischen Pläne auf Schaffung eines selbständigen, der deutschen Hoheit entzogenen Saargebietes entwaffnete. Für Frankreich wurde allein dadurch der Weg zum Ziele — endgültige Trennung von Deutschland — geöffnet. Ohne das Manöver Clemenceaus wäre die Lockerung der staatlichen Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland niemals zustande gekommen.

Die französische Rechnung erwies sich, was die Bevölkerung anging, als grundfalsch. Entweder hatte man den reindeutschen Charakter der Einwohner übersehen oder die Schwierigkeiten, diese in ihrem national bedingten Wesen zu ändern, unterschätzt. An dieser Tatsache änderte natürlich nichts die von der ganz unter französischem Einfluß stehenden Regierungskommission geflissentlich eingeführte künstliche Unterscheidung zwischen im Saargebiet geborenen und dort nicht geborenen Personen. Letzteren wird heute noch — der Kuriosität halber sei es erwähnt — das passive Wahlrecht zum Landesrat vorenthalten, obwohl sie sich durch nichts von den „Eingeborenen" unterscheiden. Ein gewiß unverdächtiger Zeuge, der nationalistische „Metzer Messin", urteilte am 7. Dezember 1925 wie folgt: „Wenn die Verfasser des

Versailler Dokumentes sich die Mühe genommen hätten, sich zu informieren und persönliche Erkundigungen einzuziehen, so hätten sie gefunden, daß die geschichtliche Zersplitterung Deutschlands auf das Saargebiet, das ebenso preußisch wie Brandenburg ist, keine Anwendung findet".

Die äußeren Bedingungen, zum Ziel zu gelangen, lagen dagegen für Frankreich denkbar günstig. Der Grubenbesitz sicherte in dem von der Kohle abhängigen Industriegebiet die wirtschaftliche Vorherrschaft. Kohlenboykott brachte die Aktienmehrheit der gesamten Saarindustrie sehr rasch in französische Hände, von den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken abgesehen. Die — nebenbei bemerkt vertragswidrige — Einführung des französischen Franken als alleinige gesetzliche Währung im Juni 1923 und schließlich der Zollanschluß des Saargebietes an Frankreich am 10. Januar 1925 vervollständigten die zwangsweise wirtschaftliche Orientierung nach dem Westen. Nur ein Faktor drehte sich nicht mit: die Bevölkerung, und hier versagten auch die Zwangsmittel.

Die französischen Bestrebungen, die Einwohner des Saarbeckens für Frankreich zu gewinnen, setzten naturgemäß mit besonderem Nachdruck bei den Gruben ein, deren Arbeiter, mit Angehörigen fast 30 % der Bevölkerung ausmachend, in direkter Abhängigkeit von der französischen Regierung standen. In richtiger Einschätzung der Rolle, die der Jugend im Jahre 1935 bei der Abstimmung zufallen würde, errichtete man französische Grubenschulen, die, wiederum im Widerspruch zum Versailler Vertrag (der diese nur für die Kinder des französischen Grubenpersonals vorsah), auch den Kindern der deutschen Bergleute, ja sogar solchen von Nicht-Bergleuten, zugänglich gemacht wurden. Mit Vergünstigungen (Lehrmittelfreiheit, Weihnachtsbescherungen usw.), mehr aber noch durch Drohungen und Bestrafungen brachte es der französische Fiskus unter rücksichtsloser Ausnützung seiner Macht als größter Arbeitgeber zuwege, daß vorübergehend etwa 3000 Kinder — ca. 3—4 % der gesamten Schuljugend — dem französischen Schulunterricht beiwohnten. Hilfsstellung leistete dabei die Regierungskommission, die trotz der klaren Rechtslage des Saarstatutes gegen diese Ausbreitung des französischen Schulwesens keinen Einspruch erhob, ja sogar verhinderte, daß die einheimischen Volksschulen dieselbe materielle Vergünstigung (Lehrmittelfreiheit) wie die französischen Domanialschulen boten. Wandel wurde erst nach jahrelangen Vorstellungen des Landesrates und der deutschen Regierung in Genf geschaffen, als auf Anweisung des Völkerbundsrates die Regierungskommission 1924 eine Verordnung erließ, die allen Bergleuten Schutz zusagte für den Fall, daß ihnen Nachteile erwüchsen, wenn sie ihre Kinder nicht in die französischen Schulen schickten. Von diesem Zeitpunkt an setzte eine starke Rückwanderung in die deutsche Volksschule ein, so daß heute bereits die französischen Schulen im Saargebiet auf den Aussterbeetat gesetzt sind. Ebenso groß war der Miß-

rfolg, den Frankreich mit der Gründung einer franzosenfreundlichen Partei er-
itt. Unter der Parole „Das Saarland den Saarländern" machte der von dem
ranzösischen Propagandaoffizier Richert ins Leben gerufene sog. Saarbund mit
ekauften Elementen separatistische Propaganda. Die Zugehörigkeit zu diesem
Bunde bildete lange Zeit die Voraussetzung dafür, daß man auf den Gruben
efördert werden konnte. Unter den zahlreichen Druckmitteln, die seitens
ranzösischer Bergbeamter zur Mitgliederpressung angewandt wurden, spielte
lie rigorose Verfügung über die dem Fiskus gehörigen Grubenwohnungen eine
esondere Rolle. Als der Saarbund sich stark genug glaubte, versuchte er an-
äßlich der Landesratswahlen im Januar 1924 einen entscheidenden Vorstoß,
ndem er eine eigene Liste aufstellte. Trotz enormer Propaganda fiel er jedoch
lurch. Von den 30 Mandaten konnte er keines erringen. Auch sein mit
ranzösischen Regierungsmitteln ins Leben gerufenes Propagandaorgan, der „Neue
Saarkurier" (der sich bezeichnenderweise ursprünglich im Untertitel „Nouveau
Courier de la Sarre" nannte und zur Hälfte in französisch erschien, trotz reiner
Deutschsprachigkeit des Gebietes) versuchte vergeblich die Enttäuschung über den
Wahlausgang zu verbergen. Der katastrophale Mißerfolg des Saarbundes wird
weiterhin illustriert durch das Ergebnis der Sicherheitsmännerwahlen im Berg-
au, die ein Jahr später, im Januar 1925, stattfanden. Von über 40 000 Stimmen
ntfielen auf den Saarbund knapp 70 (siebzig). An dieser Stelle verdient der
ervorragende Anteil hervorgehoben zu werden, den die Gewerkschaften, dank
hrer Geschlossenheit, an der Vereitelung der französischen Pläne hatten. Diese
Geschlossenheit und Disziplin war um so bemerkenswerter, als sich die Ge-
werkschaften im Saargebiet eigentlich erst nach der Revolution in beachtlichem
Ausmaß entwickelt hatten, da vor dem Erlaß des Hilfsdienstgesetzes Ende 1917
lie Koalitionsfreiheit im Saargebiet praktisch sehr stark eingeschränkt war.

Was von der in besonderer Weise den französischen Bestrebungen ausge-
etzten Bergarbeiterschaft gilt, hat in gleichem Maße Geltung für die gesamte
Saarbevölkerung. Es bedarf, um ein Beispiel der jüngsten Zeit zu nennen,
ur des Hinweises auf den geradezu überwältigenden Verlauf der Jahrtausend-
eier, die in schönstem Sinne aus dem Volksempfinden heraus, trotz Not und
Sorge ein freudiges Bekenntnis zu Deutschland wurde. Zusammenfassend läßt
ich sagen: Der innere Widerstand der Bevölkerung des Saargebietes gegen die
ranzösischen Bestrebungen war zu stark, um überwunden werden zu können.

Gleichwohl wäre es verfehlt, allein diesen Faktor für die veränderte Einstellung
Frankreichs zur Saarfrage entscheidende Bedeutung beimessen zu wollen. Auch
lie Saarfrage, deren Entscheidung offiziell bei dem Völkerbund liegt, wird nach
Machtgesichtspunkten geregelt werden. Angesichts des starken Menschenver-
ustes, den Frankreich durch den Krieg erlitten hat, des schleichenden Tempos
einer Bevölkerungsvermehrung, angesichts der Last der äußeren und inneren

Staatsschulden, nicht zuletzt aber der kolonialen Schwierigkeiten und der zunehmenden Erstarkung Deutschlands entsteht für die französische Politik die Aufgabe, ihre abnormal erweiterte Machtsphäre auf ein Maß zu bringen, das sie mit den verfügbaren Machtmitteln auf die Dauer behaupten kann. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, erscheint allerdings bei oberflächlichem Hinsehen für Frankreich der Besitz der Saargruben, der Saarindustrie und des saarländischen Absatzmarktes verlockend. Die Rentabilität der Saargruben ist jedoch, wie man weiß, trotz Raubbau im letzten Jahre so stark gesunken, daß die Behauptung dieses Wirtschaftsbesitzes auf die Dauer kaum ins Gewicht fallende finanzielle Vorteile bietet. Zudem ist die Kokserzeugung der Saargruben so gering, daß sie im Hinblick auf den enormen Bedarf der lothringischen Industrie gar keine Rolle spielt. Die sich aus der Zollabschnürung ergebenden Schwierigkeiten für die bekanntlich überwiegend in französischem Kapitalbesitz befindliche Saarindustrie treten zur Zeit zwar in ihrem normalen Ausmaß noch nicht in die Erscheinung, da das Reich durch umfangreiche Zollstundungen die Unterbindung der Ausfuhr nach Deutschland bisher verhindert hat. Außerdem läßt die produktionsbegünstigende Wirkung der Frankeninflation die schweren Schädigungen, die sich unter normalen Bedingungen aus der Verdrängung der Saarproduktion von ihrem natürlichen deutschen Absatzmarkt ergeben, nicht wirksam werden. Früher oder später werden aber diese latenten Schwierigkeiten die Rentabilität des französischen Kapitalbesitzes, einschließlich der Gruben, in Frage stellen.

Es wäre zu weit gegangen, wollte man von diesem Rentabilitätsgesichtspunkt eine entscheidende Rückwirkung auf die Einstellung der französischen Politik zur Saarfrage erwarten. Die tieferen Ursachen liegen in der politischen Kräfteverschiebung beschlossen, deren Entwicklungsrichtung eingangs schon mit den Worten Versailles—Locarno angedeutet wurde. Der völlige Umschwung, der sich seit Versailles vollzogen hat, wird durch die veränderte Haltung der Ententestaaten zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund mit geradezu klassischer Deutlichkeit illustriert. Während Deutschland früher als unwürdig bezeichnet wurde, im Völkerbund einen Sitz innezuhaben, bemüht man sich heute, es zur Annahme eines Platzes in Genf zu bewegen. Gewiß nicht aus reiner Nächstenliebe. Man braucht Deutschland. Die Weltwirtschaft ist durch die Kriegs- und „Friedenswirkungen“ grundlegend verändert worden, notwendige Absatzmärkte sind in Übersee verloren gegangen, die Konsumptivkraft Europas und Rußlands wurde erheblich verringert. Die Vereinigten Staaten, ehemals Schuldner, sind heute die Gläubiger Europas geworden. Dazu Arbeitslosigkeit in England, Währungskrise in Polen, Belgien, Frankreich. Die Überspannung der politischen Macht, die Entstehung des Bolschewismus, die Heranziehung der Farbigen zum Kampf gegen die

Weißen, haben im Endeffekt zu einer Krise bei den „Siegerstaaten" geführt, die die Zusammenfassung aller Kräfte notwendig macht. Marokko, Syrien, Indien, China, überall wird der Bestand der europäischen Herrschaft bedroht. Die Tendenz Englands und Frankreichs ist unverkennbar, sich zunächst von der Sorge zu befreien, die mit der Aufrechterhaltung einer Zwangspolitik gegenüber dem erstarkenden Deutschland notwendigerweise verbunden ist, um Kräfte für die Verteidigung der in Außer-Europa bedrohten Interessen frei zu bekommen. Das in dem Vertrag von Locarno festgelegte System der wechselseitigen Grenzgarantien und Friedenssicherung scheint geeignet, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Der harte Kampf, der in Locarno um die Auslegung des Artikels 16 des Völkerbundsstatutes geführt wurde, läßt deutlich erkennen, welche große Bedeutung man einer deutschen Unterstützung der Völkerbundspolitik beimißt. Diese Politik hat eine Stabilisierung der Verhältnisse in Europa zur Voraussetzung. Es müssen daher alle Gefahrenpunkte bereinigt werden. Als solchen „Gefahrenpunkt" in Europa" bezeichnet der angesehene englische Journalist Robert Donald das Saargebiet. Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, erscheint die vorzeitige Lösung der Saarfrage weniger als ein Effekt, der sich aus dem plötzlich entdeckten Friedensgeist von Locarno ergeben wird — wie schwach dieser Geist noch ist, hat die Unaufrichtigkeit der Ententepolitik, die letzten Endes an dem jüngsten Genfer Fiasko schuld ist, gezeigt —, sondern als eine Angelegenheit, die der Notwendigkeit entspringt, aus weltpolitischen Erwägungen mit Deutschland zu einem Friedenszustand zu gelangen.

Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß die deutschen Unterhändler in Locarno ihre Zusage zum Beitritt Deutschlands in den Völkerbund u. a. von der Bedingung abhängig gemacht haben, daß in nächster Zeit ernsthaft an die Regelung der Saarfrage herangegangen wird. Sobald Deutschland dem Völkerbund angehört, wird es ihm bei der öffentlichen Diskussion der Saarfrage zugute kommen, wenn es darauf hinweisen kann, daß die Saarbevölkerung (wie wir oben an einigen Beispielen kurz geschildert haben) tatsächlich rein deutsch ist und die Voraussetzung, unter der die Klausel der Volksabstimmung zustande kam, eine rein trügerische war. Es wird m. E. weiter anführen können, daß selbst die längere Überlassung der Saargruben an Frankreich juristisch kaum noch zu rechtfertigen ist, da die Gesamtreparationsverpflichtungen Deutschlands durch den Dawesplan einheitlich geregelt sind. Auch die Begründung, daß Deutschland die Saargruben als Ersatz für den Förderausfall der im Kriege zerstörten nordfranzösischen Zechen schuldet, ist nicht mehr stichhaltig, da diese die Friedensförderung schon wieder überschritten haben.

Als einzige Lösung kommt für das Saargebiet nur eine vorbehaltlose Rückgabe an Deutschland in Frage. Wenn über den Zeitpunkt dieser Lösung auch nichts Bestimmtes gesagt werden kann, so steht heute jedenfalls schon fest, daß sie den in Versailles von Frankreich verfolgten Absichten entgegengesetzt sein wird.

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Genf liegt hinter uns. Der „Geist von Locarno“, vor dem wir in den vergangenen Monaten immer und immer wieder warnten, hat sich als tönende Redensart und nicht mehr erwiesen. Noch einmal bietet uns das Schicksal eine kurze Frist zur Überprüfung unserer außenpolitischen Orientierung. Werden die Parteien und die Regierungskreise diese Gelegenheit nutzen oder hat sie der „Geist von Locarno“ bereits derart umnebelt, daß sie im Spätherbst vergnüglich wieder dorthin zurückkehren, wo man den feierlichst Eingeladenen eben einen so schmählichen Korb erteilte?

Wir Deutschen werden offenbar nicht klug, sondern beharren darauf, die Welt zu sehen, wie wir wünschten, daß sie wäre, statt wie sie ist. Niemand redet im Ernst dem Revanchekrieg das Wort, jeder von uns erstrebt heiß und inbrünstig Frieden und Freiheit, jeder sehnt sich wahrhaftig nach dem Zeitalter internationaler Verständigung, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Aber was ist schließlich mit diesem deutschen Wunsch erreicht in einer Zeit, in der Italien, Frankreich und England nach ganz anderen Grundsätzen in altbewährter Weise egoistische Politik treiben und hinter der geschickt zur Schau getragenen Völkerbundsmaske lediglich ihre selbstsüchtigen Absichten verbergen?

Die Spatzen pfeifen es ja doch vom Dache, daß man uns auch in Locarno wieder in der übelsten Weise betrog. Während man uns einen ständigen Ratssitz zusicherte und uns damit einlullte, daß wir künftighin als „gleichberechtigte Großmacht“ an der Gestaltung des neuen Europa und der Welt entscheidend mitwirken könnten, parierten im geheimen sowohl Chamberlain als Briand mit kühnen Zügen und schoben auf dem Schachbrett des Genfer Völkerbundspieles ihre Figuren derartig hin und her, daß der theoretisch mögliche deutsche Einfluß von vornherein ausgeschaltet war. Ohne uns auch nur die mindeste Andeutung zuteil werden zu lassen, versprach in Locarno bereits der Franzose den Polen, der Engländer den Spaniern einen Ratssitz!

Lassen wir uns doch durch das Genfer Intrigenspiel nicht irre machen. Ob Brasilien oder irgend ein anderer Staat auf Geheiß von U. S. A. bzw. der Genfer Großmächte sein Veto gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund einlegte, ist letzten Endes belanglos. Wichtig ist und bleibt allein die Tatsache, daß Frankreich und England von vornherein hinterhältig waren und Deutschland unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zur Westorientierung verleiteten. „Revanche pour Rapallo“ war ihre Losung, und sie haben ihr Ziel vorerst erreicht. Grollend und schmollend steht Rußland bei Seite; hohnlächelnd weisen uns die Westmächte ab; Deutschland ist mehr denn je isoliert. Es lebe der „Geist von Locarno“!

Wer noch daran gezweifelt hat, daß der Genfer Völkerbund die ihm angeblich zugrunde liegende Idee tatsächlich nicht verwirklicht, der muß nunmehr klar sehen oder ihm ist überhaupt nicht zu helfen. Einen Weltvölkerbund stellt die Genfer Organisation keineswegs dar, denn ihm fehlen die beiden Riesenstaaten Rußland und U. S. A. Von einem Europäischen Völkerbund kann man ebenso wenig sprechen; lebenswichtige Belange der Alten Welt

werden von südamerikanischen Staaten entschieden, die ihrerseits gegen jede Einmischung des Völkerbundes durch die Monroe-Doktrin geschützt sind. Was also soll dieser Zwitter? Was hat Deutschland zu suchen in einer Machtorganisation, in der eine Fülle von Statisten nach der Pfeife Englands, Frankreichs oder Italiens tanzen, die klugen Ostasiaten sich über alle Pläne der Europäer informieren und schließlich ein kleiner Kreis ehrlicher Idealisten verzweifelt, aber ohnmächtig gegen das taktische Hin und Her der Großen ankämpft? Möchte Deutschland nicht die Idee eines europäischen Bundes, wohl aber deren gegenwärtige Erscheinungsform nach den bitteren Erfahrungen von Genf entschieden verwerfen, möchte es unter allen Umständen die Aufforderung, an der Untersuchung einer Umgestaltung des Völkerbundsrates teilzunehmen, als selbstverständliche Unmöglichkeit ablehnen. Wir erklärten uns in Locarno bereit, in den Völkerbund, wie er damals bestand, einzutreten. Schon das war u. E. ein verhängnisvoll falscher Entschluß. Ändert man nun aber gar die Struktur des Völkerbundes, so haben wir abseits zu stehen, um nach erfolgter Umgestaltung seitens der Bundesmitglieder erneut zu prüfen, ob der Eintritt in diese „Gemeinschaft“ den Lebensinteressen des deutschen Staates und Volkes entspricht.

Im Laufe der nächsten Monate werdenwir aber nicht nur dem Völkerbund und seiner allgemeinen Entwicklung größte Aufmerksamkeit zu schenken haben, sondern zugleich sorgfältig das Spiel hinter den Kulissen beachten und die großen, raumpolitisch wichtigen Ereignisse werten müssen. Die Geheimdiplomatie ist ja bekanntlich abgeschafft worden, wenigstens — auf dem Papier. In Wirklichkeit blüht und gedeiht sie natürlich allenthalben wie kaum je zuvor. Von Wichtigkeit für uns ist nicht bloß das ränkevolle Hin und Her der Großmächte, sondern mindestens ebenso die geheimnishafte Geschäftigkeit der Vasallen, z. B. des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch. Über den wirklichen Inhalt der Wiener Aussprache dieses Staatsmannes mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Ramek wissen wir natürlich nichts genaues. Aufmerksamen Beobachtern konnte es aber nicht entgehen, daß diese beiden Politiker auch während der Genfer Völkerbundtagung auffallend oft miteinander verhandelten. Wir halten es keineswegs für ausgeschlossen, daß hierbei der Plan eines neuen mitteleuropäischen Staatenbundes eingehend erörtert wurde, spielt doch Benesch bekanntermaßen seit langem mit dem Gedanken, eine „Locarnogemeinschaft für Mitteleuropa“ zustande zu bringen. Die Tschechoslowakei, Österreich, Jugoslawien, Rumänien und Polen sollen sich zu diesem neuen Block zusammenfügen. Auf diese Weise würde in erster Linie Ungarn vollkommen isoliert werden; aber ein Blick auf die Karte zeigt, daß damit gleichzeitig uns die Beziehungen zu Rußland in abermals verstärktem Maße unterbunden werden könnten und daß unser großdeutsches Ziel hierdurch in weite Ferne gerückt würde. Dr. Ramek hat nun zwar in Berlin viele schöne Worte für die deutsche Kulturgemeinschaft gefunden, indessen seine Beschwichtigung nach Italien und seine Reise nach Prag geben trotz alledem sehr zu denken. Wir werden die Augen aufhalten müssen, um nicht vollends ein Opfer der französischen Kontinentalpolitik zu werden.

Nicht mindere Beachtung verdient die geheimnisvolle Europareise des südslawischen Außenministers Nintschitsch. Die Unterredung zwischen Mussolini und Nintschitsch wird vielfach im Sinne einer politischen Neu-

gruppierung in Mittel- und Osteuropa gedeutet. In der Tat scheint sich trotz des Scheiterns offizieller Bündnisse eine Annäherung zwischen Italien und den Ländern der Kleinen Entente angebahnt zu haben. Will Mussolini damit seinen Brandreden gegen Deutschland einen realpolitischen Hintergrund geben? Oder plant er eine besondere, die französischen Pläne durchkreuzende politische Neugliederung Osteuropas unter Führung Italiens? — Die Eile, mit der bald darauf Nintschitsch von Briand empfangen wurde, spricht jedenfalls dafür, daß die Franzosen hier irgendwelche Gefahr wittern. Für uns Deutsche mag die Rivalität Frankreichs und Italiens in Mittel-Osteuropa nur von bedingtem Interesse sein. Wichtig aber dünkt uns, daß das Kesseltreiben gegen Deutschland in jedem Falle unter französischer oder italienischer Führung emsiglich weiter geht. An dieser Tatsache ändert der Entente-Wortschwall am Schluß der Genfer Tagung nicht einen Deut. Uns berühren nicht schöne Redensarten, sondern allein die Taten, und die lassen fürwahr für die Zukunft nichts Gutes erhoffen. Europa will nun einmal nicht Vernunft annehmen, sondern besteht darauf, sich weiterhin selbst zu zerfleischen.

Wie wenig der Genfer Völkerbund eine Gemeinschaft gleichzieliger Staaten darstellt, wurde u. a. auch durch den Abschluß des französisch-türkischen Abkommens offenbar. Auch hier selbstverständlich Geheimpolitik wie in der guten, alten Zeit. So viel indes ist sicher, daß die uralte französisch-englische Rivalität in Vorderasien infolge dieses Abkommens erneut aufgelebt ist. Frankreich hat augenscheinlich der Türkei diejenige Teilstrecke der Bagdadbahn abgetreten, die bisher abwechselnd durch türkisches und durch syrisches Grenzgebiet gegangen und gemeinsam verwaltet worden ist. Diese Maßnahme wird in England aus naheliegenden Gründen als eine Bedrohung des englischen Irak angesehen und entsprechend beurteilt. Kennzeichnend sind die Bemerkungen des „Economist“ vom 6. März 1926 (S. 449): „If France is to be neutral in a hypothetical Anglo-Turkish conflict, presumably that rules out any use of the Syrian section of the railway, in that contingency, by the Turkish Army. So far so good; but is France entitled to pledge herself to neutrality in such a contingency? As a member of the League, would she not be found juridically to take economic action against Turkey if Turkey contravened the League's award? And as a signatory of the Lausanne Treaty, would she not be bound morally to come to the aid of Great Britain in maintaining it, seeing that Great Britain, under the Locarno Agreements, has undertaken to come to the aid of France in maintaining the Treaty of Versailles? These doubts can only be set at rest by the publication of the text of the new French agreement with Turkey.“ Sehr richtig! Aber Frankreich wird vermutlich alles andere tun, als dem „treuen englischen Verbündeten“ reinen Wein über die Verständigung mit der Türkei einschenken. „Eine Hand wäscht die andere“, meint der Economist; aber Frankreich findet es vorteilhafter, für alle Fälle zwei Eisen im Feuer zu haben. Und das sind die Führer des angeblich auf Gerechtigkeit und gegenseitiges Vertrauen eingestellten Genfer Völkerbundes!

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Großmächte die Völkerbundspolitik Brasiliens irgendwie beeinflußt haben. Vielleicht hören wir demnächst von einer Brasilien gewährten Anleihe oder von der Zustimmung der Groß-

mächte zu dem von Brasilien so heiß erstrebten Weltkaffeetrust. Indessen damit allein ist andererseits nicht alles erklärt. Der geopolitische Chronist darf nicht übersehen, daß seit einiger Zeit innige Beziehungen zwischen den iberischen Staaten und Südamerika in Gang gekommen sind, und daß dieses Wiedererwachen uralter Gemeinschaft für die zukünftige Weltpolitik möglicherweise von Bedeutung werden kann. In dieser Beziehung spielen Portugal-Brasilien nur eine untergeordnete Rolle, weil Portugal als inoffizielle englische Kolonie wohl kaum eine selbständige Außenpolitik größeren Stiles treiben darf. Unendlich viel wichtiger ist der Hispano-Amerikanismus, der Gedanke eines irgendwie gearteten Zusammenschlusses aller Völker spanischer Zunge. Mit mannigfachen Ausstellungen hüben und drüben begann diese Freundschaft, gegenseitige Besuche von Politikern, Wirtschaftlern und Gelehrten vertieften sie, und der Südamerika-Flug des spanischen Majors Franco hat schließlich die Begeisterung zu heller Flamme entfacht. Auf einem Dornier-Wal deutscher Konstruktion legten Franco und seine Kameraden in der Zeit vom 22. Januar bis 11. Februar 1926 den 10 120 km langen Weg (gleich ein Viertel der Äquatorlänge) von Palos über die Kanarischen Inseln — Kap Verdischen Inseln — San Fernando Noronha — Pernambuco — Rio de Janeiro nach Buenos Aires zurück (Skizze). Die meisterhafte Navigationskunst Francos verdient aufrichtige Bewunderung; die politischen Folgen dieses kühnen Unternehmens können sehr weittragend werden. Diesseits und jenseits des Atlantik feiert man den Flug von Palos nach Buenos Aires als Großtat und Triumph der gesamten spanischen Volkheit. Der Freudentaumel kennt keine Grenzen. Allerorten Festzüge, Ansprachen, Feuerwerke, Festmahle, Glockenläuten und feierliche Tedeum-Gottesdienste, jubelnde Hochrufe auf die Flieger, auf Spanien, auf Argentinien. Der 11. Februar ist zum Nationalfeiertag der spanischen Luftschiffahrt erhoben worden. Die Regierung hat eine weitgehende Amnestie erlassen u. a. m. Und das Echo in Argentinien ist nicht minder groß. Mit einem Schlage entsinnt sich die gesamte spanische Nation der gemeinsamen, sie alle verbindenden Abstammung und Kultur. Die Hafenstadt Palos, von der Christoph Columbus 1492 in See stach, um auf dem Wege gen Westen Indien zu erreichen, ist in aller Munde und wird mählich zu einem Symbol eines machtvoll sich regenden Panhispanismus. Vergessen die vielen Schlappen und Niederlagen, die



Zur ersten Flugzeug-Überquerung des Atlantik durch den spanischen Major Franco (22. Januar bis 11. Februar 1926)

das einst so siegesstolze Spanien in den letzten Jahrzehnten allenthalben erlitt. Ein neues, größeres Spanien ersteht, und brüderlich reichen sich Mutterland und einstige Kolonien die Hände. Schon spricht man von regerer Ausgestaltung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, schon hört man hier und dort das Wort „politische Kooperation". Und Franco ist ja noch nicht einmal am Ende seiner Pläne. Durch das gesamte Lateinamerika beabsichtigt er zu fliegen, überall der Bote herzlichster mutterländischer Grüße zu sein. Die sportliche Fliegerleistung Francos wächst sich ersichtlich zu einem politischen Ereignis von großer Bedeutung aus.

Wenn wir die glanzvolle Durchführung der Francoschen Atlantik-Überquerung im Zusammenhang mit der Genfer Völkerbundtagung behandelten, so geschah dies mit voller Absicht. Wir wollten zeigen, wie die Geschehnisse allenthalben dazu drängen, das Universalprinzip der Genfer Organisation zu überwinden und umzugestalten im Sinne einer ethnisch, wirtschaftlich oder politisch begründeten Regionalisierung. Das Gesetz der wachsenden Räume drückt der Weltpolitik in der Tat den Stempel auf. Aber der Weg führt augenscheinlich nicht vom Einzelstaat direkt zum Weltvölkerbund, sondern vorerst nur zu einem Zusammenschluß irgendwie einheitlich orientierter Staatengruppen. Erst diese Einheiten niederen Grades werden möglicherweise einmal den Weg zu einem planetarischen Staatenbund finden.

Während in Europa eine Nation gegen die andere intrigiert, die Behandlung der Minderheiten nur in seltenen Ausnahmefällen gerecht und großzügig genannt werden kann (vergl. den preußischen Schulerlaß für die Grenzkreise in Schleswig und die neue Sprachenverordnung in der Tschechoslowakei!), beginnt England mit dem zielbewußten Um- und Ausbau seines Weltreiches. Das gänzliche Versagen der Chamberlainschen Politik in Genf wird eben deshalb so scharf beurteilt, weil der britische Außenminister durch seine Extratouren in Genf die Belange des Empire schwer verletzte, das englische Mutterland um die Ruhe vor dem Kontinent brachte, ohne die die Reorganisation des Weltreiches nun eben tatsächlich kaum möglich ist.

Das Interesse Großbritanniens scheint sich im Augenblick vor allem auf das östliche Afrika zu konzentrieren. In Ägypten ist eine vollkommene Frontänderung der gänzlich unter britischem Einfluß stehenden Regierung festzustellen. Immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Ermordung des Generalgouverneurs im Sudan, Sirdar Lee Stack, nicht von den Anhängern Zaghlul Paschas betrieben wurde, sondern umgekehrt den politischen Feinden dieses volkstümlichen ägyptischen Staatsmannes zuzuschreiben ist. Infolgedessen gilt es für die englische Politik nunmehr, sich irgendwie rasch mit Zaghlul auszusöhnen, um im unteren Nilland bald zu einiger Ruhe zu gelangen. Man stellt daher jetzt das alte (allgemeine) Wahlrecht wieder her, man ebnet einer Modernisierung des öffentlichen Lebens nach fast kemalistisch anmutendem Vorbild den Weg u. a. m. Mit bewundernswürdigem Eifer arbeitet der britische Hochkommissär in Ägypten, Lord George Lloyd, an der Erreichung seines alten Zieles: Schaffung eines modernen „konstitutionellen" ägyptischen Staates unter Wahrung der englischen Vormachtstellung im Nilland. Zaghlul ist den Briten gewiß im Herzen verhaßt, aber besser im Bunde mit Zaghlul zur Ruhe kommen, als im Streite mit ihm die mediterrane Aus-

gangspforte des östlichen Afrika gefährden. Und überdies soll im Mai die große Kalifatskonferenz in Kairo zusammentreten! Großafrikanische und weltpolitische Gründe vereinigen sich also, um England zum Einschlagen eines neuen Kurses in Ägypten zu veranlassen.

Inzwischen hat der englisch-ägyptische Sudan für das britische Weltreich eine wesentlich gesteigerte Bedeutung gewonnen, denn am 21. Januar 1926 eröffnete Lord George Lloyd feierlichst den gigantischen Staudamm bei Sennar-Makwar oberhalb von Khartum. Zehn bis zwölf Meter tief hat man die Fundamente dieses über drei Kilometer langen, bis zu 39 Meter hohen Staudammes in das Erdreich gegraben. Ein Hauptkanal von 99 Kilometer Länge führt das Stauwasser aus dem Blauen Nil in das bis zu 636 Millionen Kubikmeter fassende Staubecken heran, Bewässerungskanäle von über 900 Kilometer Länge verteilen das segenspendende Naß auf eine Fläche von etwa 125 000 Hektar. Über den Damm hinweg führt eine Eisenbahnlinie, die die Schienenstränge nach El Obeid im Westen und nach Kassala-Gedaref im Osten miteinander verbindet. Mit berechtigtem Stolz feiern die Briten die Vollendung dieses Riesenwerkes, das einst schon Lord Kitchener anregte. Was hier in den Jahren 1914 bis 1925 unter Aufwendung von $12^1/_2$ Millionen Pf. St. geschaffen, wird sich erst in Zukunft voll auswirken können. Schon sind 80 000 Acres der fruchtbaren, berieselten Gezira-Ebene mit Baumwolle bepflanzt; die Fläche wird sich in den folgenden Jahren zweifellos verdoppeln und verdreifachen. England steuert mit Riesenschritten auf sein Ziel los, sich von dem Baumwollmonopol der Vereinigten Staaten freizumachen. Die Lancashire-Spinnereien brauchen eine neue cotton famine nicht mehr zu befürchten.

Die gesamten britisch-ostafrikanischen Gebiete südlich des Sudan beschäftigen in letzter Zeit die öffentliche Meinung in hohem Maße. Seitdem 1924 eine englische Parlamentskommission unter Führung des Unterstaatssekretärs im Kolonialministerium Ormsby-Gore alle ostafrikanischen Kolonien kreuz und quer bereiste, wollen die Gerüchte von der Bildung eines Dominion of East Africa nicht mehr verstummen. Man hörte dann gelegentlich von der Tagung britischer Farmer in Tukuju (Langenburg), wo unter dem Vorsitz von Lord Delamere das Thema eines Zusammenschlusses aller britisch-ostafrikanischen Kolonien erörtert und namentlich die Verschmelzung des südlichen Deutsch-Ostafrika mit Rhodesien gefordert wurde. Indessen erst im Frühjahr 1926 lüftete sich der die englischen Pläne verhüllende Schleier etwas stärker. Vom 26. Januar bis 12. Februar fand in Nairobi, der Hauptstadt der Kenya-Kolonie, eine überaus wichtige Zusammenkunft sämtlicher Gouverneure des britischen Ostafrika statt. Anwesend waren die obersten Beamten aus Kenya, Uganda, Tanganyika (Deutsch-Ostafrika), Nyassaland und Rhodesien, außerdem der britische Resident von Sansibar und der Zivilkommissar des angloägyptischen Sudan. Man sprach vor allem über die Vereinheitlichung der Eingeborenenpolitik in allen vertretenen Kolonien, über eine großzügige Verkehrserschließung des Gesamtterritoriums und über die Bildung eines einheitlichen Wirtschafts- und Zollgebietes.

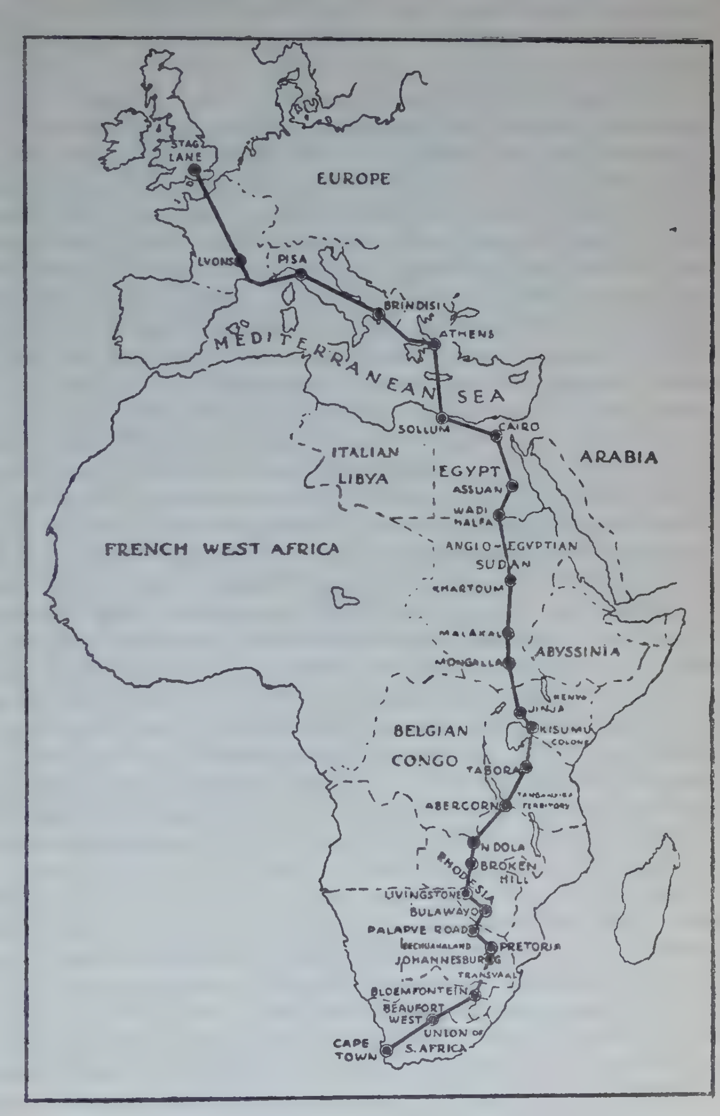
Da die britische Regierung zum Ausbau der Verkehrswege Groß-Ostafrikas den Riesenbetrag von 10 000 000 Pf. St. (200 000 000 Reichsmark!) bewilligt hat, wurde die Ausführung einer Reihe von Bahnbauten beschlossen. Deutsch-

Ostafrika, das der jetzige Gouverneur Sir Donald Cameron als eine der schönsten Juwelen der englischen Krone (!!) bezeichnete, steht hierbei stark im Vordergrund. Von der Zentralbahn Daressalam-Kigoma soll u. a. eine Linie nach Südwesten zum Njassasee und nach Nord-Rhodesien, eine andere nach dem Viktoria Njansa im Norden abgezweigt werden; das von Stuhlmann und Zimmermann musterhaft eingerichtete Biologisch-landwirtschaftliche Institut in Amani (Deutsch-Ostafrika) soll zur Zentralstelle aller Forschungen über tropischen Pflanzenbau in Ostafrika, das Veterinärinstitut in Mpapua (Deutsch-Ostafrika) zur Zentralstelle für Tierseuchenbekämpfung in Groß-Ostafrika ausgebaut werden.

Die sämtlichen von der Gouverneurskonferenz in Nairobi ausgearbeiteten Leitsätze sind zwar noch nicht veröffentlicht, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß sich hier überaus wichtige Dinge vorbereiten: Die Schaffung eines großen englischen Dominion vom anglo-ägyptischen Sudan bis nach Rhodesien. Daß sich die Engländer bei dieser großzügigen Planung wegen des Mandatsgebiets Tanganyika (Deutsch-Ostafrika) nicht eben von Skrupeln irgend welcher Art beeinflussen lassen, bedarf kaum der Betonung. Henry de Chambons Aufsatz „Les Illusions et les Réalités" (Revue parlamentaire) und die hierin befürwortete Rückgabe der deutschen Kolonien wird von den Briten tatsächlich nicht ernst genommen. Der britische „Geist von Locarno" kommt brutal deutlich in der Tanganyika-Times vom 15. Januar 1926 zum Ausdruck. „Die englischen Ansiedler", so heißt es dort, „sind nicht dazu da, um die Nester für die rückkehrenden Teutonen warm zu halten. . . . Die Farce der Mandate sollte man mit der offenen Erklärung von der Aussichtslosigkeit auf eine Herausgabe der Kolonien endlich fallen lassen. Furchtsame Staatsmänner erfanden die „Mandate" in der Meinung, daß die Wegnahme von Landgebieten gegen das Völkerrecht verstieße und daß England nicht in den Krieg gezogen sei, um ein Stückchen Land zu erobern." — Mit diesem „Geist von Locarno" stimmt auch die Behandlung der nach Deutsch-Ostafrika zurückkehrenden Deutschen durchaus überein. Zwar wurde im Juni 1925 die Einreiseerlaubnis, am 6. November 1925 auch die Genehmigung zum Landerwerb erteilt, aber dieses Entgegenkommen der Londoner Regierung wird von den Mandatsbehörden systematisch sabotiert, indem man den Deutschen vorwirft, sich mit den Eingeborenen gegen England zu verschwören, den englischen Handel durch unsaubere Kreditgeschäfte zu schädigen usw. Kein Wunder, daß die englischen Siedler es wagen, auf die Tagesordnung ihrer Beratung offen einen Punkt wie diesen zu setzen: „Wie der Rückwanderung von Deutschen nach Ostafrika am zweckmäßigsten entgegengewirkt werden kann". Kein Wunder, daß bei den Landverkäufen die Briten offensichtlich vorgezogen werden und sie sich verpflichten müssen, die von ihnen erworbenen Besitztitel nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Mandatsregierung weiter zu übertragen. — Herr Chamberlain wird gewiß achselzuckend bedauern, daß der Londoner „Geist von Locarno" leider mit dem ostafrikanischen „Geist von Locarno" nicht ident sei, daß ihm aber jedes Mittel fehle, von London aus in die Rechte der ostafrikanischen Kolonien einzugreifen. Theoretisch untersteht ja nun Deutsch-Ostafrika letzten Endes dem Völkerbund, aber — worum soll man sich in Genf nicht noch alles kümmern; man hat dort ja so viel „Wichtigeres" zu tun.

Englands wachsendes Interesse an Groß-Ostafrika dokumentiert sich ndlich noch an zwei Flugunternehmungen, die hier nicht übergan- en werden dürfen.

ls ebenbürtiges egenstück zu der ben behandelten berquerung des tlantik von Spa- en nach Buenos ires verzeichnen ir vor allem den länzenden Flug lan Cobhams, der n März 1926 die rste Luftreise von ondon über Lyon -Pisa—Brindisi— then — Kairo — abora nach Kap- adt und zurück usführte (Skizze). iese hervorragen- e Leistung eines nzelnen wurde rgänzt durch die leichzeitig statt- ndende Royal Air orce Expedition, uf der fünf Ma- chinen von Kairo ach Kapstadt und urück starteten. uch dieser Flug ndet im Britischen Veltreich, nament- ch natürlich in anz Ostafrika, ein egeistertes Echo. ie „African World“ om 13. März 1926 iert Alan Cobham nd seine beiden egleiter als „a da- ng trio and a redit to the Im- erial race“, sie spricht von der ägyptischen Royal Air Force als einem „aviation entre of great international importance“, beide Unternehmungen bezeugen „the apidly growing importance of the East African Dependencies“.



Die Flugstrecke Alan Cobhams
(African World)

K. HAUSHOFER:
BERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Gerade an der Stelle des indopazifischen Raums, die (in Heft 3) jüngst i diesen Blättern als die geopolitisch aufschlußreichste für seine nächste Zukun hingestellt worden war, ist seit diesem Hinweis eine weitere bedeutsame Klä rung erfolgt. Die schleichende Krise, die sich zwischen den überseeische Vertragsmächten und den asiatischen Kontinentalkräften, zwischen Hongkon und Kanton-Swatau, seit acht Monaten hinzog, ist durch die über Kanto und Whampoa verhängte Hafensperre des chinesischen Seezolls zu eine drängenden und gefahrdrohenden Augenblickslösung durchgebrochen. De Name des Zollinspektors, Hayley Bell, der einen Übergriff des Streikkomitee in die Befugnis des Seezollamts, einen Verstoß gegen das Eigentumsrecht vo nicht weniger als fünf Einfuhrstaaten (außer England werden Frankreich, di Niederlande und leider auch Deutschland genannt) mit der Hafensperre be antwortete, wird vielleicht weltgeschichtliche Berühmtheit erlangen.

Der Fall ist mit außerordentlicher Geschicklichkeit von britischer Seite z einer Verletzung des Grundsatzes der „offenen Tür" durch die chinesische Ämter von Kanton gewendet worden, womit man das politische Gewicht de Vereinigten Staaten hinter einen äußerst geschickten Befreiungsversuch Eng lands aus seiner Abschnürung vom südchinesischen Handel zu gewinnen versuch

Symbolische Wichtigkeit wird in diesem Fall das Eintreffen des erste russischen Dampfers von Wladiwostok gewinnen: ob er sich der Zollsperr fügt oder ob die sowjetfreundliche Kanton-Regierung dabei den Versuch mach das ganze Gespinst des chinesischen Seezolls zu zerreißen und damit unabseh bare internationale Wirren aufzurühren, das wird von entscheidender Be deutung sein. Hat sich die sowjetfreundliche Welle in Kanton übergipfe und überschlagen, unter der die reiche, küstenlebige, auf Handel und Se fahrt, lebhaften Umschlag in Ein- und Ausfuhr angewiesene Millionensta besonders leidet, oder hat sie noch Auftrieb genug, den Rest international Ordnungen in China zu gefährden?

Die Antwort darauf steht in der Geopolitik der Perlflußmündung geschri ben. Gerade deren Emporium kann nicht auf die Dauer Stützpunkt ein autarkischen fremdenfeindlichen Abschließungsversuches sein, ohne furchtba in geopolitischen Daseinsgrundlagen zu leiden.

Ganz besondere Bedeutung erhält — im Anschluß an diesen schwebende Streitfall an einer der entscheidendsten Stellen der indopazifischen Welt - eine Auseinandersetzung, in der Tschitscherin seine Ansichten über die A rüstungsmöglichkeiten und einen etwaigen Ausgleich zwischen Rußland un den Angelsachsen in Asien dem klugen Sonderberichterstatter des Manchest Guardian, Arthur Ransome, ausgesprochen hat.

Was darin über die Stellung der Sowjets zur Abrüstung und dem Ort ihr Besprechung gesagt ist, gehört in das Gebiet des europäischen Berichtes; ab die Ausführungen über das Verhältnis zur mandschurischen Bahn, zur chin sischen Nationalbewegung und mongolischen Unabhängigkeit, die Beziehung zum fern- und mittelöstlichen Kommunismus, das Ableugnen aller Eingri

in Indien, die Hinweise auf das sowjetfeindliche Spiel der britischen Staatskunst und der drohende Wink über die Gefahr der Überspannung der englisch-russischen Beziehungen bei längerer Dauer dieses Spiels schlagen ganz in den indopazifischen Bereich.

Tschitscherin berührt da in ihrem Kernpunkt die Frage, ob ein Ausgleich zwischen der führenden Macht aus den Tagen des imperialistischen Kolonialsystems und den Vorkämpfern der Selbstbestimmung für alle, auch die farbigen Kulturrassen überhaupt möglich ist, und damit alle ihre Unterfragen: die zunehmende Gruppierung der pazifischen Angelsachsen um das Sternenbanner anstelle des Unionjacks auch in Kanada und Australien, die Einstellung zur Zukunft Chinas, Indiens, der Sundawelt, den Ausgleich der übervölkerten und der noch leerstehenden Räume der Erde. Wir sehen in Tschitscherins sogenannter Abrüstungsrede und in der Aufnahme von Pencks Ideen über die Bevölkerungsprobleme der Erde im nächsten Jahrhundert und die Verschiebung des Bevölkerungsgewichts nach den Tropen durch die Angelsachsen die zwei geopolitisch bedeutsamsten Erscheinungen des letzten Berichtszeitraumes, sodaß wir zu beider Auswirkung in dem indopazifischen Raum eingehend Stellung nehmen müssen.

Tschitscherin nimmt unter den führenden Staatsmännern der Erde eine hervorragende Stellung ein im Gebrauch des Rüstzeugs der wissenschaftlichen Politik sowie ihrer geopolitischen Unterlagen. So zeigte auch der erste Teil seiner Ausführungen, wie eingehend er sich mit dem Begriff des potentiellen Wehrwerts seines Landes beschäftigt hatte, den man von Frankreich aus so geschickt zur Unterlage der Abrüstungsvorbereitungen zu machen wußte und bei dessen Erörterung geopolitisches Geschick uneinholbare Vorsprünge für ein Wehrgebiet schaffen kann. Er konnte darauf hinweisen, wie die Rote Armee von 5 300 000 Mann (1920, Herbst, Ende des polnisch-russischen Krieges) auf 1 600 000 (Ende 1921), 800 000 (Ende 1922) und 562 000 heute herabgesetzt worden sei, wie sie nur mehr 4 Mann auf 1000 Einwohner, 31 Mann auf den km der Landgrenze, 1 Mann auf volle 37 qkm des Landraumes und nur 0,4 % der Gesamtbevölkerung betrage. Auf diese Weise ist gerade die Wucht der absoluten Zahl durch die Raumweite verschleiert, und der Beweis eines überlegenen geopolitischen Könnens in wehrgeographischer Anwendung erbracht.

In der Frage der ostchinesischen Eisenbahnwirren bewies Tschitscherin eine den Indern und Ostasiaten völlig ebenbürtige Kunst des Jonglierens mit völkerrechtlichen und geopolitischen Begriffen, bis aus einem äußerst gewandten Streich zugunsten des russischen Schützlings Feng Yu Hsiang gegen den japanischen Chang Tso Lin und den angelsächsischen Wu Pei Fu eine Handlung der wahren Freundschaft für die nach völliger Unabhängigkeit und Einheit strebenden Völker, des Abscheus gegen militaristische Übergriffe (aus denen doch die russische Bahn auf chinesischem Boden entstanden war!), und eine Verteidigung des sonnenklaren, allerdings sehr kapitalistischen Rechtes auf die russische Hälfte des Eisenbahnanteils geworden war.

„Die Sowjetregierung glaubt das Recht zu haben, ihre Sympathie für die nationale Befreiungsbewegung des chinesischen Volkes nicht verbergen zu müssen, die sich sehr schnell entwickelt, stärker wird und ihren politischen Einfluß ausdehnt. Die Sowjetpolitik stellt bestimmt und grund-

sätzlich jeden Unterschied zwischen europäischen und Kolonialvölkern in Abrede und anerkennt deren Recht auf völlige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie steht damit im Gegensatz zum britischen Imperialismus", dem nun Tschitscherin seine sämtlichen Sünden der Unterstützung früherer Unabhängigkeitsbestrebungen an anderen, ihm genehmen Stellen vorhielt, die er China und den Völkern Asiens verweigere.

Dagegen wolle die Sowjetregierung in China keinen Fremdenhaß entwickeln. Im Gegenteil: „Ein freies, demokratisches China, dessen Schöpfung unsern Beifall hat, wird viel günstigere Bedingungen für enge, freundliche Beziehungen mit allen Landen aufweisen, als ein versklavtes und ausgebeutetes China unter der Bürde ungerechter Verträge. Die Nationalbewegung unterdrückter Völker, mit der wir überall sympathisieren, muß im Gegenteil im allgemeinen zur höchsten Blüte dieser Völker führen."

Selbst wenn man es nur gesagt bekommt, klingt es doch erfreulich!

Die mongolische Entwicklung schildert Tschitscherin als einen nur auf Bitten der mongolischen Regierung vorübergehend erfolgten Eingriff russischer Truppen, die im Gegensatz zu den britischen in Egypten längst abgezogen seien. „Die Mongolei ist jetzt ein Volksstaat, und der sogenannte Churuldan, das oberste parlamentarische Organ der Mongolei, auf allgemeines Wahlrecht gegründet" — [in einem Volk, in dem Lesen und Schreiben eine Ausnahmeerscheinung ist!] — „Gleichzeitig anerkennt unsere Regierung die chinesische Souveränität" — von der freilich nicht viel geblieben ist!

„Die Beziehungen zu den Völkern des Ostens" — (und namentlich den Kommunisten unter ihnen) — „sind auf gegenseitige Freundschaft, eine völlig friedliche Politik ohne jeden Übergriff gegründet . . . . und meistens die Folge irgendwelcher Angriffe oder Übergriffe der imperialistischen Völker Asiens gegen uns selber." Auf diese Weise sei die Annäherung an die Angora-Türkei, das nationale Persien, die Verstärkung der russischen Lage in Turkestan, der Mongolei und in China entstanden.

„Alle Legenden über unsere Einwirkung in Indien sind aber auf bloße Erfindungen gegründet, und im Zusammenhang damit sei die Bemerkung gestattet, daß wir mit der größten Festigkeit uns an die Bestimmungen des Britisch-Sowjetischen Abkommens von 1921 halten. Die uns feindliche Presse weist auf die Entwicklung der Kommunisten in Indien hin . . . . aber wenn es in Indien Kommunisten gibt, sind sie das Ergebnis von Indiens politischer Entwicklung . . . ., kann deshalb, weil die kommunistische Partei in Rußland am Ruder ist, verlangt werden, daß die andern kommunistischen Parteien in andern Ländern ihre internationale Zentrale verleugnen?"

Dann geht Tschitscherin zum Angriff vor und wirft — im Gegensatz zur Friedlichkeit der Sowjetpolitik — der britischen Angriffe und Feindseligkeit auf der ganzen Linie vor.

Im Gegensatz dazu sei die Sowjetregierung jederzeit zu einer neuen Verständigung mit England bereit; aber allerdings, je länger der gegenwärtige Zustand steigender Entfremdung dauere, desto sicherer werde er auf die Stimmung der Volksmassen abfärben, und einen Ausgleich erschweren, der allein ein wirklicher Fortschritt zum wahren Frieden sei.

Aber ist ein solcher Ausgleich überhaupt möglich?

Für die Antwort auf diese Frage, die gewiß noch mehr Zukunfts- als

Gegenwartsaufgabe im indopazifischen Erdraum ist, aber doch von jedem durchdacht werden muß, der auf geopolitischen Unterlagen darin seinen Stand nehmen muß in so drängenden Gegenwartsaufgaben, wie dem Ringen zwischen Kanton und Hongkong, dem Kampf zwischen den militärischen Machtexponenten in China, gibt die Aufnahme der Gedanken von Penck über das Bevölkerungsproblem der Erde gewisse Unterlagen. Es ist doch überraschend, mit welchem Verständnis z. B. im Manchester Guardian vom 12. Februar 1926 die Bevölkerungs-Verlagerungen hingenommen werden, an die Penck die Ernährungsmöglichkeit der in drei Jahrhunderten heranwachsenden Menschenmassen von etwa 8 Milliarden knüpft, zu denen die etwa 1,8 Milliarden von heute angeschwollen sein werden, wenn die Bevölkerungsvermehrung nur so weitergeht, wie in den letzten fünfzig Jahren. Aber welchen Rassen werden diese Milliarden angehören? Milliarden, von denen nicht mehr, wie heute 80 % in Eurasien und 9 % in Nordamerika wohnen werden, sondern nur mehr 26 %, das also von jetzt an relativ stillstehen müßte, 29 % in Afrika, 6 in Australien, 14 in Nord- und 25 in Südamerika.

Danach würden die Gebiete, deren Gegensatz jetzt vor allem den indopazifischen Erdraum in Atem hält, China und das britische Reich etwa je 600 Millionen beherbergen können; das letztere freilich ohne Indien — was man verständnisvoll hinnimmt — aber in einer Verschiebung, daß England nur mehr 30, Kanada und Südafrika je 60, Australien 450 Millionen ernähre! Brasilien allein aber gäbe Raum für 1200 Millionen!

Aber wird sich der Wanderdruck der übervölkerten Kulturlandschaften der farbigen Rassen Südostasiens so lange den langsam aufzufüllenden Reserveräumen fernhalten lassen? Namentlich dann, wenn die raumweiteste der weißen Mächte, die an Asien heimgefallenen Sowjets, dabei bleiben, den Standpunkt Tschitscherins einzunehmen, den wir oben wiedergaben?

Wird nicht aus einer einzigen solchen Gegenüberstellung, wie sie der Nachwinter 1926 zufällig an die Hand gibt, klar, wie sehr das Bevölkerungsproblem, die Übervölkerungsfrage in den historischen Menschheits-Verdichtungen Mitteleuropas, Indiens und Ostasiens, die Saugkraft der noch menschenleeren Räume, die Fassungsfähigkeit der einzelnen natürlichen Landschaften und gerechte Verteilung des Lebensraums der Kernpunkt jeder weitaussehenden Politik geworden sind, und geopolitische Erkenntnis ihr die Richtungen aufzwingt? Es ist hier nicht die Stelle, sich mit den gewaltigen Ausblicken von Penck grundsätzlich auseinanderzusetzen, sondern nur ihre Auswirkung in den Teilraum indopazifischer Geopolitik mehr anzudeuten, als zu zeigen, wie es sich ganz zwanglos beim Aneinanderhalten mit der Programmrede Tschitscherins ergibt.

Aber lassen sich nicht große langfristige Bewegungen, wie kleine Ereignisse des Alltags gerade im Bereich der Monsunländer und des Pazifischen Ozeans leichter im Lichte solcher Entwicklungen begreifen?

Nehmen wir nur etwa eine jener kleinen spitzen Alarmnachrichten, auf die Tschitscherin anspielte, z. B. den Brief von Sir Percival Phillips, dem Sonderberichterstatter der Daily Mail vom 31. Dezember 1925 über die bolschewistische Offensive auch in den Malaienstaaten! Er schreibt voll Stolz, wie es gelungen sei, die russischen Schiffsbesatzungen durch ein dichtes Über-

wachungssystem vom Betreten des Landes abzuhalten. „Unglücklicherweise ist es nicht ebenso leicht, mit den Attacken aus asiatischen Quellen fertig zu werden! . . . Der Rubber-Boom hat eine gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften gezeitigt. Im letzten Jahr ist die seßhafte Bevölkerung um 125 000 Asiaten, meist Chinesen, verstärkt worden, in den letzten beiden um mehr als 200 000. Diese neuen Rekruten kommen aus Südindien, aus Niederländisch-Indien und Südchina. Die weitreichende Art des Moskauer Angriffs auf das britische Reich wird durch die Tatsache bewiesen, daß bolschewistische Agenten unter allen Zuwanderern gefunden worden sind: Indische unter den Tamilen, Malaiische unter den Kulis aus Java und den Künsteninseln, Kantonesen unter den Arbeitsgemeinschaften, die in Kwangtung und Fukien angeworben waren."

Wir halten das alles, trotz Tschitscherins Spott, für sehr möglich. — Aber ist nicht auch wahr, daß hier zugleich bodenständige Entwicklungen vorliegen? „Die Bolschewiken benutzen englisches kommunistisches Material mit zweifellosem Erfolg. Reden von Saklatvala (britischer M. P.!) haben guten Umlauf in Indien. . . ." Aber beginnt hier nicht charity at home? — Hat Großbritannien nicht auch in Deutschland solche Blätter in Umlauf gesetzt? Die Chinesen haben in Singapur ein Zweigbureau der Kuo Ming Tang eröffnet, das man prompt aufhob und als ungesetzliche Vereinigung erklärte. Aber haben nicht die Angelsachsen die Vorläufer der Kuo Ming Tang benutzt, um die alte chinesische Monarchie in die Luft zu sprengen, und Sun Yat Sen beschützt, so lange es ihnen dienlich schien? So zeigt eine solche Einzelheit, eingefügt in den großen Zusammenhang, daß es doch eine politische Ethik gibt, die über dem Augenblicksbedürfnis steht und einen jeden richtet nach seinen Werken, nicht nach den Worten, die sie verschleiern.

Wird nicht mit diesen 200 000 zur Ausnutzung einer Hochkonjunktur in die Malaienhalbinsel verschleppten Arbeitern aller farbigen Rassen, die dort notwendig wurzellos sind und nicht einmal den Anschluß an die politischen Organisationen ihrer Heimat finden können, auch ohne Moskaus Zutun der Wind gesät, von dem man einmal den Sturm in der blühenden und reichen Tropenkolonie mit ihrem höchst labilen Bevölkerungsgemenge erntet?

Ganz so, wie man ihn in Südafrika mit den Inderverschleppungen dorthin, wie auch auf den Fidji-Inseln schon geerntet hat!

Freilich, an einer andern Stelle zeigt uns der großartige Organisationswille, der im britischen Weltreich immer noch lebendig ist, wie man Hauptstädte von künftigen 450 Millionen aus dem Boden stampft. Wenn auch Canberra, die einstige Bundeshauptstadt von Australien, die später einmal mit den Marmorpalästen von Washington wetteifern soll, heute nur etwa 4000 Einwohner und 3000 Bauhandwerker zählt, so wird doch schon 1927 die Massenzuwanderung von etwa 6000 Bundesregierungsleuten beginnen, darunter blutenden Herzens über die Verbannung von der Großstadt Melbourne die 111 Parlaments-Mitglieder sein werden.

Im März 1913 war mit dem Aufbau begonnen worden, der bisher etwa 60 Millionen G.-M., in diesem Jahr weitere 25 fordert. In einer Landschaft zwischen Bergen von 600 bis 2000 m Seehöhe, in einem eigenen, alkoholfrei gemachten Bundesdistrikt werden die regierenden Parlamentarier alle Muße haben, sich mit den australasiatischen Zukunftsfragen zu befassen. Ein

leiser Hauch von monumentaler Langeweile wird ihnen, ähnlich wie in Washington, dabei behilflich sein, bis sie sich dereinst von dem ihnen bei rationeller Besiedlung der Erde geweissagten Völkergewimmel von 450 Millionen umgeben sehen, denen sie einstweilen einen ausgepflockten Zukunftsraum mit ihren 7 Millionen Einwohnern gegen den Andrang der farbigen Rassen freizuhalten haben. Ganz leicht wird nach dem Eindruck dieses Spätwinters ihre Aufgabe nicht sein, und gerade geopolitische Studien werden ihnen dabei manches Kopfzerbrechen verursachen — auch über das, was sie 1914—18 und weiter der vitalsten nordischen Rasse angetan haben.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Politische Zeitströmungen und wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika

Schon mehrmals wurde an dieser Stelle auf das doppelte Gesicht der Vereinigten Staaten von Amerika hingewiesen. Diese Beobachtung trifft sicher zu. Besonders die ihrem Wesen nach so grundverschieden geartete geographische Orientierung überrascht immer wieder. Amerika blickt ganz anders nach dem Westen als nach dem Osten. Dafür häufen sich in diesen Tagen immer mehr die Belege. Man darf dabei aber keinen Augenblick übersehen, daß das im Grunde doch nichts anderes ist als eine verschiedene Orientierung am Gegenstand und nicht etwa so sehr eine solche aus einer zwiespältigen inneren Konstellation heraus. Die Verschiedenheit des Gegenstandes oder, was dasselbe ist, die gar voneinander abweichenden Interessen der Union an Europa einerseits und an dem pazifischen Raum andererseits verlangen diese Wertung, die dem Gesamtcharakter der vereinsstaatlichen Politik auf den ersten Blick etwas sehr Problematisches aufzuprägen scheint. Der problematische Knoten schürzt sich mit der Antithese der Symptome. Im Osten ist der Rückzug der Union aus dem europäischen Kraftfeld heraus — viel zu bekannt, als daß über die einzelnen Phasen zu handeln wäre — seit dem Weltkrieg zu beobachten; nur der Wirtschafts- und besonders der Kapitalverflechtung mit Europa wird ein immer größeres Interesse geschenkt. Vorsicht und fast Zaghaftigkeit gegenüber all den brennenden Fragen Europas charakterisiert die vereinsstaatliche Politik. Im pazifischen Raum dagegen nimmt die Union mindestens eine scharfbeobachtende Wächterstellung ein; ja, die Vereinigten Staaten scheinen immer auf dem Sprung zu sein, ihren Machtbereich hier im gegebenen Augenblick auszubauen. Rein wirtschaftliche Durchdringung und territorialpolitischer Ausdehnungswille, Sicherung des Friedens und militärische Rüstung, menschheitsbeglückende Weltmission und Nationalismus, Ausbildung eines alleinamerikanischen Kraftfelds und Streben nach Hegemonie im imperialistischen Ringen der Weltmächte, das sind die sich in ihrer ganzen Eigenart widersprechenden Symptome, auf die eine Einzelbetrachtung immer wieder stößt. Das Problem ist darin zu sehen, ob sie der Ausdruck einer scharfen Zwiespältigkeit der inneren Konstellation sind, oder ob sie letzten Endes doch aus

einem einheitlichen politischen Willen erwachsen. So einfach ist es sicher nicht zu lösen, daß man das eine Gesicht als das wahre bezeichnen und das andere etwa durch seinen diametralen Kontrast charakterisieren könnte. Es hat viel für sich, Nationen wie Einzelmenschen beurteilen zu wollen; und doch darf man sich keinen Augenblick darüber im unklaren sein, daß Wille und Gefühl bei einer Nation in ganz anderer Weise beurteilt sein wollen als bei Einzelindividuen. Sie sind Komplexerscheinungen, die unter der angleichenden Wirkung im Ringen der Lebensäußerungen miteinander entstanden sind. Darum kommt ihnen eine viel größere Kontinuität und darum auch eine viel größere Wahrheit zu. Es entstehen damit im politischen Leben Größen, die die Rechnung mit am meisten bestimmen. Es sind Größen, die man für eine bestimmte Zeit bezw. Zeitspanne gar nicht so sehr zu den Imponderabilien rechnen darf. Sie äußern sich in Wirkungen, freilich am Gegenstand gemessen, ziemlich gleichmäßig und gleich stark. Nur ihrer Erfassung selbst stellen sie den bedeutendsten Widerstand entgegen. Die Wege sind nicht einfach, die ihnen beizukommen vermögen, und es bedarf oft kenntnisreichster Versenkung in einzelne Bestrebungen und Bewegungen, um Aufschluß über diese wichtigen Faktoren zu gewinnen.

Eine solche Kenntnis scheint mir bei dem klugen Träger der deutschen Friedensbewegung, Ludwig Quidde, vorzuwalten, in die er uns neulich in einem längeren Bericht Einblick gestattete. Es will mir scheinen, als ob er es verstünde, mehr hinter die Außenseite der Dinge zu blicken und ihr Wesen zu begreifen, als das vielfach von anderer Seite der Fall ist. Nur deshalb gehe ich auf seine Ausführungen ein, die zugleich in beachtlicher Weise die Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten mit der in Deutschland vergleichen. Sicherlich ist die Friedensbewegung in den Vereinsstaaten auf vollem Marsch. Mögen ihre Kundgebungen auch noch wenig bedeuten, so stellt sie doch nach der Zahl ihrer Anhänger und nach ihren finanziellen Mitteln beurteilt einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar. Quidde berichtet, daß die Zahl der Gesellschaften, die sich ihr angeschlossen hatten und die z. T. ihr ganzes Ziel in ihr sehen, von 78 im Jahre 1923 auf 100 zur Zeit gestiegen ist. Sie wird besonders von den Frauen und aus religiös-kirchlichem Interesse heraus getragen. Mit führend sind die internationale Frauenliga für Friede und Freiheit, und die National League of Women Voters, die Vereinigung der weiblichen Wähler. Die besonders starken und erfolgreichen Treiber sind die Quäker, die dank ihrer versöhnenden Arbeit an der Bildung eines einheitlichen Menschheitswillens immer mehr Boden gewinnen. Auch in den großen kirchlichen Verbänden, so z. B. in der Fellowschip of Reconciliation, dem Versöhnungsbund, und in den führenden pädagogischen Gesellschaften, z. B. der National Education Association, findet die Bewegung starken Widerhall. Durch starke Jugendorganisationen werden diese Vereinigungen ergänzt. Zwei vorwiegend politisch gerichtete Organisationen, die Foreign Politics Association und die League of Nations, No Partisan Association, ebenso die beiden großen Stiftungen, die Carnegie Endowment for International Peace und die World Peace, stellen weitere starke Verwurzelungen der Bewegung in der amerikanischen Gesellschaft dar. Die Vereine, die lediglich die Friedenssache fördern wollen, haben meist eine nur geringe Mitgliederzahl. Immerhin ist aber die Zahl derer, die sich auch hinter die Friedens-

bewegung stellen und daneben andere, religiöse, wirtschaftliche, politische Ziele haben, recht groß. So gehören der im Jahre 1921 gegründeten Spitzenorganisation der Friedensbewegung, dem Council for Prevention of War, 28 Gesellschaften an; 10 weitere stehen mit ihm in dauernder Verbindung. Die Gesamtzahl der Mitglieder der so zusammengeschlossenen Vereinigungen beträgt über acht Millionen. Die Einstellung der Anhänger der vereinsstaatlichen Friedensbewegung den großen Fragen der internationalen politischen Organisationen der Welt, der Frage der Abrüstung, des Völkerbunds, des Weltgerichtshofs gegenüber ist eine recht verschiedene. Die allgemeine Abrüstung nicht nur der anderen, sondern auch der Union ist ihre allgemeine Forderung; und ebenso sind fast alle Friedensorganisationen für den inzwischen beschlossenen Beitritt zum Weltgerichtshof eingetreten. Der Völkerbund erfährt dagegen eine fast allgemeine Ablehnung, allerdings aus verschiedenen Motiven heraus. Einmal soll die Verwicklung Amerikas in die Konflikte anderer Staaten vermieden und damit sogleich verhindert werden, daß sich der Völkerbund in die amerikanischen Verhältnisse einmische. Die Monroe-Doktrin wird dafür immer wieder als der gültige Rechtsgrund proklamiert. Anderseits werden aus pazifistischem Prinzip heraus die mit Zwangsmitteln durchzuführenden Beschlüsse, „Sanktionen", verworfen. Im ganzen scheint aber heute die allgemeine Abneigung gegenüber dem Völkerbund nicht mehr so groß zu sein, wie noch vor kurzer Zeit. In enger Verbindung mit dieser prinzipiellen Gegnerschaft gegenüber dem Völkerbund steht die Outlaw-Bewegung, die die Ächtung des Krieges an sich will und dabei vor allem vom Primat der Rechtssicherung ausgeht. Es muß dabei betont werden, daß auch diese Bewegung nicht auf das Recht nationaler Verteidigung verzichtet. Soweit reicht das kenntnisreiche Referat, das Quidde in der „Frankfurter Zeitung" vom 15. Februar 1926 gegeben hat.

Zweifellos wird die Friedensbewegung von einer verhältnismäßig kleinen, allerdings auch zahlenmäßig nicht zu unterschätzenden Anhängerschaft getragen. In ihren Teilwirkungen erfaßt sie aber sicherlich einen viel größeren Kreis der vereinsstaatlichen Bevölkerung. Noch besteht das Gesetz von 1916 (mit Zusätzen von 1920), das die nationale Verteidigung und dabei die militärische Ausbildung der Studenten und Schüler regelt. Starke Strömungen wenden sich gerade zurzeit gegen diesen Zwang der militärischen Ausbildung, die nach einer selbstverständlich tendenziösen Untersuchung von Winthrop D. Lane: Military Training in Schools and Colleges of the United States in 83 Colleges obligatorisch und in 48 wahlfrei ist. Im Jahre 1924/25 wurden an 226 Schulen die Schüler militärisch ausgebildet. Wie stark die Bewegung gegen eine militärische Ausbildung die junge Generation erfaßt hat, zeigt eine Abstimmung am New Yorker City College, wo mit 2092 Stimmen gegen 345 Stimmen gegen das Obligatorium der militärischen Ausbildung gestimmt wurde. Auch die Universität Wisconsin hat es aufheben müssen; und ebenso hat es die Universität Missouri zu einer Abstimmung gar nicht erst kommen lassen. Das sind Unterströmungen, die künftiges Leben und künftige Entscheidungen bestimmen wollen. Sie offenbaren werdende Mentalität. Sie quellen allerdings hervor aus den Erfahrungen, die im Kriege und bei der Beschäftigung mit den Nachkriegsleiden gewonnen worden sind. Man muß sich hüten, daraus zu schließen, daß nun das wahre friedfertige Ich des Amerikaners zum Durch-

bruch komme. Die Zeitkonstellation nach einem großen, weltumwälzenden Kriege, der zugleich Amerika die Mittel zu gesicherter Lebenshaltung im höchsten Maße zugeführt hat, ist viel eher für diese Entwicklung verantwortlich zu machen. Kriegserschöpfung und Kriegsleiden hat immer Weltfriedensbedürfnis geboren, und übergroßer Gewinn hat immer die Sehnsucht genährt, ihn in Ruhe genießen zu können.

Allein auch politische Entscheidungen sind von diesen Strebungen nicht unberührt geblieben. Dahin gehört der Beschluß des Senats zum Beitritt der Vereinigten Staaten zum Internationalen Gerichtshof, der mit der bedeutenden Mehrheit von 76 gegen 17 Stimmen gefaßt worden ist. Einer der wichtigsten Vorbehalte war dabei der, daß mit diesem Beitritt die Vereinigten Staaten keinerlei rechtliche Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund an sich eingehen. Unter welchen Sicherungen sich die Vereinigten Staaten auch dem Gesamtkomplex dieser internationalen Weltorganisationen nähern, der Beitritt zum Weltgerichtshof ist unzweifelhaft ein Schritt auf dem Wege zum Völkerbund, der im ganzen keine so prinzipielle Ablehnung mehr findet, wie noch vor kurzer Zeit.

Schroff heben sich von diesem friedlichen Grunde andere Regungen des vereinsstaatlichen Lebens ab. Wohl wollte es eine Zeit lang scheinen, als ob sich Amerika vor jeder ernstlichen Einmischung am ostasiatischen Gegengestade scheue. Die chinesischen Wirren haben dagegen zu einer scharfen Protestnote Anlaß gegeben. Sie wendet sich gegen die Minensperre im Takukanal des Peiho und gegen die Beschießung ausländischer Schiffe von den Takuforts aus, und sie droht mit der Intervention der Großmächte, wenn diese Unterbindung der freien Schiffahrt nicht abgestellt werde. Es ist der reine Machtstandpunkt, den die Union einnimmt; denn bei Nichterfüllung der Forderung wird das Eingreifen der amerikanischen Flotte in den ostasiatischen Gewässern in Aussicht gestellt. Dieser Zwischenfall lehrt nur zu deutlich, daß Amerika trotz zeitweiser Zurückhaltung mit keinem Schritt aus seiner pazifischen Machtsphäre zurückgewichen ist.

Weit darüber hinaus reichen die tatsächlichen Machttendenzen der Vereinigten Staaten im pazifischen Raum. Damit hängen die vor geraumer Zeit auftauchenden Gerüchte zusammen, daß Amerika an eine Begleichung der französischen Kriegsschulden durch Erwerb von französischen Kolonien in der Südsee, Südostasien oder in Amerika selbst denke. Viel mehr als eine mögliche Entwicklungsrichtung geben solche Nachrichten nicht an. Doch sie sind Symptome für die Strebungen, die zu einem heute noch schwer bestimmbaren politischen Bild in jener Zone führen mögen.

So ringt der Organismus der vereinsstaatlichen Machtgemeinschaft schwer und unerbittlich mit dem aufkeimenden Wesen einer höheren überstaatlichen Lebensgemeinschaft. Und doch sind beide Regungen in dem gleichen Volksgrunde geboren. Darum zeigen sie, so scharf sie anscheinend in Antithese zu einander treten, verwandte Züge. Denn ein theoretischer, orthodoxer Pazifismus ist auch vielen Anhängern der Friedensbewegung im Gegensatz zu ihrer Entwicklung in Europa durchaus fremd; die nationale Sicherung wird auch von den meisten amerikanischen „Pazifisten" nicht vergessen. Andererseits sieht aber auch das imperialistische Machtwesen der Vereinigten Staaten eine seiner Hauptaufgaben, selbstverständlich nicht aus altruistischen Erwägungen

heraus, in seiner weltordnenden Funktion. Diese an sich widersprechenden Symptome sind Ausfluß der Kraftquelle einer im ganzen noch jugendlichen, starken Nation, die knapp vor der größten Höhe ihrer Entwicklung steht, der jedoch gewisse Sättigungserscheinungen durchaus nicht fremd sind.

Diese Sättigungserscheinungen sind ihrerseits durch die blühende Wirtschaftsentfaltung bedingt, die Jahr für Jahr neue Belege von der staunenerregenden Wirtschaftskraft der Vereinsstaaten Kunde gibt. Die Statistik für 1925, die jetzt vorliegt — die Daten sind meist dem „Wirtschaftsdienst 1926, H. 9, entnommen — liefert in einer ganzen Anzahl der verschiedenen Wirtschaftszweige den Beleg für eine dauernde Aufwärtsentwicklung. Mit obenan steht die der Eisen- und Stahlindustrie. Zum ersten Mal ist in der Roheisenweltproduktion (1925: 75,18 Mill. t) die Vorkriegsproduktion (1913: 77,18 Mill. t) nahezu erreicht worden. Auf die Union entfallen mit 36 Mill. t 47 % der Weltproduktion. Auch der Abstand gegenüber dem nächst wichtigen Roheisenproduzenten, Deutschland, das zum ersten Mal seit der Vorkriegszeit die ihm damals zukommende zweite Stellung wieder eingenommen hat (mit 10,2 Mill. t; 1913: 19 Mill. t) ist groß. Während die Union jedoch schon 1923 mit 40 Mill. t ihre letzte Roheisenproduktion übertroffen hatte, zeigt ihre Rohstahlproduktion die bisherige Kulmination mit 45,2 Mill. t (= 51 % der Weltproduktion). Wiederum steht Deutschland mit 12,2 Mill. t (1913: 18,6 Mill. t) wohl an zweiter Stelle unter den Stahlproduzenten, aber ähnlich weit hinter den Vereinsstaaten wie auf der Liste der Roheisenproduzenten. Beide Länder zusammen beherrschen die Stahlproduktion der Welt zu mehr als 64 %. Ihr Anteil an der Roheisenproduktion ist dagegen geringer. Doch dürfen die beiden Daten bei einer Betrachtung der immer stärker werdenden Wirtschaftsverflechtung der beiden Staaten nicht übersehen werden. Die Verwendung in den verschiedenen Verwertungsindustrien ist ziemlich gleichmäßig gestiegen. Sowohl die Zink- (594 000 t) wie die Bleiproduktion (570 000 t) hat gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg zu verzeichnen. Das gleiche gilt von der Kupferproduktion, deren Bergwerksproduktion von 793 200 t im Vorjahre auf 851 700 t im Jahre 1925 gestiegen ist. Die Produktion der Schmelzöfen beträgt in den beiden Jahren 898 500 t und 948 100 t. Die Petroleumgewinnung zeigt im Laufe der letzten sechs Jahre einen ganz bedeutenden Aufschwung. Die Produktionszahlen sind folgende: 1920: 443, 1921: 472, 1922: 557, 1923: 732, 1924: 714, 1925: 757 Mill. Barrels, d. h. daß 1920 die Gewinnung kaum 60 % der heutigen ausmachte.

Die Kohlenförderung verzeichnet dagegen infolge der Streikwirkungen des letzten Vierteljahres 1925 Rückgang (Weichkohle 523 Mill. t, Anthrazit 63 Mill. t). Im ganzen ist die Bergbauproduktion gegenüber dem Vorjahr dem Werte nach um 5 % gestiegen. Die Zunahme ist gering gegenüber der Zunahme anderer Produktionszweige. So hat die Produktion industrieller Fertigwaren eine Zunahme von 10—15 %, der Eisenverbrauch eine solche von 22 %, die Bautätigkeit eine solche garvon 30 % zu verzeichnen.

Auch die forstwirtschaftliche Produktion ist um 7 % gestiegen. Die landwirtschaftliche Produktion ist dagegen um 7—8 % geringer als im Vorjahr. Bei einer ganzen Anzahl der landwirtschaftlichen Produkte ist die Ernte im Jahre 1925 der Menge nach kleiner gewesen als im Vorjahr, zum

anderen Teil hat sie dem Werte nach geringere Erträgnisse geliefert, wie aus der dem „Wirtschaftsdienst", Heft 9, entnommenen Tabelle zu ersehen ist:

	Menge (in Mill. Bushels)		Wert in Mill. Dollar	
	1925	1924	1925	1924
Mais	2900,6	2312,7	1956,3	2270,6
Weizen	669,4	862,6	947,9	1120,7
Hafer	1501,9	1522,7	571,8	727,2
Gerste	218,0	178,3	127,6	131,7
Roggen	48,7	64,0	38,0	68,3
Buchweizen	14,6	13,3	13,0	13,7
Leinsaat	22,0	31,7	49,8	72,0
Reis	33,9	33,2	52,2	45,9
Sorghum	71,0	80,4	53,8	68,5
Baumwolle	15,6 Mill. Ballen	13,6 Mill. Ballen	1419,8	1540,9
Baumwollsamen	6,9 Mill. t	6,0 Mill. t	209,3	206,2
Heu	99,5 Mill. t	112,8 Mill. t	1319,7	1460,2
Erbsen	694,1 Mill. lb.	748,9 Mill. lb.	25,2	34,5
Bohnen	19,1	14,8	62,4	55,2
Kartoffeln	323,2	425,3	605,3	266,0
Süßkartoffeln	62,5	54,6	85,5	70,5
Tabak	1349,6 Mill. lb.	1242,4 Mill. lb.	247,4	256,8
Äpfel	164,6	171,2	207,8	202,3
Pfirsiche	46,6	54,1	65,1	68,7
Birnen	19,8	18,9	32,9	26,7
Weintrauben	1,96 Mill. t	1,76 Mill. t	66,9	73,2
Orangen	34,5 Mill. Kisten	32,2 Mill. Kisten	107,5	57,0
Gesamtwert nach dem Preisstand v. 1. Dezember			8600,0	9200,0

Im Außenhandel der Vereinigten Staaten nimmt nach den Veröffentlichungen des Handelsdepartements vor allem Asien als Rohstofflieferant der Union eine immer bedeutender werdende Stellung ein. Die Einfuhr von dort ist von 26 % im Vorjahr auf 32 % heraufgegangen. Besonders Seide und Rohgummi bezieht die Union von dort. 93 % der Seideneinfuhr und 83 % der Rohgummieinfuhr wird von Asien gedeckt. Diese Stellung Asiens, besonders Ost- und Südostasiens, als Lieferant der Union läßt uns die gleichzeitig wachsenden politischen Interessen an dem asiatischen Gegengestade leichter verstehen. Die Bedeutung Asiens als Absatzmarkt, der von Amerika vor allem Tabak, Baumwollsamen, Hölzer, Mineralöl, Kinofilms aufnimmt, ist dagegen etwas geringer geworden, um 0,8 % gesunken.

Wichtige neuere Nachrichten aus Gesamt-Amerika, die im nächsten Heft zur Diskussion gelangen: Der Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko wegen des mexikanischen Landgesetzes dauert immer noch fort. Ebenso hat die Tacna-Aricafrage noch keine Beantwortung gefunden. — Die Wahl Washington Luiz' zum Bundespräsidenten von Brasilien bedeutet naturgemäß eine Abweichung von dem bisherigen Kurs des Staatsschiffs, zumal eine ganze Reihe schwieriger Fragen unter seiner Regierung zu lösen sein werden. — Die diplomatische Spannung zwischen Brasilien und Ungarn darf als ein untergeordneter Streitfall angesehen werden. — Dagegen steht hinter Brasiliens Forderung eines Ratssitzes im Völkerbund ein unverkennbarer außenpolitischer Hegemonieanspruch auf Lateinamerika und zugleich eigene nationale Wertung.

SIGISMUND GARGAS:
DIE POLNISCHE AUSWANDERUNG NACH FRANKREICH

Polen besitzt seit Jahrzehnten einen ungeheueren Bevölkerungsüberschuß, er auf heimatlichem Boden nicht die genügende Nahrung finden kann. Wohl ibt es eine Reihe von Ländern, die eine größere Bevölkerungsdichte aufweisen, ls Polen, wie die Tschechoslowakei, Deutschland, England, Holland, Belgien, ber die 70 Einwohner, die in Polen auf einen Quadratkilometer entfallen, ilden immerhin eine recht beträchtliche Anzahl, wenn man Polen nicht nur nit dem benachbarten Rumänien sowie Bulgarien, sondern auch mit alten vestlichen Kulturländern, wie Spanien oder Portugal, Schweden oder Norwegen ergleicht, um nicht zu reden von dem Lande der Träume der polnischen Einwanderer, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dessen Bevölkerungslichte kaum 3,6 per km² beträgt. Wohl besitzt der polnische Boden große atürliche Reichtümer, aber die veraltete landwirtschaftliche Kultur und die eraltete soziale und wirtschaftliche Verfassung Polens, die ausgedehnte atifundienwirtschaft, das System der extensiven Kultur, die im ganzen geinge Industrialisierung des Landes, die Schrecken des Weltkrieges, der sich um großen Teile auf polnischem Boden abgespielt hat, die späteren Kämpfe nit Ukrainern und Russen, die finanzielle Überlastung des Staates, der mit einen tatsächlichen Hilfsmitteln nicht immer genügende Rechnung hielt, die virtschaftliche Isolierung Polens nach Westen und Osten, dies alles und ieles andere warf alljährlich hunderttausende polnischer Arbeiter jenseits der olnischen Grenzen. So war es vielfach schon vor dem Weltkriege und wenn uch die während des Krieges stattgefundenen Völkerwanderungen einen vollständig annormalen und exzeptionellen Charakter aufwiesen, der mit den Kriegswirren im unmittelbaren, ursächlichen Zusammenhange stand, der Belarf nach gewaltiger Menschenausfuhr trat nach Abschluß des Krieges in Polen mit ungeminderter Kraft wieder auf.

Das Bestimmungsland des weitaus größten Teiles der polnischen Auswanderer ildete vor allem das wirtschaftlich viel stärker als Polen entwickelte Nachbarand Polens — Deutschland, sodann die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Dies ist nun nach dem Weltkriege in vielen Richtungen anders geworden. Nordamerika blieb so gut wie verschlossen und andere überseeische Bestimmungsländer kamen sowohl mit Rücksicht auf geringe wirtschaftliche Aufahmefähigkeit, als auch mit Rücksicht auf die enormen Reisekosten für die olnischen Auswanderer kaum in Betracht.

Andererseits haben auch erhebliche Verschiebungen in den Verhältnissen

Polens zu Deutschland, das nach dem Weltkriege sich recht feindselig gestaltete und vielfach einen kriegsähnlichen Charakter annahm. Dies hinderte zwar die weitere polnische Auswanderung nach Deutschland keineswegs, aber bei dem zwischen Polen und Deutschland völlig vertraglosen Zustand nahm diese Auswanderung einen illegitimen, clandestinen Charakter an.

Gleichzeitig ergaben sich erhebliche Verschiebungen in dem polnisch-französischen Verhältnis. Polen wurde Frankreichs Alliierter und in Frankreich wurde der Menschenbedarf größer wie je. Schon vor dem Weltkriege waren die Grenzdistrikte Frankreichs mit fremden Elementen allerlei Art, mit Italienern, Spaniern, Vlamen, Deutschen, stark durchsetzt. Auch eine kleine polnische Einwanderung hat es damals gegeben, die von dem damaligen galizischen Landesausschuß stark gefördert worden war. Wie geringfügige Resultate jedoch alle diese damaligen Versuche ergaben, beweist die Tatsache, daß die französische Regierung die Zahl der in den Jahren 1908—1910 vermittelten Arbeiter kaum auf etwa 10 000 schätzte.

Das alles wurde anders nach dem Weltkriege, der die Entvölkerung Frankreichs ganz erheblich vergrößerte, den Bedarf an Arbeitskräften durch die nunmehr notwendigen Wiederaufbauarbeiten ungemein steigerte, andererseits aber Polen, als einem Alliierten Frankreichs, besondere Aufgaben auferlegte. Frankreich brauchte Menschen, es brauchte gewaltige Menschenmassen und es holte sie aus dem unerschöpflichen Menschenreservoir, aus Polen.

Nach dem Berichte der Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften für die Jahre 1922—1924 gab es im Jahre 1924 in Frankreich Einwanderer polnischer Nationalität gegen 400 000, während diese Ziffer von anderen Sachverständigen, wie A. Zdanowski u. a. auf 500—600 000 (im Dezember 1924) geschätzt wurden.

Die polnische Auswanderung nach Frankreich hat zumeist den Charakter einer kollektiven Auswanderung. Im Jahre 1922 reisten, auf die Gesamtzahl von 31 373 offiziell registrierten kontinentalen polnischen Auswanderern, 28 927 in organisierten Transporten nach Frankreich, d. i. 92 % der Gesamtzahl. Im Jahre 1923 wurden 53 931 Polen mit einem Auswanderungspaß nach Frankreich versehen. Hier muß natürlich der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die offizielle polnische Statistik, die immerhin recht erhebliche polnische Einwanderung nach Deutschland vollständig ignorierte und ihre Zahl für das Jahr 1922 auf 34 (sic!) angab.

Die französischen Arbeitgeber sind in Polen vor allem durch zwei Organisationen vertreten: Das Bureau für landwirtschaftliche Anwerbung in den verwüsteten Gebieten und das Anwerbungsbureau des Zentralkomités für Kohlenbergwerke in Frankreich, welches seine Tätigkeit nicht nur auf die verwüsteten Bergwerksdistrikte in Frankreich beschränkt, sondern diese seine Tätigkeit in drei Richtungen entwickelt, nämlich, in dem es gewisse

nwerbungen sowohl für die belgischen Bergwerke vornimmt, als auch für onstige französische Industrien, und das überdies Transporte landwirt- chaftlicher Arbeiter für das Comitè der verwüsteten Gebiete bewerkstelligt. iese beiden Organisationen arbeiten unter der Kontrolle der offiziellen anzösischen Mission für Anwerbung von polnischen Handarbeitern, gemäß en Bestimmungen der polnisch-französischen Auswanderungskonvention. Die rundlage jeder Nachfrage nach kollektiver Anwerbung für Frankreich bildet ie von den französischen Arbeitgebern ausgehende Nachfrage, welche dem olnischen Auswanderungsamte durch die genannte französische Mission mit- eteilt wird. Dieses Ersuchen wird den polnischen Arbeitsämtern, sowie den eteiligten Gewerkschaften in Polen mitgeteilt, woraufhin der polnische Iinister für Arbeit und soziale Fürsorge die Entscheidung darüber trifft, ob iese Werbung ohne Bedenken vom Standpunkte der polnischen Volkswirt- chaft zugelassen werden kann. Die getroffene Entscheidung wird den polni- chen Arbeitsämtern mitgeteilt, welche mit Rücksicht auf ihren staatlichen harakter in der Lage sind, ohne erhebliche Schwierigkeiten, den getroffenen ntscheidungen praktische Bedeutung zu geben. Die Arbeitsämter treffen nter den Auswanderungslustigen die Entscheidung darüber, welche Aus- anderungslustigen der Nachfrage entsprechen dürften, indem sie ihr Alter, eschlecht und sonstiges berücksichtigen.

Ein erheblicher Teil der nach Frankreich eingeführten Handarbeiter be- eht aus qualifizierten Arbeitern und die dies betreffende Verhältniszahl ist oft n dauernden Steigen begriffen. Während sie im Jahre 1921 nur 41 % be- ug, stieg sie im Jahre 1922 auf 52 %.

Der Beruf und die Verteilung der angeworbenen polnischen Handarbeiter ach ihrem Herkunftslande in Frankreich i. J. 1923 illustriert folgende Tabelle:

Beruf	Polen, die in Polen selbst angeworben wurden		Polen, die in Westfalen angeworben wurden		Tschechen	
	Arbeiter	Familien	Männer	Familien	Männer	Familien
ndwirtschaftliche Arbeiter .	23 890	2 311	—	—	—	—
rgarbeiter für Frankreich .	19 263	4 683	6 210	4 249	678	50
rgarbeiter für Belgien . .	230	—	—	—	—	—
etallhaltige Bergwerke . .	162	20	—	—	—	—
dustrie	3 221	375	127	26	72	—
rschiedene Bestimmungen .	112	61	1	—	4	1
rbeitsministerium	731	584	—	—	—	—
Insgesamt	47 609	8 304	6 338	4 275	754	51

Die polnische Einwanderung ist durch eine polnisch-französische Auswanderungs- onvention vom 3. IX. 1919 sowie durch ergänzende Abmachungen geregelt.

Diese Konvention sichert den polnischen Einwanderern in Frankreich folgende Rechte:

Die polnischen Einwanderer haben denselben Lohn zu erhalten, wie die französischen Arbeiter, die die gleiche Arbeit verrichten.

Die polnischen Einwanderer genießen den Schutz, der den heimischen Arbeitern von der inneren französischen Gesetzgebung zugesichert ist, sowie den besonderen Schutz, den Frankreich im Wege internationaler Konventionen den Angehörigen anderer Staaten zusichern wird. Im Verhältnis zu den polnischen Einwanderern finden insbesondere keinerlei Anwendung die Beschränkungen für Ausländer, die im Gesetz vom 9. April 1898 über Entschädigung bei Unglücksfällen vorgesehen sind. Infolgedessen haben das Recht auf Entschädigung auch jene polnischen Arbeiter, die Opfer eines Unglücksfalles geworden sind, sowie deren Erben, welche das französische Gebiet nicht bewohnen oder nicht mehr bewohnen. Die polnischen Einwanderer haben ferner das Recht, auch alle jene Berechtigungen in Anspruch zu nehmen, die weitergehen, als jene, die in der polnisch-französischen Konvention enthalten sind, wenn derartige Berechtigungen von Frankreich Angehörigen anderer Staaten eingeräumt werden. Auf Grund dieser Klausel sind den polnischen Auswanderern automatisch alle Vorteile zuteil geworden, die in der französisch-italienischen, der französisch-tschechoslowakischen, endlich in der französisch-belgischen Auswanderungskonvention enthalten sind. So können z. B. die polnischen Einwanderer auf Grund des in der französisch-tschechoslowakischen Auswanderungskonvention festgelegten Mustervertrages, die Bestellung von Dolmetschern in Betrieben verlangen, in denen zumindest 100 polnische Arbeiter arbeiten. Die polnischen Einwanderer sind endlich berechtigt, bei zuständigen Verwaltungsbehörden Beschwerden in polnischer Sprache einzureichen, die die Bedingungen der Arbeit und des Unterhaltes betreffen, sowie Beschwerden über Schwierigkeiten aller Art, die sie infolge ihrer Anwesenheit in Frankreich erfahren. Eine weitere Konvention vom Jahre 1920, die vor allem die soziale Fürsorge regelt, sichert den polnischen Einwanderern eine gleiche Behandlung mit Bezug auf Arbeiterruhegehälter, sowie die Versorgung der Witwen und Waisen unter der Bedingung jedoch, daß sie ihre Ansprüche spätestens binnen eine Jahres seit der amtlichen Benachrichtigung vom Tode des Arbeiters anmelden. Die polnischen Arbeiter genießen ferner in gleicher Weise wie die französi schen Arbeiter die Subvention, die den Kassen der gegenseitigen Hilfe fü Arbeiter erteilt werden. Einwanderer, die wegen einer physischen Krankheit Schwangerschaft oder Geburt oder aus irgend einer anderen Ursache ärztlich Hilfe oder ärztlichen Rat brauchen, müssen ebenso behandelt werden, wi die französischen Bürger. Die polnischen Einwanderer können unentgeltlic Krankenhauspflege in Anspruch nehmen auf Kosten des französischen Staates

Tage hindurch, wenn sie aber in Frankreich länger als 5 Jahre wohnen, unbegrenzte Zeit. Die polnischen Einwanderer, Greise, Invaliden, unheil-e Kranke im Alter von über 15 Jahren, die dauernd in Frankreich wohnen, ießen die Pflege bzw. können unentgeltlich in den Greisen- und Invaliden-men sich aufhalten.

Die Konvention vom Jahre 1920 gibt den polnischen Einwanderern das cht, den französischen Syndikaten anzugehören unter gewissen Vorbehalten bezug auf die Zusammensetzung der Vorstände, in denen die französischen atsbürger eine absolute Majorität haben müssen. Die polnischen Ein-nderer haben auch das Recht, Wohlfahrtsvereine, Vereine für soziale Für-ge und geistige Förderung, sowie Konsumgenossenschaften zu gründen. s Schlußprotokoll vom 17. IV. 1924 enthält eine Verpflichtung der französischen beitgeber, polnische Schulen bzw. polnische Schulklassen überall dort zu ffnen, wo sich zumindest 65 polnische Kinder im schulpflichtigen Alter vorfinden. Die Benutzung all dieser Rechte ist, dem polnischen Konsul Lubaczewski olge, sehr erschwert. Die kleinliche Formalität der französischen Bürokratie einem recht beschränkten Wirkungskreis der polnischen Konsularbehörden ädigt vielfach recht empfindlich die Interessen der Einwanderer.

Auch aus polnischen Arbeiterkreisen erheben sich vielfach Stimmen der zufriedenheit über die Art der Ausführung dieser Vereinbarungen. Die Zentral-mmission der polnischen Gewerkschaften stellte fest, daß die polnischen Arbeiter Frankreich jeglichen Schutzes und jeglicher sozialen Hilfe entbehren und daß Arbeitsverträge von den französischen Arbeitgebern nicht ausgeführt werden! setzte sich deshalb mit der Conféderation genérale du Travail in Verbin-ng, die den polnischen Einwanderern die Bildung autonomer polnischer ktionen innerhalb der Conféderation zusicherte und sich für den Grundsatz gleichen Behandlung der polnischen Einwanderer mit den französischen beitern aussprach. Trotzdem hören die Klagen der polnischen Arbeiter in ankreich nicht auf, und sie wenden sich sowohl gegen die französischen beitgeber als auch gegen die französischen Behörden. Gegen die französischen beitgeber erheben die polnischen Arbeiter den Vorwurf einer in der Regel lechteren Behandlung, insbesondere des Lohndruckes, da die polnischen nwanderer in der Regel schlechter entlohnt werden als ihre französischen llegen. Auch kommen die französischen Arbeitgeber ihren Verpflichtungen f dem Gebiete der polnischen Schulen vielfach nicht nach. Gegen die fran-ischen Behörden wird der Vorwurf erhoben, daß sie vielfach französierende ndenzen aufwiesen und daß auch Fälle rücksichtslosen Vorgehens mit den lnischen Arbeitern, die doch der französischen Sprache zumeist nicht mächtig d, keine Seltenheit sind. Der Mangel an gesetzlichen Krankenkassen, die Frankreich nur für Bergarbeiter, nicht aber für andere Berufe Geltung haben,

übt einen ungünstigen Einfluß auf die Lage der Einwanderer aus. Wiewo Polen nur ein unbedeutender Teil der polnischen Arbeiter in krankem Zustar verläßt, stellte der polnische Arzt Dr. Szatkowski unlängst fest, daß der Prozen satz der mit Geschlechtskrankheiten behafteten Personen über 30% beträg

Die polnischen Einwanderer in Frankreich bilden eine große Reihe vo Organisationen; ein großer Teil der organisierten polnischen Arbeiter gehö der Conféderation genérale du Travail an, ein geringerer anderen Organis tionen, auf normaler und kirchlicher Grundlage. Auch die konsumgenosse schaftliche Bewegung macht Fortschritte unter den polnischen Einwandere in Frankreich. Sie bildeten zuerst vielfach selbständige polnische Konsun genossenschaften, die aber mangels einer starken Zentrale recht schlec reussierten, so daß manchmal die polnischen Konsumgenossenschaften de französischen Revisionsverbande beigetreten sind, wodurch sie sich auch d kommerziellen Unterstützung der französischen Zentrale erfreuen. Das polnisc Schulwesen ist in steter Entwicklung begriffen, es hat aber mit steten Wide ständen seitens mancher Arbeitgeber und Behörden zu kämpfen. Immerh ist im Jahre 1925 ein polnischer Schulinspektor bestellt worden. Unzureicher ist jedoch die Zahl der polnischen Lehrer.

Die polnischen Banken gründeten in Frankreich zahlreiche Filialen. D Zweigstellen der Posener Bank der Industriellen erfreuen sich in Frankrei eines guten Rufes. Dagegen geriet die Warschauer Bank für Handel u Industrie samt ihren zahlreichen französischen Zweig- und Zahlstellen Zahlungsschwierigkeiten, was unter den polnischen Einwanderern in Fran reich große Mißstimmung hervorrief, da sie in diesen Zweigstellen gro Summen der französischen Ersparnisse niedergelegt hatten.

Die wirtschaftliche Krise, die Frankreich heimgesucht hat, hat auch d polnischen Einwanderer nicht verschont. Manche von ihnen (Bergarbeite kehren nach Westfalen zurück, andere wissen keinen anderen Rat, als d Werbern der französischen Fremdenlegion für Marokko zum Opfer zu falle und es gibt in Marokko bereits polnische Friedhöfe. Die Mädchen fall vielfach dem Mädchenhandel zum Opfer.

Die polnische Einwanderung in Frankreich ist zweifellos eine wichti soziale, wirtschaftliche und politische Erscheinung. Sie hat große Dimension angenommen und überflügelt zurzeit recht erheblich die polnische Einwand rung in Deutschland. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man sie z mindest als eine partiell politische bezeichnet. Volkswirtschaftlichen Ursach ist wohl die polnische Auswanderung an sich entsprungen, aber die Wa Frankreichs als ihres wichtigsten Bestimmungslandes ist zum Teile wenigste auf politische Erwägungen zurückzuführen. Die zwischen den deutsch Arbeitgebern in Deutschland und den polnischen in Deutschland eingewa

lerten Arbeitern bestehenden sozialen Gegensätze erlitten eine erhebliche Verschärfung durch die zwischen Polen und Deutschland bestandenen politischen Gegensätze. Die polnische Einwanderung in Frankreich wurde mit überschwänglichen Hoffnungen seitens der polnischen Regierung in Szene gesetzt. Die Wirklichkeit hat den polnischen Einwanderern viele Enttäuschungen bereitet. Die sozialen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in Frankreich genau dieselben wie in Deutschland, und wirken hier insofern noch mit größerer Kraft, weil in der französischen Republik die soziale Gesetzgebung weniger ausgebildet ist, als dies im Deutschen Reiche, sogar der wilhelminischen Aera, der Fall gewesen. Die politische Allianz, die Frankreich mit Polen verbindet, ist zwar auf die Lage der polnischen Einwanderer in Frankreich nicht ohne Einfluß geblieben. Sie hat den Abschluß einer polnisch-französischen Auswanderungskonvention erleichtert und beschleunigt; sie hat ferner sozialpsychisch die Entwicklung des genossenschaftlichen und des gewerkschaftlichen Gedankens unter den polnischen Einwanderern in Frankreich erleichtert. Aber sie hat nicht vermocht, die nationale Verschiedenheit zwischen den einheimischen und den eingewanderten Elementen völlig zu überbrücken; ja auch in Frankreich ertönen seitens der polnischen Einwanderer Klagen über Entnationalisierungsbestrebungen seitens der französischen Industrieverwaltungen und seitens mancher französischer Behörden.

Die bis dahin bestandene einseitige polnisch-französische Auswanderungskonvention, bei gleichzeitigem Mangel einer analogen Konvention zwischen Polen und Deutschland, hat den Werbern der französischen Arbeitgeber in Polen eine privilegierte, tatsächlich sogar eine Monopolstellung verschafft, welche es ihnen ermöglichte, bei der Bestimmung des Arbeiterbedarfes in Polen recht einseitig zu verfahren. Die offizielle Monopolstellung der französischen Werber gab ihnen einen gewissermaßen autoritären Charakter, umsomehr, weil es doch auch deutsche Werber gab; diese letzteren aber, mangels jeglicher polnisch-deutschen Auswanderungskonvention, nur gesetzwidrig tätig sein konnten. Der französische Werber hatte in dieser Lage einen natürlichen Vorzug und die tätsächliche Entwicklung der französisch-polnischen Auswanderungsbeziehungen beweist, daß der französische Werber sich diesen Vorzug reichlich zunutze gemacht zu haben schien, indem er die französischen Wirtschaftsverhältnisse und die französischen Arbeitsbedingungen in einem erheblich besseren Lichte darstellte, wie sie in Wirklichkeit gewesen sind. Sonst gäbe es eben nicht Enttäuschungen und sonst gäbe es nicht ein Zurücksehnen nach Westfalen oder gar eine tatsächliche Rückwanderung nach Westfalen.

Die preußische Gesetzgebung sorgte in gewissem Grade dafür, daß die polnische Einwanderung nach Preußen den Charakter einer Saisonwanderung behielt, indem sie den polnischen Wanderarbeiter verpflichtete, für die Winter-

monate nach der Heimat zurückzukehren; selbstverständlich geschah dies nicht aus Sorge um die Erhaltung des polnischen Volkstums durch die polnischen Saisonwanderer, sondern vielmehr aus Sorge um die Erhaltung des deutschen Charakters der von den polnischen Saisonwanderern aufgesuchten deutschen Gebiete. Immerhin, Polen boten derartige Bestimmungen insofern Vorteil, als dadurch die polnischen Saisonwanderer ihrem Volkstum dauernd erhalten blieben. Die verhältnismäßige Nähe der Heimat erleichterte übrigens auch finanziell die Rückreise nach derselben. Anders in Frankreich. Die Bestimmungen der Art. 13 und Art. 6 des Code civil erleichtern, ja begünstigen die Einbürgerung der polnischen Einwanderer in Frankreich. Genießen doch nach Art. 13 der Code civil die zur Ansiedlung zugelassenen Einwanderer nur dann alle bürgerlichen Rechte, wenn sie erklären, nach fünfjährigem Aufenthalte in Frankreich ihre Einbürgerung beantragen zu wollen. Das ist ein gesetzlicher Anreiz zur endgültigen Entfremdung. Der große Bedarf Frankreichs an Menschen hat auch andere Folgen. Wenn in Deutschland die Arbeitslosigkeit größeren Umfang annimmt, so werden die polnischen Einwanderer einfach nach ihrer Heimat abgeschoben. Geschieht dies in Frankreich, so werden sie der afrikanischen Fremdenlegion zugetrieben. Die größere Entfernung Frankreichs von Polen hat zur Folge, daß die polnischen Einwanderer, auch wenn sie in einer günstigeren wirtschaftlichen Lage sich befinden, nur schwer die für sie erheblich kostspieligere Reise aus eigenen Mitteln machen können.

Die vom Arbeitgeber zurückzuhaltende Sicherstellung durch den Arbeiter, sowie die von dem Arbeitgeber an den Arbeiter zu leistende Prämie bildet in dieser Hinsicht nur einen unvollkommenen Ersatz, da sie nur beim normalen Verlaufe des Arbeitsvertrages wirksam wird, bei krisenhaften Zuständen aber, wie sie in dem heutigen Frankreich üblich sind, unzureichend erscheint.

Der große Menschenbedarf Frankreichs wird zweifellos auch fernerhin die polnische Einwanderung nach Frankreich begünstigen, umsomehr, nachdem die Wege für die Auswanderer geebnet und die ersten Schwierigkeiten überwunden sind. Aber der Bevölkerungsüberschuß Polens und die Leutenot auf dem Lande in Deutschland läßt es in berechtigtem Interesse dieser Länder geraten erscheinen, auch zu einem Abschluß einer dauernden deutsch-polnischen Auswanderungskonvention alsbald zu gelangen; es wird die „üble" polnische Auswanderung nach Deutschland in eine gesetzliche, also auch besser geregelte umwandeln. Auf die polnische Einwanderung nach Frankreich wird aber eine derartige Konvention einen nur günstigen Einfluß ausüben können. Die legale und offene Konkurrenz der deutschen Werber mit den französischen wird auch auf das polnisch-französische Arbeitsverhältnis einen für den polnischen Arbeiter nur günstigen Einfluß ausüben können und müssen.

ALEXANDER STELZMANN:
DAS GESICHT MEXIKOS

I.

Die neue deutsche Republik hat ihre ersten Antrittsbesuche gemacht. Der
{reuzer „Berlin“ ist nach Mexiko gefahren, als zu einem der wenigen Länder,
lie uns auch in den schlimmsten Zeiten des Weltkrieges wohlgesinnt geblieben
ind.

Calles, der neue Präsident, der am 1. Dezember 1924 sein Amt antrat, war
urz vorher in Deutschland gewesen. Die lange Anwesenheit der „Berlin“
n mexikanischen Gewässern und Landen ist mehr als ein bloßer konventio-
ieller Gegenbesuch.

Schwerlich hat's in der deutschen Handelsgeschichte ein außereuropäisches
Land gegeben, das in Jahresfrist zweimal von besonderen Expeditionen
leutscher Kaufleute, Industrieller und Wissenschaftler besucht worden ist, wie
las unserem Lande anno 1925 widerfahren ist. Die mexikanische Regierung
tellte Bahnfahrt und Fahrtgelegenheit aller Art zu den wichtigsten merkantilen
ind industriellen Sehenswürdigkeiten frei zur Verfügung, aber nicht Hotels,
Aahlzeiten u. dergl., wie das leider einzelne Mitglieder der Expeditionen gemäß
len Berichten der „Münchener Neuesten Nachrichten“ angenommen haben sollen.

Mexiko ist das politische Land der Zukunft Amerikas.

Es marschiert in der Gewinnung des Petroleums, des politischen Öls der
Geschichte, gleich hinter den Vereinigten Staaten. Erst seit 1901, zweieinhalb
ahrzehnten, begann das Land damit. 1901 erzeugte es 10 345 Faß zu je
60 Liter, 1910 aber schon 3 634 088 Faß, 1913 25 696 000, im ersten Kriegs-
ahr etliche 100 000 Faß weniger, 1915 32 911 000, 1916 40 545 712, 1917
5 293 700,

1918	63 828 320	Faß
1919	87 072 954	„
1920	163 540 000	„
1921	193 397 587	„ oder 26 % der gesamten Welterzeugung
1922	185 057 000	„

Die Vereinigten Staaten und England haben die größten Kapitalinvestierungen
ind Anlagen im Lande selbst. Bei Tampico, dem nunmehr zweitwichtigsten
Iafen des Landes am Golf von Mexiko, auf dem Isthmus, wie man kurz die
Landenge von Tehuantepec nennt, in der gleichen Küstenzone, hinter Puerto
Aexico bei Minatitlan und im Innern des Landes, am Onapalasee kommt das
ostbare Öl vor.

Monatlich werden neue Quellen erbohrt, verstrickt sich das amerikanische Kapital mehr in das Land. Mexiko hat den mächtigsten Petroleumbrunnen der Erde, den Cerro Azul 4, dessen tägliche Leistung 45—50 000 Faß beträgt.

Ende 1922 schätzte man das in der mexikanischen Petroleumindustrie angelegte Kapital auf 2,1 Milliarden Goldmark. 97 % des Kapitals gehört Fremden, besonders den Nordamerikanern. Den Gewinn von 35 % hat man durch Verwertung der sehr hochwertigen Destillate (Gasolin, Benzin, Kerosin etc.) noch wesentlich erhöht. An 2 Milliarden Dollars haben die Amerikaner in Mexiko angelegt, ungefähr 1/2 Milliarde Dollars ist weiteres englisches Kapital, das noch im Lande, hauptsächlich im Bergbau, à conto Großbritannien arbeitet.

Ist deutsches Kapital weniger in Petroleum- und Bergbauanlagen angelegt als in kaufmännischen Geschäften und damit verbundenen industriellen Anlagen sowie Plantagen — vor allem Kaffee in Südmexiko*) —, so ist für das Bild, wie sich unsere Handelskurve mit Mexiko im Wettbewerb mit England gesteigert hat, die Tatsache von hochinteressantem Belange, daß 1923 Deutschland unmittelbar hinter Großbritannien kommt im Gesamtausfuhrhandel mit Mexiko. Großbritannien lieferte für rund 12 Millionen mex. Peso (1 Peso ist 1/2 U.S.A. Dollar) und Deutschland für rund 11 Millionen mex. Pesos.

Obige Zahl datiert bloß von den ersten 6 Monaten des Jahres 1923. Heute steht Deutschland an 2. bezw. 3. Stelle in der Einfuhr, was die Einfuhr von Papier und Maschinen angeht. Selbstverständlich kommen die Vereinigten Staaten auch heute wie fast seit dem Beginn einer Handelsstatistik in Mexiko an erster Stelle.

Mexiko liegt vor der Tür der Union; sie hat weniger Geld und Zeit in der Verfrachtung dahin aufzuwenden.

Die Linie des durch die Kriegslage bedingten Weltumsatzes zeichnete sich während des Krieges zugunsten der Neutralen und der Union, soweit dies bei der Mangelhaftigkeit der Statistik 1914—17 möglich ist, unparteiisch festzustellen. Dieser Mangel wird auf die inneren Unruhen im Lande selbst zurückzuführen sein.

1910 beträgt der Import Mexikos 195, 1921 aber 508 Millionen Pesos mex. und der Export rund 260 bezw. 728 Millionen Pesos mex.

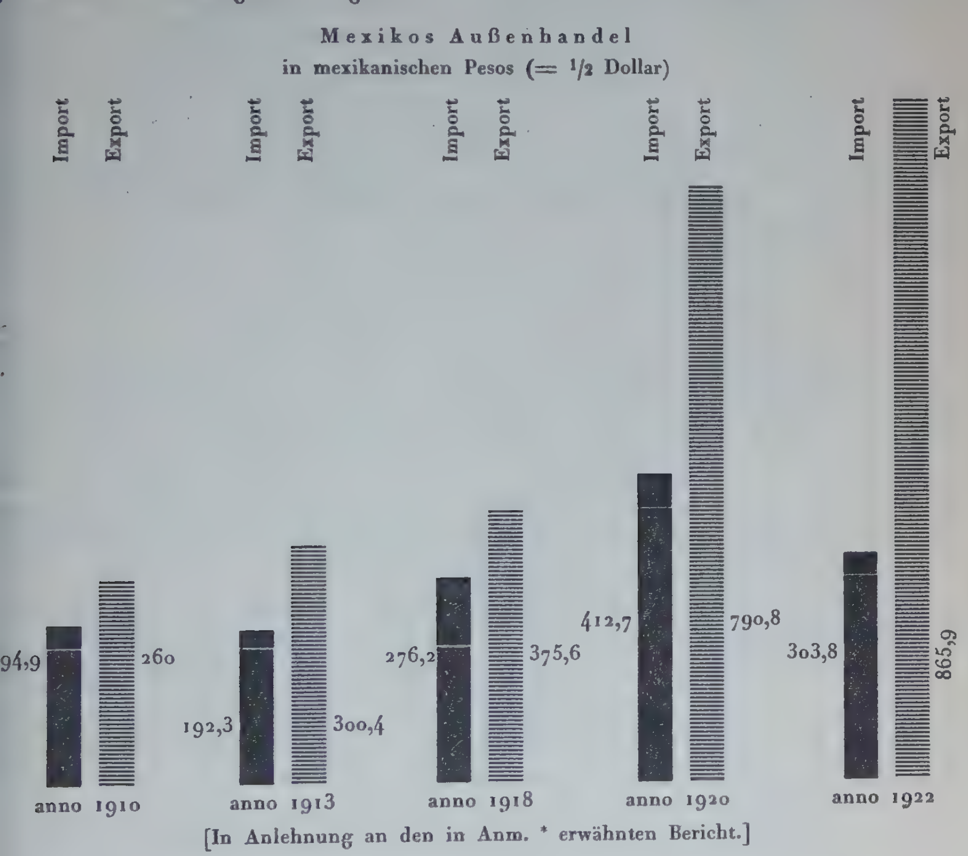
Diese Zahlen beziehen sich natürlich nicht auf den europäischen Gesamt-

---

*) Folgende Daten sind wie die der Petroleumstatistik entnommen aus dem kurzen Bericht über Mexiko, 1923, das die mex. Konsulate in Deutschland verteilen: Kaffeeproduktion 1922: 40 390 000 kg im Werte von 31 000 000 mex. Dollars, Kakao 1922: 86 000 kg, Tabak 1922: 10 500 000 kg, Vanille 1922: 104 360 kg, Zuckerrohr 1922: 2 200 000 kg im Werte von 66 000 000 mex. Pesos.

andel, wie bei der Gegenüberstellung Englands und Deutschlands oben, ondern auf den Gesamtumsatz in der Welt. 1919/20 sowie 1920/21 setzt in bedeutender Sprung nach oben ein: von 237 zu 413 Millionen im Import, on 394 zu 791 Millionen Pesos im Export. An erster Stelle werden vegeabilische, dann mineralische Stoffe, Fertigfabrikate, Textilwaren und tierische rzeugnisse importiert, während im Export an erstem Platze die mineralischen rzeugnisse stehen und die vegetabilischen, tierischen sowie industriellen und ewerblichen Erzeugnisse folgen.

Mexikos Außenhandel
in mexikanischen Pesos (= 1/2 Dollar)



[In Anlehnung an den in Anm. * erwähnten Bericht.]

Der Außenhandel setzte in nennenswerter Stärke ein, als 1873 das erste leis gelegt und die erste Bahn eröffnet ward.

In der vergleichenden Tafel der Ausfuhr ist der obenerwähnte Aufschwung on 1919 zu 1920 selbstverständlich das, was in die Augen fällt.

Man führte aus an: Petroleum im Jahre 1919 für 63 335 568 mex. Pesos nd im Jahre 1920 für 482 415 920 $ mex., also über siebenmal mehr als im orjahr, 1921 für 556 930 074 und 1922 für 679 877 433 $ mex.

In Hinsicht auf Mineralien und sonstige Erzeugnisse sank die Ausfuhr: 1918 für 241 705 305, 1919 für 187 996 718 und 1920 für 181 186 709 $ mex., 1921 für 103 299 552 und 1922 für 111 651 006 $ mex.

Sonstige Erzeugnisse: 1918 für 74 822 425, 1919 für 142 457 714, 1920 für 127 222 634, 1921 für 67 997 530 und 1922 für 74 404 812 $ mexicanos.

Mit Siebenmeilenstiefeln ist Mexikos Außenhandel in einem halben Jahrhundert vorwärtsgeschritten. So betrug er:

1873 (Fiskaljahr bis 30. Juni)	51 760 017 $ mex.
1893 („ „ 30. „)	154 085 355 $ mex.
1903 („ „ 30. „)	410 723 163 $ mex.
1913 („ „ 30. „)	492 698 013 $ mex.
1922 („ „ 30. „)	1 169 741 632 $ mex.

Der Überschuß des Exports über den Import, also das Zeichen aktiver Handelsbilanz, wird ersichtlich aus folgender kleiner Auswahl einiger Jahresziffern. Er betrug:

1903	28 080 975 $ mex.
1913	108 113 090 $ mex.
1922	562 124 882 $ mex.

Deutschlands Stellung im Handel mit Mexiko ist heute wieder unbestritten. Man litt während des Krieges förmlich unter einem Hunger nach deutschen Waren. Hauptsächlich kamen dabei die Drogen, Anilinfarben, Chemikalien, Präzisionsmaschinen und Stahlwaren in Betracht. Man verkaufte mit höchstem Nutzen die noch vorhandenen Bestände im Lande, hauptsächlich von seiten deutscher Häuser drüben, und fertigte unter deutscher Leitung Patentmedizin und ähnliches im Lande selbst an.

Der Ruf der auchtothonen Produkte litt zwar darunter, doch stieg dadurch das deutsche Vermögen im Lande. Nach dem Kriege hub eine schrankenlose Einfuhr von allem und jedem an, das im deutschen Binnenmarkt schlecht ging, nach Mexiko, sehr zum Schaden der Unbeflecktheit des deutschen Namens. Der Mexikaner weiß heute sehr wohl den Unterschied zwischen deutscher Qualitätsware und Kitsch zu schätzen. Gottlob! ist jene dunkle Zeit der Überflutung Mexikos mit dem Unrat deutscher Produktion vorbei.

Die Zurückdrängung des Handels Englands durch uns geht parallel mit der Vertreibung des Handels Frankreichs, Spaniens, der Schweiz, Belgiens und Italiens, Hollands, Japans und Skandinaviens. Das ist eine tröstliche Aussicht für den deutschen Handel.

Darum ist das Interesse Deutschlands an Mexiko so rege und bleibt es.

Mexiko ist ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten im Stile Amerikas. So groß wie das Gebiet der fünf bedeutendsten Staaten Europas, 1 990 000 qkm, hat es bloß 1 550 000 Einwohner.

Die Hälfte des Landes liegt in einer Höhe von über 1000 m und hat kli-
matologische Vorbedingungen, die einer europäischen Einwanderung
günstig sind. Dort herrscht das Klima Südfrankreichs und Italiens vor.

Allerdings ist das Klima der reichen Küstenzone, des Petroleumgebietes, davon
sehr verschieden. Sizilianische Julihitze!*) Das Jahresmittel beträgt 20 bis
25° C. Das Klima der anderen mittleren Zone hat als Jahresmittel 15—20° C.
Der heißen und mittleren Zone folgt das Hochland mit dem Jahresmittel von
10—15° wie im oberrheinischen Tiefland. Geben zwar hier oben Agave und
Kaktus das Landschaftsbild im allgemeinen, für den ersten Blick des ankom-
menden Fremdlings ab, so ist zu beherzigen, daß hier auch das Land unseres
europäischen Getreidebaues ist.

Die Erzeugnisse des Bodens, die gegebenen und erarbeiteten Früchte, sind
außerordentlich vielgestaltig und reichhaltig auf Mexikos Dreizonenland. Hier
sei nur eine sehr unvollkommene Tabulatur der Hauptprodukte mir ge-
stattet; für die Genußmittel verweise ich auf die erste Anmerkung.

Die Grundlage der Ernährung der breiten Masse ist der Mais. 1922 erntete
man 1 733 905 089 kg. Daneben treten an Bedeutung die Frijoles, die Boh-
nen, von denen 1922 115 187 942 kg geerntet wurden.

So allgemein werden die Bohnen als Hauptbestandteil jeder regelrechten
Nahrung angesehen, daß man für Essen häufig: „Tomar los Frijoles (die Bohnen
einnehmen)“ sagt. Sie sind drüben, was in Rußland das Brot, in Deutschland
die Kartoffel ist, jenes amerikanische Kind, das sich sehr entamerikanisiert
hat, aber 1922 noch immer 25 232 000 kg lieferte.

Unter den Faserpflanzen steht an erster Stelle der Henequen, dessen
Hauptanbaugebiet die Halbinsel Yukatan ist, 1922: 122 400 000 kg! Ferner
Ixtle, mehr im Zentrum und Norden des Landes, mit 11 540 000 kg im
nämlichen Standardjahr, und Baumwolle mit bloß 38 650 000 kg und
32 510 000 mex. Pesos Wert. (Daten aus der nämlichen Broschüre, die die
mex. Konsulate verschicken.)

Die asiatisch beheimatete Raminpflanze kommt neben dem hinterindisch
gebürtigen Kapok langsam in Aufnahme. Edel- und Farbhölzer, wie
Ebenholz, Campeche, Mahagoni, Eiche und Nadelholz sowie Öl- und Fett-
pflanzen schließen den Reigen. Die alten Mexikaner kannten fettliefernde

*) Jedoch soll diese Gegenüberstellung europäischer und mittelamerikanischer Klimawerte bloß ver-
anschaulichen. Es würde selbstverständlich ein verzerrtes Bild geben, wenn man sich nun vor-
stellen würde, etwa an der Küste von Veracruz sei es nicht drückender warm als in Sizilien im
Juli. Es liegt über dem dortigen Tiefland ein größerer Druck, mehr Feuchtigkeit ist in ihm
enthalten als in Sizilien. Darum wirkt die Hitze dort erschlaffender. Sizilien liegt auf der Höhe
des Bundesdistrikts Washington, Veracruz auf der von Bombay.

Eine ähnliche Richtigstellung ergibt sich für die vorher angeführten Beispiele.

Tiere ebensowenig wie das Pferd. Noch heute trinken die echten Indios kaum die Milch der von den Spaniern herübergebrachten Kuh. Um so größer war so die Ausbeute, die sie an Fetten und Seifen aus dem Pflanzenreiche hatten.

Zur Vervollständigung das wichtigste aus dem Kapitel Früchte.

Bananen und Apfelsinen, süße und saure, große und kleine Zitronen (Limas und Limones). Ananas als Unkraut wuchert in der heißen Zone ohne Pflege und wird nicht, wie auf Hawaii, systematisch im Anbau erfaßt. Die Kaiserinnen der tropischen Früchte sind die Mango mit ihrem seltsamen Terpentingeschmack, die Chirimoya oder Anona, ein wundervolles Gemisch von Ananas und Erdbeer, die pepsinhaltige Papaya. Daneben vergesse man nicht des Mamey und der starken Familie der Zapote, Kokos usw. usw. Exportierbar sind annoch nur die Banane, Apfelsine, Zitrone und Kokos. Der wildwachsende Zapotebaum liefert den Chicle oder Kaugummi, der für die USA von großer Bedeutung ist. Castilloa elastica oder Kautschukbaum wird gepflegt. Der Anbau des minderwertigen Guayulegummis ist erledigt durch den unendlich großen Wettbewerb des erstklassigen Gummis, der nun in Hinterindien gebaut wird, seitdem der erste Kautschukbaum trotz der entsetzlich hohen Strafen der brasilianischen Landesregierung aus den Wäldern bei Manaos am oberen Amazonas in Brasilien von englischen Gelehrten gestohlen worden war. Olive, Erdnuß und Rizinus sind die Ölspender des Hochlands. Coquito de Aceite ist der Sammelname für viele wildwachsende Palmen, die stark ölhaltige Früchte bergen. Das Pflanzenbild des Hochlands beherrscht die dickfleischige Agave, der natürliche Trinkquell des Volks, das sich aus ihrem Herzen den Pulquesaft herauszapft.

Wenn ich noch erwähne, daß es keine europäische Frucht gibt, die in Mexiko nicht fortkommt, glaube ich öder Namensnennungen enthoben zu sein.

Eine Zukunft hat z. B. die Alfafapflanze, eine außerordentlich ergiebige Kleeart, die mit der Zeit die Grundlage der Viehfütterung in Mexiko geworden ist oder es noch wird. Als altes medizinkennendes Kulturland ist Mexiko sehr reich an wildwachsenden Medizinalpflanzen, deren Kenntnis mündlich sich fortsetzt unter den Indios. Ich verweise nur auf die Jalapawurzel, Tamarinde, Sarsaparilla, Aloë, den Peyotekaktus, die Linaloeessenz.

Etliche wilde Agavearten geben Fasern neben ihrem gärenden, berauschenden Herzsaft her. Zu den Schneitgräsern zählen wir das in den unwirtlichsten höchsten Regionen massenhaft auftretende Zakaton (so unterhalb des vegetationslosen Gürtels in den Gipfelstrichen der höchsten Vulkane des Landes), das zu Bürsten verarbeitet wird.

II.

Wir Deutsche sind, wie in so vielem, von der Geschichte Ungunst verurteilt gewesen, auch auf dem Feld der Kolonisation zu spät aufzutreten. Fähige

öpfe, wirtschaftliche Führergrößen hat es auch bei uns genau so zeitig ge-
eben wie beispielsweise in dem drei Jahrhunderte vor uns kolonisierenden
ngland. Ich denke dabei nur an die Welser-Unternehmungen in Venezuela im
6. Jahrhundert. Allerdings mehr aus Staatsraison denn aus wirtschaftlichem
nteresse unternommen war die Besitzergreifung winziger Teile der Guineaküste
Westafrika (Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg).

Als Fehler mehr persönlicher Natur ist die Ungeschicklichkeit im Kolo-
isieren zu bewerten, die privatim nach fremden Ländern sich vollzog, wie
ach Venezuela in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Nach dem
idlichen Brasilien und nach Chile in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts
lgte allerdings dieser Unstern nicht. Er leuchtete mehr den Auswanderungs-
estrebungen, die sich nach Mexiko wandten. Dabei denke ich nur an die ge-
hlossenen landwirtschaftlichen Siedlungen, nicht an die kaufmännischen
nternehmungen deutschen Namens. Letztere erhielten sich durchschnittlich
urch vernünftige Anwendung der guten amerikanischen Grundsätze von der
atürlichen Auslese von dem durch seine Qualität sich durchsetzenden deut-
hen Kaufmannsnachwuchs in frischem Blute und gutem Saft.

Noch heute gibt es in Mexiko keine größeren deutschen landwirtschaftlichen
iedlungsgruppen. Nur die Besten setzten sich durch. Sie sind heute in
ritter Generation im Lande verstreut, sehr wenige und mächtige Großgrund-
esitzer geworden. Ich erwähne darunter als das beste Beispiel die Kaffee-
flanzer von dem Staate Chiapas im Süden Mexikos unweit der Grenze Guate-
alas. Guatemala hat bekanntlich bis weit über die Hälfte deutsche Kaffee-
flanzungen, die mit zu den besten der kleinen Republik gehören. Von hier
us zog sich ein Rinnsal deutscher Pflanzer und dem Pflanzertum sich zu-
endender Kaufleute nach Mexiko, nach Chiapas, das früher einmal zu Guate-
ala gehört hatte.

Die deutschen Massensiedlungen nach dem Weltkrieg sind bis zum heutigen
age samt und sonders verunglückt. Minderwertige Führung, die sich z. T.
s moralisch behafteten Leuten zusammensetzte, leichtfertige Empfehlung oder
oralische Unterstützung der deutschen Regierung waren mit die Faktoren des
ldigen Zusammenbruchs. Hier und da traf ich auf meinen Streifzügen
er durchs Land die Reste dieser Versuche. Tatsächlich — das fand ich bald
eraus — hat sich der Einzelsiedler besser herausgearbeitet und gehalten.
llerdings hat er Klauen in die Erde setzen müssen, recht schlechte Jahre
urchgemacht, aber setzt sich schließlich durch.

Zu denken gab mir immer der schöne Rest, der bei Papantla, dem
ittelpunkt der mexikanischen Vanillekultur im Norden des Staates Veracruz,
n der italienischen Massenansiedlung unter dem Gouverneur Gutierrez
amorra in den 60er Jahren des verflossenen Jahrhunderts übrig geblieben

ist. Diese Italiener sind durchgehends wohlhabende Leute geworden. Es waren eben kulturell tieferstehende Leute, diese italienischen Bauern, als die Deutschen, die gerade heutzutage auswandern und alles andere eher sind als Bauern oder Handarbeiter.

Wir wissen zuviel, wir Deutsche unseres Zeitalters, und können zu wenig. Der amerikanische pädagogische Grundsatz lautet gerade umgekehrt: Mehr können; das Wissen kommt erst in zweiter Linie. An diesen Kapitalfehler unserer Schulung muß erst der bessernde Hebel angesetzt werden, wenn mal eine Änderung unserer überspannten Ansichten eintreten soll.

Wir wissen, wie stark Japans Bestreben auf Mexiko sich sammelt.

Die USA haben die Japaner vor die Türe gesetzt. Nun sollen die gleichen unermüdlichen kleinen Leute in den nördlichen der 28 Staaten, aus denen sich Mexiko zusammensetzt, angesiedelt werden, z. T. in geschlossenen Verbänden.

Seit längerem belehrten uns die geheimen Abmachungen zwischen dem Reiche der aufgehenden Sonne und Mexiko, wie Mexikos und Japans Pläne sich hier auf dem gemeinsamen Boden der Rache begegnen, gegen den bösen großen Gegner, die Union. Im Kriegsfalle dürfen die Japaner starke Kontingente an der mexikanischen Küste landen und an der Nordgrenze zur Entfaltung bringen. Neuerdings beschäftigen sich die Japaner ernstlich mit dem Gedanken, die Magdalenabucht an der südlichen Westküste von Niederkalifornien als Flottenstützpunkt auszugestalten. Die USA haben sie aus Nicaragua, wo sie einen maritimen Stützpunkt haben wollten, herausgeworfen.

Die Erregung in den Vereinigten Staaten über die japanischen Magdalenabaipläne war groß. Man wurde unverblümter, offener in den alten Forderungen der imperialistischen Presse, Baja California, den mexikanisch gebliebenen Teil des alten, ehedem ganz mexikanischen kalifornischen Landes, von Mexiko zu verlangen. Die gleiche Presse bezeichnet ja den Golf von Mexiko einfach als das amerikanische Mittelmeer und betrachtet die mittelamerikanische Landbrücke zwischen dem Kanal von Panama und California, Arizona, New Mexico und Texas als den amerikanischen Korridor, der eines Tages von selbst amerikanisch werden wird. Bloß die gewaltige Masse Mexiko ist bislang der widerstandsfähigste Teil gewesen.

Doch Uncle Sam kann warten.

Vorläufig will er noch gar nicht 9 Millionen Indios, die heute die zählende Bevölkerung Mexikos enthält, in seine heterogene Bevölkerungsmenge aufnehmen. 12 Millionen Neger schreien schon heute nicht zu wenig und machen ihm zu schaffen.

1950 vielleicht ist nach Haushofer die Union mit, sagen wir, 200 Millionen Einwohnern einigermaßen besiedelt für europäisches Augenmaß. Dann schlägt

uch wohl die Stunde, wo Mexikos Widerstand zermürbt genug ist, um nicht rnstlich mehr in Rechnung gestellt zu werden.

Es verdient immer und immer wieder hervorgehoben zu werden, wie achte die USA bei der Besitzergreifung bezw. Präparierung Mittelamerikas u Werke gehen.

In Nicaragua, wo sie nach A. Dix das Protektorat haben sollen, steht tändig eine Kompagnie amerikanischer Soldaten in der Hauptstadt und ein echt kleines Trüppchen im pazifischen Hafen Corinto des gleichen Staates.

Außer in Salvador, der kleinsten unter den mittelamerikanischen Republiken, alten die Amerikaner die Finanzkontrolle in allen mittelamerikanischen Re-ubliken in Händen, ziehen je nach Lage der amerikanischen Interessen die äden straffer an oder würgen mit den gleichen Fäden ab.

Salvador und Mexiko sind bekanntlich auch die einzigen Staaten im Norden üdamerikas gewesen, die sich trotz amerikanischen Hochdrucks im Weltkrieg eutral verhielten.

Japans Augen sehen scharf, sehen weit. Es sind die Augen eines Feindes. Jnd die sehen gut.

Eines seiner letzten Flottenmanöver war vor der pazifischen Seite des Panama-anals. Es verlautet, die Japaner hätten ihre Absicht, Truppen an den Kanalrändern zu landen und dieses feinste und empfindlichste Instrument merikanischer Großmachtentfaltung zu zerstören, durchgeführt. Ein Schiff vurde im Kanal versenkt. Panamá wurde diesmal ein wahres außenpolitisches „Panamá“ (wie wir es in Frankreich kennen) für die USA.

III.

War die Absicht auch bloß auf dem Papier erzielt, genug, die amerikanische Presse wurde hellhörig, nervös und brach bald in lauten Lärm aus darüber, vie schwach die Panamakanalbesatzung noch sei. Mindestens 20 000 Mann wären anstelle der 12 000 Mann dort unten nötig.

Noch ist Mexiko nicht so durchsetzt mit unzusammenhängenden, nicht ver-rbeiteten Völkerelementen wie die Vereinigten Staaten.

Rund 80 % der Bevölkerung sind Indianer. Die Fruchtbarkeit derselben t sprichwörtlich. Sie hat Staatsgenies hervorgebracht wie den Vater des iberalismus Benito Juarez, der den „Kaiser“ Maximilian beseitigte, wie Por-rio Diaz, der eine Jahrzehnte dauernde hohe Blüte für sein Land um die Vende des Jahrhunderts veranlaßte. Diese Erzeugungsfähigkeit spricht für ie Möglichkeit des Aufstiegs auch der niedrigsten Elemente. Beide Staats-änner, die sogar in Europa ihren Namen haben, entstammen den niedrigsten chichten.

Heute noch sind annähernd 75% der Indianer Analphabeten. Kaum ein Land auf der amerikanischen Nordhälfte hat so leicht billige Arbeitskräfte aufzuweisen, wenn wir von der gelben Rasse absehen, wie Mexiko. In manchen Gebieten gar nicht, in anderen mit 50—100 Goldpfennigen entlohnt für die Arbeit eines ganzen Tages, von Natur nicht unbegabt und geschickt zu vielerlei Arbeiten, sind sie das Fundament des Reichtums, der Macht der Mischlinge und der Fremden.

Das hat sich allerdings neuerdings, seit dem Sturz des Porf. Diaz, geändert, was die Leichtigkeit der Ausnützung der Indianer anbetrifft. Bolschewistische Ideen sind durchs Land gegangen. Über 12 Jahre währte die Loslösung des Landes von den Ideen der Diazschen Ära. Revolutionen in allen Landesteilen waren dazu nötig. Der Indianer mußte seine da entstehende Emanzipierung mit Blut erkaufen. Wo er als Führer auftrat, wie in Pancho Villa, den nordamerikanische Sensationslüsterne geschmackloserweise als den mexikanischen Napoleon bezeichneten, führte der Ausfluß seiner Indianerenergie zu nutzlosem Blutvergießen und Taten ohne höheren Gesichtspunkt.

Dabei sehe ich ab von dem Einfall des Räuberführers P. Villas in die Südstaaten der Union. Er hatte die sogenannte Strafexpedition Pershings zur Folge, die als Ganzes betrachtet wenig Erfolge zu verzeichnen hatte und den latenten Haß der Mexikaner zum Ausbruch brachte.

Seitdem ist diese Abneigung nicht mehr zur Ruhe gegangen. Der Mexikaner weiß, was er von dem Gringo zu halten hat, der „seine Schätze" haben will, und, wenn die Zeit dazu gekommen, sein Land selbst. Weil Pershing den Weisungen aus Washington in seiner undankbaren, delikaten Aufgabe so getreu gefolgt ist, wurde er der Generalissimus des amerikanischen Heeres im Weltkriege. Das Hauptkonto der langjährigen Revolutionen kommt aufs Hauptbuch Onkel Sams in Washington. Die Union befolgt in gelehriger Anlehnung an ihre angelsächsischen Lehrmeister eine traditionell werdende Taktik, wie man ein Land reif macht für seine Zwecke.

Eines Tages soll Mexiko wie die Birne vom übervollen Birnbaum der Union in den Schoß fallen. Sie kann warten und wartet. Noch hält sie nicht die Schürze hin unter diesem Baum, der noch so wenig angenehme Früchte zeitigt. Mexiko soll erst okuliert, beschnitten werden durch eine leidvolle Zeit von inneren Unruhen.

Das gleiche weitgesteckte Ziel behält die Union auf der anderen Seite des Stillen Ozeans, in China im Auge. Zur Beherrschung dieses Meeres, das die Union in Anlehnung an ihre panamerikanischen Gelüste und Ziele panamerikanisch machen möchte, bedarf es der Durchdringung Chinas mit amerikanischem Imperialismus genehmen Faktoren.

Wir wissen, wie gewaltig die Zunahme des amerikanischen Handels in

ina ist. Wir wissen auch, wie sehr die etliche Jahre währenden Unruhen es erwachenden Reiches der Mitte amerikanisches Importgut darstellen.

Der Chinese ist gelehrig, gelehriger als der Amerikaner.

Die mexikanischen Truppen der Revolution ähneln im Durchschnitt mexianischen Räuberbanden. Die chinesischen Räuberbanden sind militärisch ganisiert, haben Kompagnieverband mit Offizieren, strengste Disziplin und ren General an der Spitze.

Wir wissen, wie 1924 hinter den Unruhen in Schanghai ein amerikanischer raduierter der Universität von Berkely bei San Franzisco stand.

Mittels dieser Operationen will die Union das riesig starke Rassegefühl er Chinesen untergraben. Wenn ihr das gelingt, ist ihr der Hauptschritt uf dem ungeheuer weiten, schwierigen Wege geglückt.

Denn nach Colin Roß hat der Japaner bloß Nationalgefühl, kein Rassefühl. Der Mexikaner hat Rassegefühl; was an Nationalgefühl da ist, sind e gefälligen Floskeln seiner lateinisch beschwingten Rednergabe. Bei beiden eterogenen Völkern das Rassegefühl zu unterminieren, bedeutet kongruentes rbeiten auf den beiden sich gegenüberliegenden Kanten des Stillen Ozeans.

Denn die Ideen machen heute nicht mehr Weltgeschichte allein. Das sehen ir an dem Scheitern des heiligen Krieges des Islam im Weltkriege.

Ein Panislam existiert ebensowenig wie ein Panmongolentum. Ebensoenig wie Araber und Türken sich unter demselben Dache eines gemeinsamen eligionsbekenntnisses vertrugen (eine andere Nation, wie das christliche England, trennt erstere von den Türken, die das Kalifat als heiligste Würde des lams zu hüten hatten), ebensowenig greift in der gelben Welt der Gedanke es Panmongolentums, etwa unter Japans Führung, um sich.

Dafür ist die Abneigung der Chinesen gegen die Japs zu allgemein und tief. aß das Rassegefühl als das einzige verbleibende Kittmaterial der gelben Welt egenüber der weißen Welt auch nicht in China Platz greife, dafür sorgen e augenblicklichen Handlungen der Vereinigten Staaten, die das ungeheure and nicht zur Ruhe kommen lassen.

Die Überspannung des Nationalitätenprinzips verhindert in Europa die Idee nes Paneuropas, würde in Amerika die des Panamerika unterbinden.

Geschlossene Staatenbündel vereinigter Staaten, etwa von Europa, von inasien, von Lateinamerika sind die Gefahr der Ausbreitung des nordameriinischen Imperialismus.

Vorläufig also hat die Zusammenfassung der vom gleichen Rassegefühl berrschten Völker der Stillen Ozeanküsten noch weite Wege.

Bislang galt Mexiko als ein Volk mit einigermaßen vorhandenem Rassewußtsein. Wenn es gelänge, dieses auf die noch lange unfertigen, nicht turierten Länder der lateinischen Zunge zu übertragen, etwa wie es die

Neger der Union unter einem noch kommenden Negerkaiser für Nordamerika träumen, würde es dem Laufe des Rades der Geschichte der Union, des übrigen Amerika und der weiteren Welt in die Speichen greifen, das Rad vielleicht zum Stillstand bringen, jedenfalls um einige Drehungen zurückreißen.

Dann würde der Golf von Mexiko noch Jahrzehnte so heißen und nicht „Amerikanisches Mittelmeer", wie er heutzutage durchgängig von der Presse der U. S. A. genannt wird.

IV.

Und wie steht's augenblicklich um das Land?

Calles hat sich in den sechzehn Monaten seiner Regierung durchgesetzt.

Ist es nicht seltsam? Limantour, der Finanzminister des Porfirio Diaz, lebte seit seiner Flucht aus Mexiko im Jahre 1910 in Paris und war tot für Mexiko. Nun lobt er öffentlich Calles wegen seiner finanziellen Maßnahmen.

Calles hatte den Ärmsten der Armen, den landlosen Peones, Feldarbeitern, gesagt: „Ich verwirkliche euch unser Agrarprogramm. Jedes Landgut, das über 100 ha faßt, wird aufgeteilt und den Bauern des nächst liegenden Dorfs, pueblo, zugesprochen."

Nun war damit schon unter Obregon Ernst gemacht und viel böses Blut erregt worden.

Besonders mußten die Spanier, die man von früheren Jahrhunderten der Unterdrückung Mexikos noch kannte und haßte, darunter leiden. Sie besaßen die meisten und größten Haciendas des Landes, was den Besitz der Fremden anbetrifft.

Vorstellungen der ausländischen Vertreter fruchteten nicht viel.

Nun erhoffte der Peón, daß mit dem großen Reste glatter abgerechnet würde.

Aber vergebene Hoffnung! Calles stoppt. Er verpflichtete sich der auswärtigen Diplomatie und dem einheimischen Großgrundbesitz, von diesem Kapitel des Regierungsprogramms vorderhand Abstand zu nehmen.

Somit auch in dem wichtigsten Mittel callistischer Politik ein Abbau!

Calles ist für Mexiko Alessandri, der zurückgerufene Präsident Chiles, der Sozialistenführer seines Landes. Wie Alessandri oder Irigoyen, der argentinische Präsident von vormals, zur Zeit des Krieges, müssen diese homines novi paktieren und Kapitulationen schließen vor der harten Wirklichkeit.

Ich glaube nicht, daß Calles von seiner innersten Überzeugung auf die Dauer abweicht, mögen die Zeichen der heutigen Tage auch gegen ihn sprechen.

Wenn die Gelegenheit günstiger sich anläßt, macht er kehrt, macht er halt und schwenkt zu seinen alten Ideen um.

Er steht auf sozialistisch gefärbtem Sockel und steigt nur für einstweilen von herunter, um bei besseren Zeiten den ursprünglichen Kurs wieder ein-schlagen.

Als die Spanier ins Land kamen, um 1520, fanden sie bei den Aztekas ein emeindeland vor. Daran konnten sie anknüpfen, weil in dem mittelalter-hen kastillschen Recht derartige Einrichtungen, die sogenannten ejidos, auch standen. Das Gemeindeland nannten die Aztekas altepetlalli.

Hierin liegt der Angelpunkt der Besserung der Agrarreform. Das heutige exiko hat den pueblos die alten ejidos wiederzugeben.

Der Indio tut für seinen Privatbesitz nur etwas, wenn er ein Teil des sitzes seines pueblo bleibt. Je reicher sein pueblo ist, desto stolzer ist r Indio auf sein pueblo.

Die alten Mexikaner halfen sich damit, daß sie Teile dieses Gemeindelandes die einzelnen Dorfmitglieder abgaben auf Lebenszeit, damit sie es bebauten. So überlasse das heutige Mexiko die Verteilung der zurückgegebenen Lände-en den einzelnen Dörfern. Ich glaube, dieser Weg wird gangbarer als der lang eingeschlagene.

Heute läßt der Indio das zurückgegebene, ihm viel zu große Land ver-ten und bebaut nur so viel, als es für seinen bescheidenen Bedarf genügt. Daher kommen die Klagen wegen des Verderbs der Ackerländereien des ndes durch seine eigenen Söhne.

Ehedem war die Kirche die größte Grundbesitzerin des Landes. Der at (1856 unter Comonfort, 1859 unter Juarez) ging mit ihr zu Gericht und hm ihr soviel weg, daß heute die Kirche keinerlei Grundbesitz besitzen er erwerben darf.

Allerdings wird dies durch kirchlich treue Mexikaner als Strohmänner selbst vereitelt.

Warum nun vor den weltlichen Besitzern, zumal wenn sie, wie die anier, Landfremde sind, halt machen?

1810 zählte man 5000 Haciendas, deren kleinste 2500 Morgen hatte, und 00 Estancias. Die Kleingrundbesitzer hatten höchstens 30 ha.

Porf. Diaz schuf die Verfügungen, denen zufolge 2500 ha als Höchstmaß ten. So entstanden bis 1906, durch Verteilung von Urland, 8110 Ranchos t ca. 11 Millionen Morgen Land.

Als Diaz ging, gab es 47 939 Ranchos.

1893 besagte das Kolonisationsgesetz, man könne Land kaufen, soviel man lle. So kamen unter P. Diaz allein 5 Millionen Morgen an eine Gesellschaft d 14 Millionen an sieben Leute.

Am Ende seiner Regierungszeit existierte in 12 Staaten kein Staatsland hr und ein neuer Großgrundbesitz von ca. 27 Millionen. Dazu trat der

alte Haciendenbesitz von 21 Millionen Morgen. Das ergibt 48 Millione Morgen, die höchstens 600—700 Menschen eigneten.

Bestenfalls war $^1/_3$ davon unter Bewirtschaftung genommen.

50 000 Rancheros waren ohne Macht, 5 Millionen Indios ohne Land! (Zahle aus dem sehr lesenswerten Aufsatz von L. Matthias im Neuen Merkur, Heft 5 Jahrgang 1925.)

1917 bekamen unter Obregon die Einzelstaaten das Recht, selbständi in Agrarfragen zu handeln.

Da nahm Yucatan alle Haciendas weg und entschädigte dafür (ebenfal nach Matthias) in 4% Goldbonos, die in 50 Jahren zu amortisieren seien.

Yucatan geht, sozialistisch gesehen, am weitesten. Einige sprechen es a Bolschewistenrepublik an. Dabei ist der separatistische Zug der Yucatekos i die Wagschale zu werfen, von der Zentralregierung in Mexiko-Stadt sich z lösen, weil sie, die Yucatecos, sich kultivierter fühlen als die Mexikaner de Hochlandes, — ein Rest des alten Stolzes der Nachkommen der hochstehende Mayas! Wenn nun 1924—1926 in Yucatan viele Ländereien von den dam beglückten Indios an die ursprünglichen Eigner zurückverkauft worden sin glauben die Verfechter der Unzweckmäßigkeit des rigorosen Vorgehens de Regierung ihr Recht bewiesen zu haben.

Der neue Herr ist von starkem Körperbau, sehr fleißig, wie man sagt, gu mütig und zugänglich. Dabei sparsam, wenigstens heute und rücksichtslo Er hat alle Verheißungen nur als Mittel zum Zweck gebraucht. Er fürchte heute nicht mehr seine Widersacher, seitdem die Bahnen des Verkehrs m mächtigen Nachbarn geöffnet sind. Die Union hat erst nach Jahren Obregon Regierung anerkannt. Bei Calles hat sie nicht damit gezögert.

In der Gewerkschaftsbewegung herrscht der Geist des toten Gompers, de amerikanischen Arbeiterführers. Also hier ist Radikalismus unmöglich.

Das Rückgrat jedes gesunden Staates sind die Finanzen.

Mexikos auswärtige Schuld ist sehr groß, wenn man das Mißverhältnis be denkt, das in Hinsicht auf die Verwendung der nicht geringen Einnahme besteht.

September 1919 bis August 1920 betrugen die Einfuhrzölle $ 224 462 471 2 und die Austuhrzölle $ 265 178 726,90 gegen $ 194 875 781,37 und $ 15 406 046,96 des Fiskaljahres 1909 bis 1916. Allein an Exportausgaben fü Petroleum erhielt der Staat seit Januar 1921 $ 34 207 544,34 die sich b zum Jahresschluß auf rund 46 Millionen erhöht haben dürften.

Die öffentliche Schuld war im September 1920 amerik. $ 657 599 12 Weitere Anleihen sind hinzugetreten.

Als man nun Calles eine weitere amerikanische Anleihe vorschlug, schlu er rundweg ab.

Mexiko ist das einzige Land in Amerika, das Hartgeld laufen hat. Das apiergeld der Revolutionsjahre ist über Nacht verschwunden. Am anderen orgen handelte man nur mit gutem Silber und Gold. Derartige Manöver ınn sich nur ein notorisch reiches Land gestatten.

Und Mexikos Boden führt an die 80 % seiner Oberfläche erzhaltige chichten. Als silbererzeugendes Land steht Mexiko an erster Stelle. 1922 istete Mexiko mit 2521 Tonnen 39,32 % der Welterzeugung und an Gold nde des gleichen Jahres 768,3 Tonnen. Von Industriemetallen liefert ıs Land von Jahr zu Jahr steigende Ertragsziffern, Kupfer, Zink und eierze.

Quecksilber und Zinnober kommen neben den Eisenerzen für Deutschland Betracht. Ferner die Zuschlagsmetalle Mangan, Molybdaen, Wolfram und anadium (in mexikanischen Bleierzen zuerst gefunden). Weiterhin reihen ch das für uns wichtige Antimon, Arsen, Wismut und Zinn an diese statt-che Menge der Erze an.

Trotz des großen Reichtums an Eisenerzen (ist doch in Durango der Cerro mercado ein Berg ganz aus massiven Eisenerzen!) besteht bei Monterrey é einzige Eisenhütte des Landes. Der Durchschnittswert der Jahres-oduktion von rund 250 Millionen mex. Pesos sank 1922 als Folgeerscheinung r wirtschaftlichen Depression auf 191 Millionen mex. Pesos. Eine beredte ıhl!

Mithin verstehen wir die stolze Sprache des Präsidenten.

Den weitaus größten Teil des Staatshaushaltes schluckte das Heer! Nun stimmt Calles seine Verminderung auf 50000 Mann von seiner Stärke von 000 Mann. Rund 500 „Generale“ und eine Unmenge höhere Offiziere urden verabschiedet.

In anderen Zweigen tritt das gleiche Bestreben der Sparsamkeit zutage.

Calles geht mit gutem Beispiel voran. Er wohnt nicht in dem Schlosse aximilians auf der Höhe über dem parkumrauschten Chapultepec, sondern seiner Stadtwohnung. Jeden Morgen fährt er im Auto zu den Staats-schäften wie ein gewöhnlicher Beamter. Den Ministern untersagte er das ılten mehrerer Dienstautomobile auf Staatskosten.

Die monatelang ausstehende Zahlung der Gehälter leitete Calles in die Wege, hlte die am schlechtesten besoldeten Beamten, die Lehrer, und will, so ver-ndet er, den uralten Mißbrauch der Zahlung in Anweisungen auf den Staat, sogen. Bonos, nicht dulden.

Halsabschneider standen vor der Türe der Staatshauptkasse und honorierten Bonos mit sage und schreibe ganzen zehn Prozent!

Es war dies ein glänzendes Geschäft. Denn mit den gleichen Bonos zahlte ın dann die steuerlichen Verpflichtungen an den Staat.

Der ehemalige Dorfschullehrer Calles arbeitet und wird vielleicht eines Tages, wenn seine Amtsperiode normal verläuft (von allen Präsidenten Mexikos sind recht wenige eines natürlichen Todes gestorben) als ein anderer Porfirio Diaz dastehen.

Augenblicklich ist sein Land in der Epoche der Tränen, des Leides und der Heilung von den tiefen Wunden, die ihm die über ein Dutzend Jahre währende Revolution geschlagen hat.

Die Vereinigten Staaten glauben, ohne diese Periode des nationalen Unglücks zu einem großen Staate erstanden zu sein. Das ist bislang noch keinem Volk in der Geschichte widerfahren. Und Ausnahmen macht die Geschichtserfahrung nicht.

Die Eule der Minerva beginnt den Flug in der Dämmerung.

Und Dämmerung hebt an im Bereiche der Länder des Stillen Ozeans, was die klare Erkenntnis der politischen Entwicklung jener Länder in der Neuen Welt und im Fernen Orient anbetrifft.

Darum können wir nicht klar genug vorläufig sehen, wie auf der Nordachse die Geschichte läuft.

Ob mit der Zusammenfassung des durch Rassegefühl geeinten Lateinamerika und der gelben Welt unter den Stößen der Mächte Japan und Mexiko als Vortrupps, die an der Grenzfront auf der Wacht liegen, der drohenden Amerikanisierung und Technisierung der Welt Einhalt geboten wird?

Ob damit ein Paneuropa wieder die Hand frei bekommt zu dem durch den Weltkrieg zerstörten Werk einer Europäisierung der Erde, einer Durchdringung der Erde mit dem Geist abendländischen Kulturdenkens?

Das Gesicht Mexikos ist schwer verständlich, ist rätselhaft wie das Antlitz der alten Götter des Landes.

Ich habe versucht, aus ihm herauszulesen, was für die Forderung des Tages für uns Deutsche notwendig ist zu wissen, zu erfahren.

Es ist ein recht unvollkommener Versuch. Des bleibe ich mir gewiß.

Wenn aber diese wirtschaftlich-politische Skizze das Augenmerk tüchtiger Landsleute gespannt hält auf die Gleichung: Mexiko plus Deutschland ist ein gut Teil unserer Zukunft, so bin ich reich belohnt.

RECHE:
DER POLYNESIER

Der Großadmiral v. Tirpitz schließt seine Erinnerungen mit den Worten:
)as deutsche Volk hat das Meer nicht verstanden". Das ist natürlich so zu
rstehen, daß wir Deutschen das Meer in seinen Möglichkeiten für unsere
litische und wirtschaftliche Machtstellung nicht begriffen haben; auch viel-
cht nicht erkannt haben, in wie hohem Maße die Seefahrt Kräfte des Denkens
d Charakters entwickelt, die unserem Volk not waren, um seine weltpoliti-
ıe Aufgabe zu erfassen und sie inmitten der andern Völker durchzusetzen.
ɔer darüber hinaus hat der Ausspruch des Admirals noch eine umfassendere
iltigkeit, insofern das Meer als kulturgestaltende Umwelt bis heute nirgends
seiner vollen Bedeutung erkannt worden ist — freilich nach dieser Rich-
ng hin wäre eine Beziehung auf die Deutschen am wenigsten angebracht,
nn gerade die Arbeiten deutscher Gelehrter haben hier in völlig neue Ge-
nkengänge hinübergeführt, von denen wir überzeugt sind, daß sie uns der
ösung vieler Fragen über die anthropologische und kulturelle Entwicklung
r Völker näherbringen werden, als es auf den bisherigen von der Wissenschaft
er eingeschlagenen Wegen möglich war.

Der Gedanke der Umwelt als allgestaltender Faktor des Lebens ist bisher
wenig gewürdigt worden. Wir suchen immer Punkte auf der Erde, auf
nen das menschliche Leben in seiner Rassenverschiedenheit sich zuerst ent-
ckelt hat — wir suchen Ausgangspunkte der verschiedenen Kulturen dieses
ebens und lassen die Völker dazu bestimmte Straßen über die Erde wandern
aber bei all diesen Betrachtungen sind wir doch immer zu sehr Gegen-
artsgeographen, indem wir die Gestaltung von Land und Meer im großen
nzen nach ihrer heutigen Formung zur Unterlage nehmen. So holen wir
wenig die Umwelt heraus, in welcher der Gegenstand unserer Untersuchung
gt und in seiner Bedingtheit verstanden werden kann. Gewiß können wir
ıs rückblickend nicht in uferlose Zeiten verlieren, aber bevor wir erwägen,
eine hochkultivierte Rasse von den Hochflächen des Pamir oder vom hohen
orden sich über die Kontinente verbreitet hat, sollten wir doch zuerst fest-
stellen versuchen, welche Umwelt die geeignetste ist, um Kultur zu schaffen.
ıd da scheint mir, daß weder die eine noch die andere dieser eben ge-
nnten Umwelten (Pamir und Norden) die Kräfte in sich trägt, um das
enschliche Leben von da ab, wo wir es so nennen, wahrhaft geistig be-
ıchtet zu haben. Wenn wir an diesen Punkten der Erde Ausgangspunkte

einer höchstkultivierten Rasse gefunden zu haben glauben, so handelt es sich ganz gewiß nicht um erste Ausgangspunkte, sondern nur um Etappen auf dem Wege einer Ausbreitung von Punkten her, wo das menschliche Leben unter den günstigsten Bedingungen bereits eine solche kulturelle Höhe erreicht hatte, um sie in einer weniger günstigen Umwelt noch zu behalten und sogar weiter treiben zu können. Nachdem wir aber jetzt die Umweltsantipolarität von Land und Meer hier begriffen haben, müssen wir doch zunächst die Frage aufwerfen: Ist es die Festlandswelt oder die Meereswelt, die Welt meerumspülter Klippen und Inselwolken, welche für die erste Entwicklung einer geistigen Kultur der günstigste Boden ist? Und wenn wir uns für die letztere entscheiden sollten, würden wir die andere Frage zu beantworten haben, ob wir eine gegenwärtige geographische Meerwelt noch zum Ausgangspunkt dieser Kultur nehmen dürfen oder eine solche irgendwo anders auf der Erde in früherer Zeit anzunehmen haben.

Was die erste Frage anbetrifft, so ist sie durch die Untersuchungen und Arbeiten deutscher Gelehrter zu Gunsten der Meereskultur bereits entschieden. Wenn wir also eine hohe Geisteskultur bei der nordischen Rasse vorfinden, deren somatische Entwicklung nicht unter einem hohen Stande der Sonne gedacht werden kann (es fehlen ja die Schutzfarben der Haut und des Haares gegen Sonnenbrand), so müssen wir doch wohl auch eine frühere mehr insulare Gestaltung der Polargegenden annehmen; sie würde bei anderer Lage der Erdachse und damit veränderten klimatischen Verhältnissen auch unter den heutigen geographischen Zuständen bis zu einem gewissen Grade vorhanden sein, insofern sich aus der Eiskappe des Nordpols die große Zahl vorhandener Inseln, besonders nördlich des amerikanischen Kontinents, merklich herauslösen würde — und man könnte sich denken, daß die seiner Zeit erfolgte fortschreitende Vereisung der Polargebiete zusammen mit einer starken Bevölkerungszunahme ein dort vorhandenes Meervolk dann mehr nach Süden abgedrängt hat an die Nordgebiete Europas, wo der Golfstrom das Meer freihielt. Längs den Küsten weiter strebend könnte das nordische Meervolk auf der Inselwelt des östlichen Mittelmeeres die ihm am meisten zusagenden Lebensbedingungen gefunden und sich dort als mykenische und griechische Geisteskultur ausgewirkt haben. Beachtenswert bleibt immer, daß philosophisches Denken vornehmlich in dieser Kleininselwelt beheimatet war. Von da aus könnten sehr wohl Ausstrahlungen nach Nordägypten, Persien, Babylonien und Indien stattgefunden haben. Bei den letzten Ländern könnte aber auch sehr wohl ein Zusammentreffen mit der Kultur des polynesischen Meervolkes (in ihrer Sprache tangata genannt) stattgefunden haben, woraus sich vielleicht der hohe Stand philosophischen Denkens gerade an diesen Stellen am besten erklärt. Dr. Kurt v. Boeckmann hat auf inhaltliche Zusammen-

änge der Mythen der Südsee und dieser Völker Asiens hingewiesen, deren
elbständig örtliche Entstehung in ihrer überraschenden Gleichheit vieler
inzelheiten kaum angenommen werden kann. Einem Meervolk, wie den
olynesiern, das ein Inselgebiet von solch ungeheurem Seeraum, wie es in der
üdsee vorliegt, besiedelt und in dauernder Seefahrt untereinander verbunden
ehalten hat, können wir gewiß auch Fahrten in die Golfe und Einbuchtungen
es Indischen Ozeans zugestehen — ja es wäre geradezu unverständlich, wenn
er Tangata, dieser typische Seenomade, im Indischen Ozean nicht ebensoweit
erumgekreuzt wäre, wie in dem unverhältnismäßig viel weiter gespannten
eeraum der Südsee, zumal wenn man seine Urheimat auf den malayischen
nseln annimmt. Es möchte mir aber scheinen, daß die Herausbildung des
olynesiers zum Menschen des Meeres sehr viel früher erfolgt war, als die
istorische Forschung auf Grund der Südseewanderungen vermuten läßt. Denn
ne Besiedlung der Südseeinseln und noch mehr die Schaffung eines über die
eitesten Seeräume dauernd im Verkehr miteinander stehenden Volkstums war
ur möglich bei bereits vorhandenem Hochstand der Navigation, der nur in
nger Zeit auf stetig gesteigerter Fahrtweite erworben werden konnte. Bei
ichtbenutzung irgendwelcher nautischer Instrumente (selbst der Magnetkom-
aß, obwohl dem Polynesier wohl bekannt, wird abgelehnt) verlangt diese
avigation, welche es bereits seit Jahrhunderten fertigbringt, auf kürzestem
Vege (im größten Kreis) Inselpunkte im größten aller Weltmeere mit Sicher-
eit aufzufinden, eine astronomische Vorstellungsbegabung, die nur aus einem
assenmäßigen Auslesevorgang in langer Zeit zu verstehen ist. Es kann an
ieser Stelle auf die Eigenart der polynesischen Navigation nicht eingegangen
erden, so gewiß sie uns auch in ganz besonderer Weise die Weite des poly-
esischen Denkens und eine uns fast in einem besonderen Sinne liegend er-
cheinende Gedächtnisfähigkeit und Vorstellungskombination des Tangata offen-
art — das Wesensbesondere des echten Meermenschen. Man stelle doch nur
iesen navigatorischen Hochleistungen im winzigen Kanu die geradezu stüm-
erhafte Fahrt eines Kolumbus über den atlantischen Graben gegenüber mit
ner Verrechnung in geographischer Länge um einen halben Erdkreis — eine
ahrt, zu welcher das eisengewaltige Europa nebenbei erst vor 400 Jahren
berhaupt die Kraft fand. Aber auch den Wikingerfahrten fehlte jener navi-
atorische Bewußtseinsinhalt, der den Tangata befähigte, jederzeit den Schiffs-
rt aus seiner Relativitätslage zum kreisenden Kosmos (ane ta'avili langi) ab-
ugreifen.

Eine Meereskultur, die sich an rohstoffarmen Inselwolken anhängt, erschöpft
ch freilich früher mit ihren materiellen Hilfsmitteln, und es kann hier nicht
u jenen werktätigen Schöpfungen kommen, in welchen sie ihrer inneren Ge-
ankenwelt einen gleichen äußeren Ausdruck zu verleihen imstande ist, wie es

dort der Fall ist, wo sie auf festländischen Boden übergreift, sich dort allerdings wieder verflüchtigend. Wir dürfen daher in dieser Richtung nicht suchen, sondern müssen dort zu finden streben, wo der Gedanke von allem Materiellen abstrahiert und sich in rein Geistigem vorwärts arbeitet. Es ist das Gebiet der Philosophie, auf dem wir in solchem Falle allein uns ein Urteil über die geistige Kultur der an materiellen Hilfsmitteln armen Meervölker zu bilden vermögen. Und nun weiß ich wohl, daß man mir mit großem Zweifel und Erstaunen gegenübertreten wird, wenn ich sage, daß nirgendwo philosophisches Denken einen so hohen Stand erreicht hat, wie bei den Polynesiern. Daß wir so wenig davon wissen, ist aber Schuld unserer Forschungs-Methode, die so gerichtet ist, daß wir hier immer nur auf dem geschriebenen Wort festen Fuß fassen können und dem mündlichen Ausdruck nicht trauen, ja nicht verstehen, ihn zu einem großgefügten Gebilde zusammenzulocken. Denn das muß geschehen, und die Kunst des Forschers ist es, daß er dem anderen Mund nicht die von ihm erwarteten eigenen Antworten durch falsches Fragen einlegt, oder das freigegebene Wort in das vorgefaßte Denken nach eigner Vorstellung einstellt. Er darf das Saitenspiel der fremden Seele nur zum Tönen bringen, sich selbst jeden Einklangs enthaltend, und dann nur bemüht sein, sich selbst so abzustimmen, daß es zu einer Resonanz im eigenen Innern kommt. Dann mag er das, was er dort erlauscht, in die Sprache Europas zurück travestieren. Das heißt also: Man muß den eigenen europäisch eingestellten Menschen erst mal verlieren, um den Polynesier zu verstehen, und ihn dann wieder im europäischen Denken sich verständlich machen.

Es kann nicht die Aufgabe der folgenden Zeilen sein, die polynesische Philosophie als Ganzes zur Darstellung zu bringen — es soll nur gezeigt werden, wie bei dieser Philosophie das Meer die Anregungen gab und bis wohin es das Denken hinaufgetrieben hat.

Wer ist der Meermensch — der Tangata? Es ist der Mensch, dem das Land als Gegenstand geistiger Betrachtung gegenüber dem Meer fast völlig zurücktritt. Das Land ist Brutstätte, ist der Erzeugungsort des Rohmaterials für das Mittel, welches ihm, dem Seenomaden, gestattet, sein Leben auf dem Meere zu führen; kaum merklich beschäftigt es seine Gedankenwelt. Anders das Meer, sein Lebensboden. Im Denken des Tangata ist es Weite — Weite — und immer nur Weite — moãna, das im Meeres- und Himmelsblau Verschwimmende. Die Moãna hat kein Ende. Unendlichkeit. Aber sie ist nicht *unsere* Unendlichkeit. Der landgebundene Mensch sieht den Raum stets begrenzt, sei es durch Wald, Fluß, Gebirge — sei es sonstwie — immer bleibt er Grenzenraum. Dahinter wieder Raum und jenseits neuer Raum bis fort ins nie Endende. So entwickelt der Landmensch die Unendlichkeit aus der

unendlichen Vielheit der Räume; sie ist ein Weiterdenken der nie endenden Grenzräume. Auf dem Meer gibt es keinen Grenzenraum, er ist dort ein immer nur Gedachtes — man muß ihn ableiten aus der Unendlichkeit als Unendlichkeitseinheit. Was aber heißt das? Wer die Unendlichkeit des Raumes als Einheit erlebt hat, für den gibt es keinen Raum mehr als Wirklichkeit — er erkennt den Raum als das lediglich unserem Denken Angehörige; als das, was wir in unserer Sprache erkenntnistheoretisch „Denkform" nennen. Das hat der Tangate begriffen; er abstrahiert also die Welt von allem Räumlichen. Worin aber steht die raumlose Welt? Das Meer gibt ihm die Antwort: Die Wellen rauschen, die Winde brausen, Ebbe und Flut folgen im ewigen Wechsel, die Sterne kreisen über ihm. Zeit. In der Zeit steht die Welt. Wo aber ist Zeit ohne Raumgedanken? In der Musik, im Gesang — da erscheint sie an sich; da gibt es keinen Raum. Also ist die Welt ein Singen — langi — das Weltenall, der Kosmos — lalolangi die Erde, das untere Singen. Dahin führte ihn der Moănagedanke und ließ ihn das Wort langi finden; er kannte es nur im Erfassen der Unendlichkeit als Einheit und Begreifen des Raumes als Denkform. Er hielt diesen gewaltigen Gedanken einen Augenblick fest — das Wort langi verankerte sich in der Sprache als Inbegriff einer an sich raumlosen Welt; und es blieb, als der Tangata auch die Welt weiterdenkend als eine zeitlose erkannte. Daß er auch dahin kam, ergibt sich hier aus der Kosmogonie der Maori, welche das Weltall aus dem im Raum- und Zeitlosen wirkenden Schöpfungsgedanken erstehen ließ.

Also mußte der Tangata auch das Ding als Erscheinung und das Ding an sich (das Selbst der Dinge, das αὐτὸ καθ'αὑτὸν, das atman) begriffen haben. Er hat es getan und auch hier wieder ein gemeinverständliches Wort gebildet: atanga (wörtlich übersetzt: das Schattenhafte oder Schattenwesen der Dinge) — ein Wort, das vom Samoaner (meine Kenntnis ist eine nur auf Samoa erworbene) nur in dieser erkenntnistheoretischen Bedeutung gebraucht wird und in seinem Begriffsinhalt ganz allgemein von jedem Jüngling und Mädchen aus Häuptlingsgeschlecht (sie sind die Träger der geistigen Kultur) so verstanden wird. Das Ding an sich heißt totonu — es ist einmal „das Innerste", zum andern „das ganz Richtige" (tonu — richtig; totonu Verstärkung von tonu); vornehmlich aber ist totonu „richtig im sittlichen Sinne". Also ist dieses Selbst an sich der Dinge ein sittliches Selbst. Und hier liegt meines Erachtens die gewaltige Überlegenheit polynesischer Philosophie über diejenige aller anderen Völker. Daß das Selbst der Dinge ein sittliches Selbst ist, hat weder der Grieche noch der Inder noch irgendein anderer erkannt. Man muß diesen Gedanken nur ganz zu erfassen suchen, um seine gewaltige Tiefe verstehen zu können. Sittlichkeit kann ja nur bestehen im willensfreien Selbst — solange dieses nicht als ein sittliches Selbst erkannt ist, muß es als ein ver-

kehrtes gelten; in der orientalischen Welt, von wo der Gedanke mit dem Christentum zu uns herübergekommen ist, als in Sünde verstrickt; im indischen Gedanken als Leiden. So oder so, es steht falsch in der Welt, die doch nur darum ist und sein kann, weil sie an sich richtig ist — und richtig kann sie nur sein als sittliche Tat, in welcher weder für eine Befreiung von sich selbst durch den Eingriff einer höheren Macht noch durch Selbsterlösung Raum sein darf. Die Welt wäre sonst verkehrt und sie wäre überhaupt nicht. Die Welt besteht in der Richtigkeit aller Dinge zueinander — das Sittengesetz ist Harmonie alles Selbst der Dinge. Nicht schöner konnte dieser Gedanke gefaßt werden, als wie es vom Polynesier geschehen: Die Welt ist langi — ein Singen, ein Schöpfungslied — und ihr inneres sittliches Gesetz ist Harmonie — viinga.

Und doch die Möglichkeit zur Disharmonie? Ja gewiß, sie muß bestehen, es gäbe ja sonst keine Sittlichkeit. Wir können ja nur darum sittlich handeln, weil wir auch unsittlich handeln können. Hier „kehren sich die Worte um“, wie der Inder sagt. Der Polynesier aber stellt sich so zu dieser Frage: Das sittliche Selbst der Dinge, das totonu (es ist das indische atman, wenn man von der Sittlichkeitsidee absieht) begründet sich durch seine Freiheit im sittlichen Handeln, das doch nur gegenüber einem andern totonu bestehen kann. Daher muß in allen Dingen ein durch Gegenseitigkeit bedingter gleicher Sittlichkeitsgedanke vorhanden sein, also ein gemeinsamer Sittlichkeitsgrund; oder anders ausgedrückt: Das Selbst der Dinge muß einem gemeinsamen Selbst der Welt entstammen, dessen gewollter Ausdruck das einzelne totonu ist. Es ist tangaloa (ta heißt „Ich“; tanga ist die „Ichheit“ — loa heißt groß und gleichzeitig — tangaloa ist also die große gleichzeitige Ichheit, das Selbst aller Dinge — der Weltgrund). Es ist letzter Sittlichkeitsgrund, das an sich Sittliche, an dem alle Sittlichkeit gemessen wird. Tangaloa wird zugleich gedeutet als „das große Sehnen“, also der Schöpfungswille: von den Missionaren übersetzt mit „Gott“. Aber das letztere ist tangaloa doch nicht, denn es ist kein Gegenüber zur Welt, kein Zweites. Der Tangaloabegriff ist ein wesentlich verschiedener vom Gottesbegriff der orientalischen und abendländischen Kirchenlehre, so gewiß auch vielfach die christlichen Evangelien hier in einem gleichen Gedanken einzuklingen scheinen. Tangaloa ist auch nicht das indische brahman, weil dieses nicht Inhalt eines sittlichen Selbst der Welt ist — immerhin steht tangaloa dem brahman am nächsten. Es ist schwierig, den Tangaloagedanken in unserer Einstellung ganz verständlich zu machen, aber daß es hier um einen gewaltigen Gedanken geht, kann nicht bezweifelt werden.

Für den Geopolitiker wird der Inhalt der polynesischen Gedankenwelt an sich weniger von Bedeutung sein, als vielmehr, wie sich politisch und soziologisch eine solche der Meeresumwelt entsprungene Weltanschauung auswirkt.

Daß der Gedanke eines in allem Leben stehenden einen Selbst der Welt sozial zu einer kommunistischen Gestaltung des Gemeinlebens hinführen muß, ist nur folgerichtig. Um so mehr aber muß es auf den ersten Augenblick überraschen, daß ein solches kommunistisches Gemeinwesen sich mit einer unbedingten Führerschaft der Adelsgeschlechter verbindet, denen das Volk aus innerster Überzeugung heraus eine überragende soziale Stellung zuerkennt. Ein Versuch, die nach unseren Begriffen gottähnliche Stellung der Mitglieder von Häuptlingsfamilien zu schwächen, würde auf den allerschärfsten Widerstand stoßen und zwar mehr bei den Volksmannen als vielleicht beim Adel selbst. Das hat seine Folgerichtigkeit aus der polynesischen Weltanschauung heraus. Wir kommen hier zu dem Blutsgedanken, der in dieser Gedankenwelt eingeschlossen ist. Blut (arterielles Blut — die Essenz des Blutes) ist mã; dasselbe Wort bedeutet Scham, steht also in Beziehung zum Begriff von Sittlichkeit oder Ehre. Mã ist der blutsgewordene Lebenswille des sittlichen Selbst und zugleich seine sichtbare Äußerung als Schamröte im Widerspruch der Lebenshandlungen zu ihm. In je mehr möglichen Handlungen ein solcher Widerspruch empfunden wird — und das ist der Fall bei den Häuptlingsgeschlechtern bei ihrem besonders stark ausgeprägten Ehrbegriff — um so näher steht der einzelne seinem sittlichen Selbst, seinem totonu, und ragt um so tiefer durch dasselbe in das sittliche Selbst der Welt, in tangaloa, hinein. Der mit seinen sittlichen Begriffen das Volk weit überragende Adelsmann ist also tangaloa ungleich näher als der Volksmann — er steht in unserer Sprache gesprochen der Gottheit näher, hat mehr vom Göttlichen in sich. Es ist aber nicht richtig, wenn die aus solchem Gefühl, das doch zweifellos selbst Blutsgefühl ist, entspringende allgemeine Hochachtung der Häuptlingsfamilien, die in der Form einer geltenden Selbstverständlichkeit unser Erstaunen erregt, gedeutet wird als Verehrung gewissermaßen Mensch gewordener Götter. In solcher Auffassung befinden wir uns ganz und gar in europäischer Einstellung, die hier wie auch sonst gegenüber der polynesischen Geisteskultur zu gänzlich falschen Vorstellungen führt. Das hier vorliegende Wesensverschiedene läßt sich darin erkennen, daß alle Bemühungen von außen her scheitern, den Polynesier dem Gedanken einer Gleichheit der Menschen zugänglich zu machen — im sozialen Leben lehnt er ihn unbedingt ab; in der Lehre der Missionare von der Gleichheit aller Menschen vor Gott kann er ihn nur verstehen als Dasselbe aus Tangaloa in allem Selbst der Dinge, dem aber der einzelne Mensch als atanga sehr verschieden nahesteht. Ich stelle dahin, ob die Kastengliederung der Inder nicht auch, wenigstens teilweise, ihrer ähnlichen Weltanschauung entspricht — jedenfalls hat selbst die Lehre des tatwam asi (du bist es selbst), also die Lehre des eigenen Daseins in allem anderen die schärfste soziale Trennung der Kasten nicht verhindert. Der Widerspruch des Denkens

gegenüber der sozialen Gestaltung des indischen Gemeinschaftslebens infolge Rassenverschiedenheit der Bevölkerung dürfte vielleicht doch nur ein scheinbarer sein, und das polynesische Beispiel gibt für die volle Erklärung des indischen Kastenwesens einen möglichen Anhalt.

Das Bewußtsein des Besitzes eines an sich richtigen Selbst muß nun aber zur stärksten Lebensbejahung führen, es muß zur Freude am Dasein werden. In allem Mensch mit der durch Sittlichkeit bedingten Freiheit des Willens und doch an sich richtig zu sein, ist eine Höhe der Lebensauffassung, die außer dem Tangata kein Volk der Erde sich errungen hat. In dieser Lust am Dasein, das sich in immerwährendem Streben nach Harmonie zu seinem richtigen Selbst zu bringen sucht und sich in Schönheit und einer sonst nirgends erreichten Lebenskunst der Freude auswirkt, offenbart sich äußerlich der Wesensunterschied der polynesischen und der auf anfänglich gleichen Gedanken wandelnden, dann aber stehen gebliebenen indischen und der von Asien überkommenen neueuropäischen Weltanschauung. Als der Tangata das, was dem Inder atman, als totonu; das, was ihm brahman, als tangaloa erkannte, wurde die Welt ihm zum Paradies — und das Meer, die Moãna, die zuerst mit ihrem Unendlichkeitsgedanken die Sehnsucht dahin in ihn eingelegt hatte, schenkte es ihm auch als Wirklichkeit auf den grünen lachenden Inseln in sonniger Frühlingspracht unter immer blauem Himmel. Nur der Weiten- und Sehnsuchtsmensch des Meeres konnte die paradiesischen Eilande finden, nur er sie sich wahrhaft zu eigen machen, sich und sein Dasein in Harmonie mit dem wellenumrauschten Zauberland verschmelzend. Vor der Disharmonie der weißen und gelben Zivilisation stirbt der Tangata dahin — aber vielleicht kann doch noch einmal seine geistige Hinterlassenschaft befruchtend auf die Völker der Erde wirken, wie es nach Jahrtausenden die auf den Inseln des östlichen Mittelmeeres entstandene, in vielem so gleiche geistige Kultur der Hellenen auf das gegenwärtige Geschlecht getan hat. So gewaltiger aber die unvergleichlich weiter sich erstreckenden Räume der Südsee das Denken der meerverbundenen Menschen angeregt haben, so befruchtender wird auch jene weitspannendere Gedankenwelt wirken können, die in ihrer Tiefe zu verstehen, wir uns in kommenden Zeiten nicht bloß geistig, sondern auch sittlich erst noch reif zu machen haben.

E. TRINKLER:
DIE INDISCHE NORDWESTGRENZE

Wohl kein anderes Gebiet hat eine solch große Bedeutung für das Indische Kaiserreich wie die Nordwestgrenze. Wer die Geschichte Indiens der letzten Jahrzehnte durchstudiert, wird finden, daß fast alle Grenzstreitigkeiten Indiens auf das Gebiet der Nordwestgrenze fallen.

Schon seit ältesten Zeiten lag das Einfallstor nach Indien im Nordwesten; ich erinnere nur an das Eindringen der Arier, an den Zug Alexanders d. Gr., an die Einfälle der Skythen, an die Kriegszüge Mahmuds v. Ghazni, Babers, Timurs und Nadir Schahs.

Wenn Indien an der Nordgrenze im gewaltigen Wall des Himalaya und des ihm angelagerten 4500—5000 m hohen rauhen Berglandes von Tibet ein natürliches Bollwerk hat, so hat die Geschichte bewiesen, daß die wilden indo-afghanischen Grenzberge im Westen nicht unbedingt als ein natürliches Bollwerk betrachtet werden können. Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, dies so außerordentlich interessante Grenzgebiet, das der Verfasser 1924 zum Teil selbst kennen zu lernen Gelegenheit hatte, dem Leser näher zu bringen.

Das geographische Bild der Nordwestgrenze

Die Gebiete, die wir hier besprechen wollen, sind von Norden nach Süden, Tschitral, Dir—Swat—Bajaur—Mohmand, Khaiber und Tirah, Kurram und Wasiristan. Die Grenze dieser Grenzstaaten gegen Afghanistan wurde 1893 durch eine Grenzregelung mit dem Emir festgelegt. Die Grenze, die sogenannte „Durand Boundary" fällt darnach ungefähr mit dem Abfall der Berge gen Westen zusammen. Die Abgrenzung der einzelnen Gebiete gen Osten ist aus der Karte ersichtlich. Die Einwohnerzahl der genannten Grenzländer beläuft sich ungefähr auf $3^1/_2$ Millionen.

Das ganze Gebiet ist ein wildes hohes Gebirgsland. Im Norden an die Hauptkette des westöstlich sich hinziehenden Hindukusch stoßend, der nördlich Tschitral sich im Tiritsch Mir und Sad-Istragh bis zu 7000 m erhebt, ziehen die Gebirge wie gewaltige erstarrte Wellen von dort gen SSW und S. In allen Grenzgebieten, bis zum Tachit-i-Suleiman im Süden, erheben sich vereinzelte Gipfel bis 3500 und 4000 m und die relativen Höhenunterschiede sind verhältnismäßig groß. Bestehen die hohen Berge im Norden aus Eruptionsgesteinen, Graniten, Porphyren und kristallinen Schiefern, so treten in den südlicheren Ketten der Kreidekalk und jüngere tertiäre Ablagerungen in den

Vordergrund. Diese großartige Gebirgswelt wird nun von unzähligen, tie eingerissenen Schluchten und Tälern zerteilt, auf die wir bei der Schilderung der Einzellandschaften näher eingehen werden. Genau so mannigfach wi die Vegetation in den verschiedenen Teilen dieses großen Grenzstreifens ent wickelt ist, so verschieden sind auch die Völker, die diese Bergwelt bewohnen und es ist daher das zweckmäßigste, gleich mit der Schilderung der einzelnen Grenzbezirke zu beginnen.

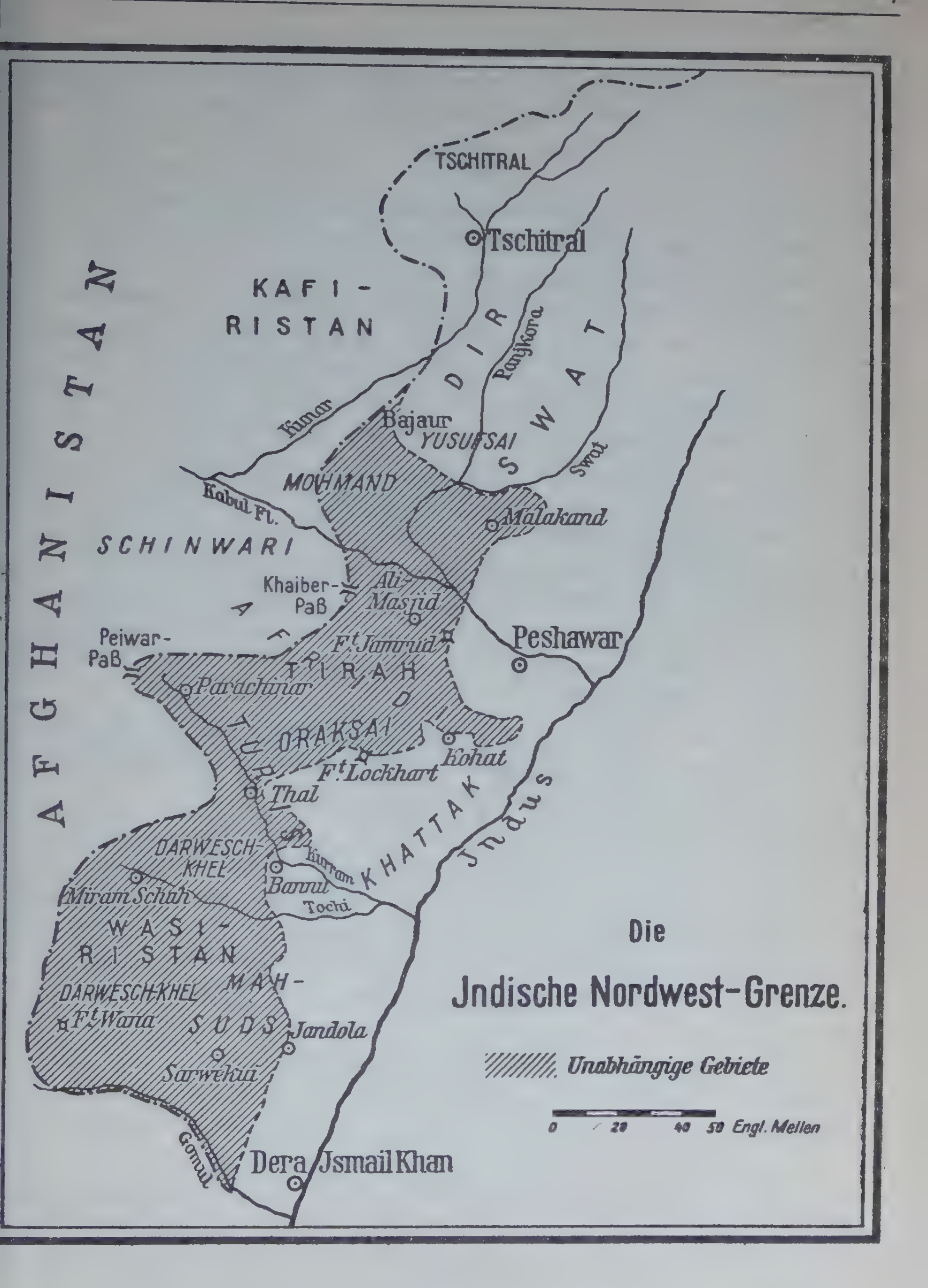
1. Tschitral

Tschitral ist der nördlichst gelegene, an afghanisches Gebiet grenzende Tei der Nordwestprovinzen. Hier erheben sich im Norden die eis- und schnee gekrönten bis über 7000 m hohen Gipfel der Hindukusch-Kette, und einig der allerhöchsten Pässe unserer Erde, wie der Agram- (5070 m), Dorah (4511 m) und Muksan-Paß (4890 m) vermitteln den Verkehr zwischen Badachschan—Russisch-Turkestan und NW-Indien. Überall treten uns Szenerien entgegen, wie wir sie aus den höchsten Alpentälern kennen, nur ist alles vie großartiger und gewaltiger.

Fruchtbare Talbecken, in denen Pfirsiche, Äpfel, Birnen, Aprikosen, Wein trauben und Getreide gedeihen, wechseln mit tiefen, engen Schluchten. Wälde von Zedern, Platanen und Tannen ziehen sich bis zu 3500 m die Hänge hinan aber das Gebiet des Oberlaufs des Tschitralflusses (hier Yarkhun genannt zeigt schon den Typ des öden, felsigen Hochasiens. Alle Reisenden schildern begeistert den gewaltigen Tiritsch Mir-Gipfel, der mit seinen Schnee- und Firnfeldern auf das Tal herabsieht und dessen Gletscherwelt und Eisseen noch ein interessantes Forschungsfeld für den Gelehrten und Alpinisten sein werden. Dieser Gipfel beherrscht das ganze Tschitraltal und wirkt durch seine isolierte Stellung ganz besonders prächtig.

Die Tschitralis, die zum indo-arischen Volksstamme gehören und mit den Galtschas und Darden nahe verwandt zu sein scheinen, werden als ein lustiges furchtloses Völkchen geschildert, dem aber Verrat und Intrigenwirtschaft nich abzusprechen sind. Die letzten schweren Kämpfe, die die Engländer mi diesen Tschitralis zu bestehen hatten, fallen in das Jahr 1895, in dem di englische Garnison im Orte Tschitral eingeschlossen wurde und einen schweren Ansturm zu trotzen hatte, ehe Hilfe herbeikam.

In Tschitral haben sich auch einige Kafiren angesiedelt, die von Afghanistan eingewandert sind. Sie sind noch heute die gefürchtetsten aller Räuber i diesem Winkel Asiens und noch heute wissen wir über das Heimatland de Kafiren, das afghanische Kafiristan oder Nuristan, wie es jetzt offiziell i Afghanistan genannt wird, sehr wenig; ist es doch nur einem einzigen Europäer dem Engländer Robertson im Jahre 1889 gelungen, etwas in dieses wild unwegsame Gebirgsland einzudringen.


TSCHITRAL
Tschitral
KAFI-
RISTAN
AFGHANISTAN
DIR
Panjkora
SWAT
Kunar
Bajaur
YUSUFSAI
Swat
MOHMAND
Kabul Fl.
Malakand
SCHINWARI
Khaiber-
Paß
Ali Masjid
AFRIDI
Peiwar-
Paß
Ft. Jamrud
Peshawar
TIRAH
Parachinar
TURI
ORAKSAI
Kohat
Ft. Lockhart
Thal
KHATTAK
Jndus
DARWESCH-
KHEL
Kurram
Bannu
Miram Schah
Tochi
WASI-
RISTAN
DARWESCH-KHEL
MAH-
SUDS
Ft. Wana
Jandola
Sarwekai
Gomul
Dera Jsmail Khan
Die
Jndische Nordwest-Grenze.
Unabhängige Gebiete
0 20 40 50 Engl. Meilen

2. Dir, Swat, Bajaur, Mohmand

Eine hohe NNO bis SSW sich hinziehende Gebirgskette trennt das Tschitraler Gebiet von Dir. Der am meisten begangene Verbindungsweg zwischen diesen Provinzen und Tschitral führt über den Lowarei-Paß, der aber erst im Mai schneefrei wird. In den Tälern des Swat und Panjkora finden sich reiche Kulturen und schon in ältesten Zeiten haben hier Städte geblüht. Dir, das eine höhere Lage hat und zu dem noch höheren Tschitraler Gebiet überleitet, hat ein gesünderes Klima wie die von Malaria heimgesuchten Täler des unteren Swat- und Panjkoraflusses. Der Reichtum des Landes ist der Zedernwald, der sich an den Berghängen hinzieht. Auch in diesen Bergen finden sich tiefe, unwegsame Schluchten, aber die Talbecken sind reich kultiviert. Berieselte Schutthalden und Terrassen ziehen sich an den Talseiten hin und außer Obst und Getreide gedeihen Reis, Zuckerrohr und Tabak.

Die Bevölkerung besteht aus Yusufsais, die außerordentlich fanatisch sind und 1897 den anglo-indischen Truppen in Malakand und Chakdarra schwer zu schaffen machten. Überall in diesen Gegenden finden sich viele Ruinen und hier müssen wir auch den Schlüssel suchen für das Verständnis der griechisch-buddhistischen Kunst Gandharas. Alexander d. Gr. passierte auf seinem Zuge nach Indien — vom Kunarflusse kommend, diese Gegenden und buddhistische Ruinen, Stupen und Klöster erzählen uns von der Kunst, die einst in diesen Tälern blühte.

Fern im Westen bilden die schneegekrönten Berge Bajaurs den Hintergrund; es ist ein mehr offenes Land, bekannt durch seine Eisenerzvorräte und seine schönen Eichen- und Fichtenwälder.

Zwischen Bajaur und dem unteren Kabulfluß liegt die zerrissene und wilde Bergwelt der Mohmands. Trockene Schluchten wechseln hier mit steilen Felsbergen, in denen die Vegetation ganz zurücktritt und nur durch dürres Gras, Gestrüpp und Zwergpalmen vertreten wird.

In tiefer Durchbruchsschlucht hat der Kabulfluß sich durch diese Berge gesägt, ehe er — von Afghanistan kommend — das indische Tiefland erreicht.

3. Khaiber-Paß und Tirah

Zwischen dem Kurramtal und dem Kabulflusse liegt das Gebiet der Afridis und Oraksai.

Schon seit ältesten Zeiten ist der Khaibar-Paß als Einfallspforte nach Indien bekannt. Er ist kein Paß im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern eine zirka 40 km lange Passage durch die kahle, wilde Gebirgswelt. Bis an die afghanische Grenze haben die Engländer jetzt eine ausgezeichnete Doppelstraße ausgebaut und auf die Höhen eine Militärbahn geführt.

In großen Serpentinen führt die Autostraße an den Berghängen hin, während
e Karawanenstraße dem Tale folgt.

Was einem beim Besuche der Grenze auffällt, sind die typischen Afridi-
rfer, deren quadratische Lehmhäuser von viereckigen hohen Wachttürmen
erragt werden.

Durch die englische Militärstrafexpedition 1896 ist uns die Heimat der
ridis und Oraksai näher erschlossen worden. Tirah bildet — ähnlich dem
n den Mohmands bewohnten Gebiete — eine schwer zugängliche zerrissene
rgwelt, innerhalb derer aber hübsche Talbecken gelegen sind. Die Tal-
cken sind teilweise recht bedeutend, der Boden ist sehr fruchtbar und überall
3t reiche Bewässerung und Berieselung üppige Ernten hervorbringen.
rikosen, Oliven, Maulbeeren, Granatäpfel und Wallnüsse finden sich hier,
ährend eine bunte Menge Blumen wie Enzian, Tulpen, Primeln die Hänge
eren. In den höheren Regionen findet sich auch die Blautanne. Ge-
hlossene größere Dörfer sind selten, vielmehr finden sich viele Gruppen von
—3 Häusern über das Land verstreut. Im Winter zieht sich die Bevölkerung
die tiefer gelegenen Täler, so in das Bara- und Schaibar-Tal zurück; denn
nn ist das Land unter Schnee begraben und eisig kalte Winde stoßen vom
hen Sefid Kuh herab.

Sowohl die Afridis wie die Oraksai zerfallen in zahlreiche Stämme und
ppen — Khel genannt, die oft genug sich gegenseitig bekämpfen. Die
ohnsitze der Afridis verteilen sich auf den nordwestlichen und nördlichen
eil von Tirah, wohingegen die Oraksai im Südosten sitzen.

Ebenso wie die südlicher wohnenden Wasiren lieben die Afridis die Frei-
it über alles; jeder einzelne möchte Herrscher sein und daher kann von
nigkeit unter diesen Stämmen kaum die Rede sein. Jeder Stamm, ja man
nn fast sagen jedes Dorf, verfolgt seine eigene Politik und nur bei ganz
sonderen Gelegenheiten schließen sich alle zusammen. Jeder fürchtet seinen
achbar, Räubereien und Überfälle sind an der Tagesordnung.

Das Kurram-Tal

Das Kurram-Tal begrenzt das Afridi- und Oraksai-Gebiet im Süden. Das
ere Kurram-Tal, von dem aus eine Karawanenstraße über den Peiwar-Paß
ch Afghanistan hineinführt, ist verhältnismäßig weit, reich bebaut und
ird von hohen, mit Fichtenwäldern bestandenen Bergen eingefaßt.

Hier liegen große Dörfer, deren Häuser aus der an der Sonne getrockneten
hmziegeln aufgeführt sind, und von 8—10 Wachttürmen überragt werden.
Tale finden sich Platanen, Weiden, Maulbeeren, Wallnußbäume, Eichen
d wilde Oliven. Das Klima ist ausgezeichnet, wenn auch im Winter viel
hnee fällt und die Kälte groß ist.

Das untere Kurram-Tal hingegen ist sehr öde, steinig und felsig, bitterkal im Winter und unerträglich heiß im Sommer. Ein fruchtbarer Talstrich lieg zwischen Kohat und Thal, Tirah im SO begrenzend.

Die Bewohner des Kurram-Tales sind die Turis, ein friedliches, arbeitsame Völkchen, das erst vor 600 Jahren ins Land gekommen sein soll und di Afridis und Oraksai aus diesem Tale in die Berge von Tirah verdrängt hat Die Turis sind die einzigsten unter den Grenzvölkern, die schiitischen Glauben sind.

Wasiristan

Wenden wir uns weiter gen Süden, so kommen wir nach Wasiristan, ei Grenzland, das den Engländern schon viel Sorge und Kummer bereitet ha und noch bereitet. Man unterscheidet Nord- und Süd-Wasiristan mit de Hauptquartieren Miram Schah und Fort Wana. Eine Gruppe prächtige Gipfel hebt sich aus der Bergwelt heraus, so der Schuidar und Pir Gul, di mehr als 3000 m hoch sind und wie zwei Wächter über der Indus-Eben aufragen. Tiefe Schluchten durchschneiden auch diese Bergwelt, aber di Flüsse sind während des größten Teils des Jahres trocken. Sind die den Indus zugewandten Randgebiete öde, steinig, von Schluchten zerrissen, s zeigen die höheren Teile des Landes im Innern lieblichere Bilder. Fichten Eichen und Zedern schmücken die Berge im Westen, während Ilex und Dorn gestrüpp die unteren Hänge bedecken und prächtige Pappeln den Stolz manche Dorfes bilden.

Große steinige Plateaus — die Raghzai — meist öde und ohne jede Vegetation schieben sich in die Bergwelt ein. Im südlichen Teile gedeihen bereits Dattel palmen.

Der meist begangene Weg ist immer noch die Straße längs des Gomul, au der jährlich im Herbst die großen Povindah-Karawanen (die Povindahs sin ein mächtiger Ghilsaistamm) von Ghasni kommend, nach Indien ziehen um in Indien Früchte, Felle und Bukharatuch zu verkaufen.

Wasiristan wird von zwei Rassen bewohnt, den Mahsuds im Süden un den Darwesch khel im Norden, ebenso sitzen die Darwesch khel im Bezirk vo Wana. Die Wasiren sind erst vor 500—600 Jahren von Osten her (vielleich von Radschputana) ins Land gekommen und haben die Khattak, die jetzt in Kohater Bezirk sitzen, aus ihren Wohnsitzen verdrängt.

Alle die näher mit den Wasiren in Berührung gekommen sind, schilder sie als prächtige, stolze, furchtlose, aber grausame Menschen. Sie sind ei schöner Menschenschlag, wie überhaupt alle Stämme, die die indisch-afgha nischen Grenzgebiete bevölkern. Ich habe unter den Afridis, Schinwari (zwischen Jelalabad und Khaiber Paß) und Mohmands viele prächtige Ge stalten gesehen und besonders die Frauen fallen durch ihre Schönheit auf. Wi

t wurde ich beim Anblick dieser Grenzvölker an die Zigeuner erinnert; . E. wäre es eine interessante Aufgabe, einmal der Frage nachzugehen, ob cht anthropologische und linguistische Zusammenhänge zwischen den Zigeunern ıd diesen pathanischen Stämmen bestehen.

Die größeren Siedlungen, von denen aus die Grenzdistrikte verwaltet werden, gen alle am Rande der Berge in großen Tälern oder Becken; so Peschawar, e Hauptstadt der Nordwest-Provinzen, Kohat, Thal, Bannu, Dera Ismail Khan. ese bilden natürlich daher immer das Ziel der Überfälle. In kleinen Gruppen n 10—20 Mann schließen sich kräftige Burschen zusammen, um unter dem hutze der Nacht den Überfall auszuführen und dann mit der Beute schnell die Schlupfwinkel der Berge zurückzukehren. Das Leben in den Bergen t ein ewiger Kampf; ein geordnetes, ruhiges Leben kennt der „Tribesman" cht, der Reichtum liegt in den reichen Tälern und oasenartigen, großen edlungen, was einfacher, als ihn sich durch Gewalt holen? Daß solche oerfälle immer gegen die Engländer gerichtet sind, ist falsch. Es ist ein indiger Kleinkrieg, der sich in diesen indisch-afghanischen Bergen abspielt. an kann diese Grenzdistrikte gut mit Kurdistan und Kaukasien vergleichen, o ganz ähnliche Verhältnisse herrschen. Das ganze Land ist wild gestaltet, twegsam, so recht Räubern und Flüchtlingen Unterschlupf bietend. Keiner vor seinem Nachbar sicher und die Karawanen trauen sich nur dann durch s Grenzgebiet, wenn sie groß an Zahl und stark bewaffnet sind.

Als einmal ein Afridi, der bei einem Überfall abgefaßt, gefragt wurde, warum e immer diese Überfälle machten, erwiderte er: Nun, was sollen wir denn nst tun, wenn wir nicht räubern sollen? Und macht Euch keine Sorgen, r machen auch Überfälle in das Gebiet des Emirs von Afghanistan und er ist n guter Mohammedaner, während Ihr doch nur Kafirs (Ungläubige) seid.

Die anglo-indische Regierung hat mit den Afridis vom Khaiber einen Vertrag geschlossen, wonach diese gegen Erhalt einer großen Geldsumme sich verlichten, an zwei Tagen in der Woche den Paß gegen Überfälle zu schützen, daß die großen Karawanen ungehindert das Gebiet passieren können. An deren Tagen aber kann es passieren, daß dieselben Leute zusammen mit n Räubern die Straße unsicher machen.

Genau so wie es unter Alexander d. Gr. und den Großmoguln war, ist es ch heute: Grenzstamm kämpft gegen Grenzstamm, Sippe gegen Sippe, Räuber achen Überfälle und plündern, Mord und Totschlag sind etwas Alltägliches. as aber mehr und mehr schwindet, sind größere Aktionen. Wenn wir in seren Zeitungen von Unruhen an der Nordwestgrenze Indiens lesen, so ndelt es sich dabei um Überfälle, bei denen vielleicht eine Anzahl indischer ldaten, vielleicht auch einige englische Offiziere getötet werden. Dann erden Strafexpeditionen ausgerüstet, die natürlich manchmal auch schwer

zu kämpfen haben. Aber an ein Zusammengehen der Grenzvölker gegen England zu denken, ist irreführend. Und bei der großen Uneinigkeit dieser Völker ist es natürlich ein leichtes, diese gegeneinander auszuspielen. Die Zerrissenheit des Landes, die Gegensätze im Klima mit seinen großen Temperaturschwankungen, spiegeln sich in den Völkern wieder.

Schon die Geschichte hat bewiesen, daß die indo-afghanischen Grenzberge kein natürlicher Schutzwall gegen feindliche Angriffe von Westen sind. Zwei Wege sind es hauptsächlich, die immer als Anmarschrouten dienten:

1. Khaiberpaß,
2. Die Povindah-Straße längs dem Gomul-Flusse.

Über den Khaiberpaß zogen Mahmud v. Ghasni 1000—1030 n. Chr.), Baber (1483—1530 n. Chr.), wahrscheinlich die Mongolen unter Timur (1398—99 n. Chr.), Nadir Schah (1738 n. Chr.) und Hyphaestion mit einem Teile des Heeres Alexanders d. Gr., während er selbst, vom Kunartale kommend, durch Bajaur Strat sich dem Indus zuwandte (327—325 v. Chr.). Die Straße längs dem Gomulflusse wurde ebenfalls öfters von Mahmud v. Ghasni benutzt, der nicht weniger als 17 Einfälle nach Indien unternahm.

Auch heute noch sind diese zwei Straßen die Hauptverkehrswege zwischen Afghanistan und Indien. Zwischen diesen beiden Tälern befinden sich nun das Kurram- und Kochital, von denen das erste als Handelsroute noch Bedeutung hat. Von diesen vier Tälern aus werden die unabhängigen Gebiete kontrolliert. So liegen

im Khaiberpasse: Fort Jamrud, Fort Ali Masjid, Fort Landi Kotel;
im Kurramtal: Parachinar, Fort Lockhart, Thal;
im Tochital: Miram Schah;
im Gomultal (in einem kleinen Seitental): Fort Wana.

Durch alle vier Täler führen jetzt gute Straßen, größenteils für Autoverkehr möglich, die durch Wachtposten gesichert sind.

Trotz allem ist die Lage in diesen südlicheren Grenzdistrikten nicht als unbedingt sicher anzusehen. Überfälle kommen immer noch vor und der Europäer muß auf der Hut sein. Die November-Nummer des „Pioneer" (Allahabad) schreibt noch, daß die Truppen in Wasiristan jede Vorsichtsmaßregel beachten müssen, gerade als ob sie in Feindesland seien. Außer den Hauptstraßen werden auch Nebenstraßen ausgebaut, und die baut der Engländer direkt in die Gebiete hinein, die immer Hauptunruheherde sind. So ist jetzt eine Nebenstraße nach Süd-Wasiristan hineingebaut worden von Jandola nach Sarwekai.

Man kann wohl sagen, daß mit der Aufschließung des Landes durch große Straßen, mit dem Bau von Bahnen wie nach Thal und auf den Khaiber, durch Errichtung militärischer Stützpunkte sowie durch Verwendung von

lugzeugen auch dieser unruhige Landstrich Indiens mehr und mehr zur Ruhe ommen wird. Und wer einmal — wie der Verfasser — Gelegenheit gehabt at, die englische Verwaltung dieser Gebiete ein wenig kennen zu lernen, der ird einsehen müssen, daß diese Grenzländer — wenn auch langsam, so doch cher — einer friedlichen Zeit entgegengehen.

Literatur

H. Holdich: The Indian Borderland, London 1909.
- The Gates of India. London 1910.
- The Geography of the North-Western Frontier Province of India. Geographical Journey 1901, Bd. 17, j. 461 fde.
- Tirah. Geographical Journal 1898, Bd. 12 p. 337/61.
liver: Across the Border of Pathan and Baluch. London 1890.
M. Enriquez: The Pathan Borderland. Simla 1909.
oos Keppel: Gunrunning on the North-West Frontier.
Sir James Douie: The Punjab N.-W. Frontier Province and Kashmir. Cambridge 1916.
H. W. Bellew: The Races of Afghanistan. Calcutta 1880.
M. A. Stein: Ruins of Desert Cathay Bd. 1. London 1912.
A. Durand: The making of a Frontier, London 1899.
Viele beachtenswerte Aufsätze finden sich in „Times of India“, „Pioneer“ und anderen indischen Zeitungen.
L. A. Starr: Frontier Folk of the Afghan Border and Beyond. London 1920.
T. L. Pennell: Among the Wild Tribes of the Afghan Frontier 1909.

K. HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Mit einer Grenzüberschreitung am Raine zur Alten Welt müssen wir den Literaturbericht beginnen, da der vorderasiatische Teil des Werkes:

Oskar von Niedermayer: Unter der Glutsonne Irans (Einhorn-Verlag, Dachau bei München, 1925, zahlreiche Abbildungen, eine Karte)

des Berichts über fast übermenschliche Leistungen und Taten auf dem weiten Kriegswege von Syrien durch Mesopotamien und Persien nach Afghanistan mitten durch weit überlegene feindliche Streitkräfte von rechtswegen dahin gehört. Aber da der ganze Sinn von Niedermayers Unternehmung eine aufrüttelnde Wirkung gegen die indische Welt durch die Übergangslandschaft hindurch, nach dem Indischen Ozean und dem indischen Lebensraum war, darf ich diese Seite seiner Arbeit, vor allem die prachtvolle Schilderung der geopolitischen Dynamik von Iran als Übergangsland nach Indien, auch für uns in Anspruch nehmen, und es wäre nur zu begrüßen, wenn ein so ungewöhnliches Buch als Spiegel einer noch ungewöhnlicheren Leistung in diesen Heften doppelt erwähnt und gerühmt würde. Die glänzende Reise- und Expeditionsschilderung zeigt, welchen Vorsprung der geographisch und geopolitisch Geschulte für die Durchführung heikler politischer und wirtschaftlicher Sendungen hat; aber es gibt wenige, begnadete Menschen, die sich so in die Seele einer so fremden Landschaft, wie das Grenzgebiet zwischen Iran und Indien, einfühlen können, daß sie, weit über wissenschaftlich Erarbeitetes hinaus, geradezu ihren geopolitischen Instinkt übertragen können. Höhepunkte darin scheinen mir von S. 126 an (Am „Tore Indiens") und von S. 174 an (Auf Alexanders Pfaden; geopolitische Bedeutung von Alexanders Zug). „Die innere Entwicklung von Afghanistan und Persien nach dem Kriege und das Unabhängigkeitsstreben dieser Länder waren die logische Folge und Fortsetzung der von uns begonnenen Arbeit . . ." Gewiß! und die Weiterwirkung auf das verwandte Streben in Indien gehört zu den mittelbaren Folgen einer Leistung von ganz seltenem geopolitischen Verständnis, mit Opfern von einer Größe auf dem über 22 000 km langen Wege der Expedition, die weder von der deutschen Wissenschaft noch von der Praxis vergessen werden dürfen, damit solchen Männern Nachfolger erstehen!

Colin Roß: Heute in Indien. (Mit 80 Abbildungen und 1 Karte, Halbl. Mk. 9,50).

Alle Vorzüge, die in diesen Blättern (1924, Heft 12) einem früher erschienenen Reisebericht von Roß zuerkannt worden sind — die anschauliche Lebendigkeit der Landschafts- und Menschenschilderung, die Kunst, bei aller Zugänglichkeit für Einzeleindrücke stets die große Linie der Darstellung festzuhalten — eignen auch diesem neuesten Buche. Freilich muß vorausgeschickt werden, daß der Titel etwas irreführend ist. Der Verfasser versteht laut seiner Definition auf S. 65 unter „Indien im weitesten Sinne den Raum zwischen der Straße von Bab el Mandeb bis zur Bandasee, die den Sunda-Archipel von der australischen Welt scheidet". Nach unserem allgemeinen Sprachgebrauch versteht man aber unter „Indien" schlankweg im allgemeinen Vorderindien und wundert sich zunächst darüber, daß es einem Deutschen — der doch infolge der strengen Aussperrungsmaßnahmen, die noch im siebenten Jahre des sog. Friedens unsere Landsleute vom Betreten des britischen Vorderindiens so gut wie ausschlossen — einem

on uns möglich gewesen sein soll, so ein-ebende Studien an Ort und Stelle zu machen. Nimmt man das Buch zur Hand, sieht man rst, daß der Verfasser den Fuß nicht in das erbotene Land gesetzt, sondern vom asiatischen estlande nur Britisch-Malaya und Siam, ferner ie Kronkolonie Ceylon und die niederländi-chen Inseln Sumatra, Java und Bali besucht at, so daß diejenigen Leser enttäuscht sein önnten, die das Buch erwerben, um das neueste ber das Indien von heute im gebräuchlichen ngeren Sinne zu erfahren.

Von besonderer Wichtigkeit für geopolitische etrachtungsweise scheinen mir — um nur inige Stichworte aus einer großen Fülle her-uszugreifen, die einem die Wahl wirklich chwer macht — etwa die folgenden Ausfüh-ungen: über die Fortschritte der chinesischen Überflutung von Singapore und über die Eig-ung der Chinesen zum Kampf ums Dasein in iesen Erdräumen (S. 23, 66); die Pläne zum usbau des Kriegshafens von Singapore und eine wehrtechnische und politische Seite (S. 25); ie wirtschaftsgeographische Wichtigkeit von ubber und Zinn (S. 77); die ausgesprochen otamische Note der staatlichen Grundlagen iams (S. 140) und die anschließenden Betrach-ungen über seine wirtschaftliche Entwicklung nd seine Zukunft; die Arbeitsfrage auf Sumatra S. 157); die holländische Kolonialpolitik (S. 200); er Agrarkommunismus auf Bali (S. 226); die hilippinenfrage (S. 307).

Bedeutsam scheint mir vor allem, was so ein luger und vorurteilsloser Beobachter über die rennenden Fragen des Ostens, die der unauf-altsamen Verwestlichung der alten Kultur, der assengegensätze und der Rassenmischung zu gen hat. Wer sich dafür besonders interes-ert, kann auf S. 50 bis 70 und im Schluß-apitel nachlesen, wie sich der Verfasser damit useinandersetzt. Zu einem festen Ergebnis ommt er dabei freilich so wenig, wie die eisten ernsthaften Sucher, die sich mit diesem nendlich verwickelten und vielseitigen Komplex von Problemen aufrichtig abgemüht haben. Doch ist auffallend, daß er — ohne sich geradezu dafür auszusprechen — gefühlsmäßig mehr auf Seite derer zu stehen scheint, die im Gegensatz zu der bisher von den Engländern befolgten Rassenpolitik — der strengen Ablehnung der Mischehen und der sozialen Niederhaltung der Mischlinge — eine Rassenmischung befürworten. Wenn schließlich zwar nicht der Verfasser selbst, aber ein Gewährsmann, dem er nicht widerspricht, ja, dem er eher zwischen den Zeilen recht zu geben scheint, die Fortdauer der Vorherrschaft der weißen Rasse im Osten geradezu davon abhängig macht, daß sie sozusagen den Anschluß an die farbigen Rassen findet, so kann man wohl über diese zweischneidige Maßregel zu anderen Schlüssen kommen, als der Gewährsmann des Verfassers, der sagt (S. 320): „Das ist ja der große Fehler: hätten wir uns nicht abgeschlossen, so gäbe es jetzt eine anglo-indische Mischlingsschicht, fähig, Indien als ein Dominium im Verband des Empire zu regieren. So aber werden wir nicht nur Indien verlieren, sondern es wird auch der abendländischen Zivilisation verloren gehen. Es gibt doch nur drei Wege der wirklichen Eroberung eines rassefremden Landes: Ausrottung, Versklavung oder Vermischung mit der eingeborenen Bevölkerung, das heißt, vielleicht gibt es heute nur mehr den letzteren."

Ganz so rückhaltlos wie Roß vermag ich auch die Eingeborenenpolitik der Niederlande nicht zu bewundern, für die er nur Worte des Lobes findet; es überraschte mich z. B., daß er, der so lange auf Bali weilte und so herzliche Sympathie für das feine, anmutvolle alte Kulturvolk dort empfindet, mit keinem Wort der Mißbilligung die furchtbaren Metzeleien erwähnt, die sich die Holländer in nicht weit zurückliegender Zeit dort haben zu Schulden kommen lassen.

Besonders berührt hat mich natürlich, daß Roß (wie er auf S. 311 ausführt) zu anderen Ergebnissen als ich selbst über die Möglichkeit

eines Zusammenschlusses der malayischen Inselvölker zu einem großmalayischen Inselstaate gelangt ist und die Gründe, die er dafür anführt. Der Raum verbietet es mir leider, hier auf die Anregung einzugehen, so verlockend es an sich wäre.

Die künstlerischen Höhepunkte des Buches, das reich an feinen und schwungvollen Schilderungen sowohl der landschaftlichen Schönheiten als der menschlichen Eigenart der Bewohner ist, scheinen mir Teile der Kapitel über Sumatra und Java zu sein, so die Beschreibung der Ersteigung des Vulkans Papandajan und der Teilnahme an den Festen und sakralen Tänzen auf Java. Dabei kommen sowohl des Verfassers feines Landschaftsgefühl als seine ungewöhnliche Einfühlungsfähigkeit in die alten Kulturgüter wohltuend zur Geltung.

Das Buch überragt also weit die übliche Globetrotter-Literatur und niemand wird es ohne reiche Anregung und lebhaften Genuß aus der Hand legen.

Earl of Ronaldshay: Indien aus der Vogelschau. (Mit vielen Abbildungen und einer Karte.) F. A. Brockhaus, Leipzig 1925. Leinen Mk. 13,—.

Hier handelt es sich um Indien im engeren Sinne, also um Britisch-Vorderindien; und zwar vorwiegend um seinen nördlichen Teil, während der südliche, die eigentliche Halbinsel, stiefmütterlich behandelt wird. Der klar ausgesprochene Zweck des Buches ist, als Einführung in das ganze Gebiet der indischen Landeskunde, Völkerkunde, Wirtschaft und Politik für die Leser zu dienen, die sich über ein ihnen noch nicht vertrautes Gebiet einen ersten flüchtigen Überblick verschaffen wollen. Diesem Zweck wird es gerecht, soweit eine Schrift von mäßigem Umfang auch nur einigermaßen genügenden Aufschluß über ein Land geben kann, das in der englischen Literatur nicht umsonst meist als „the Indian subcontinent" bezeichnet wird, und das eben wirklich mehr ein Kontinent für csih als ein bloßes Land ist. Der Kenner wird und muß selbstverständlich manches vermissen und sich nicht mit allem einverstanden erklären können. Für den Neuling ist das Buch recht empfehlenswert und wird ihn anregen, tiefer zu schürfen.

Die vorwiegend geopolitisch interessierten Leser unserer Zeitschrift werden mit Gewinn vor allem die Kapitel vornehmen, die sich mit den Grenzfragen im Nordwesten befassen. Dort, in Sind, im Penjab, in den zum Teil noch umstrittenen Gebirgsländern von Belutschistan und Wasiristan, in den Gebieten um den Kyberpaß hat sich der Verfasser viel herumgetrieben und wohl nicht als bloßer Vergnügungsreisender, sondern irgendwie als Angehöriger der britischen Regierungskaste, vielleicht sogar als aktiver Teilnehmer an den unaufhörlichen Grenzkämpfen, die er mit einem mehr als gewöhnlichen Maß von Ortskenntnis und Einsicht schildert. Es sind das die Kapitel über die Nordwestgrenze, die geschichtliche Heerstraße, über Grenzfragen und den dritten afghanischen Krieg mit seinen Nachwehen, von deren Tragweite man sich bei uns ein ganz ungenügendes Bild zu machen pflegt.

In späteren Kapiteln finden sich anregende und sachkundige Bemerkungen über Wirtschaft und Verkehr, über die großartigen Bewässerungspläne, durch die nach und nach die Wüste von Sind in eine Kornkammer verwandelt werden soll (S. 125) und die damit Hand in Hand gehende Erschließung durch Bahnbauten. Unter den vielen verstreuten, richtigen und klugen völkerpsychologischen Beobachtungen sei als Stichprobe die Beurteilung des Islam auf S. 170 hervorgehoben: „Die übervölkische Eigenart des Islam ist also das Entscheidende für die Haltung aller Mohammedaner in irgend einer gegebenen Frage. Wer das nicht erfaßt hat, der vermag ihre Entschlüsse nicht zu begreifen und noch weniger vermag er ihre vermutliche Stimmung vorauszusagen." Aber eben dieses Urteil scheint für die erneuerte Türkei und das sich erneuernde Arabien doch nur mehr mit Einschränkung zu

utreffen, so richtig es noch für Indien sein nag, woraus hervorgeht, wie rasch sich die Entwicklungen nunmehr auch innerhalb der slamischen Welt vollziehen.

. L. Finch: Der Kampf um den Everest. (Mit vielen Abbildungen und einer Karte.) F. A. Brockhaus, Leipzig 1925. Leinen Mk. 11,—.

Den Heldenkampf einer kleinen auserwählten Schar um die Bezwingung des höchsten Gipfels ler Erde wird man nicht ohne äußere Spannung ınd inneren Anteil verfolgen können. Er wird ıns hier geschildert von einem der Teilnehmer, ler sich durch seine Vorträge auch in Deutschand bekannt gemacht hat, — mit schlichter Sachlichkeit, durch die nur bisweilen ein warmer oder gehobener Ton bricht, wenn den Verfasser lie Erinnerung an überwältigende Naturschaupiele hinreißt oder die an menschliche Größe überfällt, und die deshalb überaus sympathisch wirkt. Das treue Zusammenhalten der Gefährten n Not und Tod und der Untergang zweier von hnen kurz vor dem Ziele oder kurz nach Ereichung des Zieles gibt dem Bericht eine tragische Note.

Finch spricht sich übrigens mit ziemlicher Sicherheit für die Annahme aus, daß die beiden Opfer des Berges, Mallory und Irvine, infolge eines Versagens der Sauerstoffapparate, angeichts des Gipfels, wenige hundert Meter unterhalb, vom Tod ereilt wurden, „daß das Geschick lie beiden ereilte, ehe sie den siegenden Fuß auf den Everest-Scheitel setzen durften".

Von hervorragender Schönheit sind gerade n diesem Bande die Bilder; während aus den Tropenländern die schwarz-weißen Photographien nur einen schwachen Abglanz der Wirklichkeit zu geben vermögen, vermitteln sie wirkliche und genußreiche Anschauung aus dem Reiche les ewigen Schnees und Eises.

Merlin Moore Taylor; Bei den Kannibalen von Papua. (Mit vielen Abbildungen und einer Karte.) F. A. Brockhaus, Leipzig 1925.

Wer sich monatelang im fast unbekannten Innern einer tropischen Insel unter halbwilden Völkerschaften herumtreibt und dabei mancherlei Fährlichkeiten und Abenteuer besteht, wird immer etwas zu erzählen haben, was für den Kulturmenschen reizvoll und lehrreich zu hören ist. Das gilt für die ganze bunte Reihe der bei Brockhaus erscheinenden Reisewerke. Doch muß gerechterweise innerhalb dieser als Ganzes warm zu empfehlenden Reihe nach Verdienst abgestuft werden. So sei nicht verschwiegen, daß die Ausbeute dieses Buches für den Geographen und Politiker nicht gerade ergiebig ist. Schon die beigegebene Karte ist arg dürftig (überhaupt könnte der Verlag, der sonst in der Ausstattung besonders mit trefflichen Bilderbeigaben so wenig kargt, den sämtlichen Karten mehr Sorgfalt zuwenden, denn das eben Gesagte gilt auch für die schon besprochenen Werke).

Über die Landschaft von Neuguinea im engeren und weiteren Sinn erfährt man eigentlich herzlich wenig und nichts, was so gesagt wäre, daß es sich dem Gedächtnis einprägt, von ihren geologischen und morphologischen Grundlagen ist kaum die Rede und die Schilderungen ermangeln der Anschaulichkeit und Lebendigkeit; auch Tier- und Pflanzenwelt wird nicht sonderlich eingehend behandelt.

Hingegen kann der Anthropogeograph dem Buche manches wertvolle entnehmen. Der Verfasser hatte offenbar lebendigen Sinn und innerliche Teilnahme für die Eigenart des Volkes, und die Stärke seiner Darstellung liegt ganz auf diesem Gebiet. Seine Beobachtungen der Sitten und Gebräuche sind eingehend und genau und er bemüht sich sichtlich, nicht am Äußerlichen hängen zu bleiben, sondern mit Eifer und einem geradezu liebevollen Verständnis in die tieferen Beweggründe einzudringen, von denen die nicht leicht zu durchschauenden Seelen dieser Menschen geleitet werden. Dem Durchschnitts-Engländer, dem meist ein Nigger eben ein Nigger ist und weiter nichts, liegt solche Einfühlungsgabe sonst wenig, wie sie Taylor an vielen Stellen bekundet, so z. B. durch

seine eingehende Beschäftigung mit dem Knaben Payeye und seinem Entwicklungsgang.

Zusammenfassend muß aber doch ehrlich gesagt werden, daß der Deutsche, der sich über Neuguinea belehren will, besser daran täte, zunächst nach dem Werk unseres deutschen Kolonialhelden Detzner zu greifen, das denn doch auf einer ganz anderen Höhe steht — sowohl wissenschaftlich als menschlich — als das wohl angenehm zu lesende aber bei weitem nicht so ernst gegründete und tief schürfende Buch eines Ausländers.

Heinrich Schmitthenner: Chinesische Landschaften und Städte. Strecker & Schröder Verlag, Stuttgart 1925. 58 Abbildungen, 12 Karten.

Was schon fein gesehene Arbeiten über die chinesische Lößlandschaft und die japanische Inlandsee ahnen ließen, bestätigt dieser wohlgelungene Versuch, den teils verwirrenden, teils monotonen Eindrücken der chinesischen Landschaft durch exakte Formenanalyse und Typisierung ordnend beizukommen. Wir werden nach der Rückkehr von seiner zweiten Ostasienreise an H. Schmitthenner endlich den Mann haben, der die längst nötige moderne deutsche Landeskunde von China schreibt, die neben dem ehrwürdigen Monumentalwerk von Richthofen ins Volk, in unsere breiten Schichten geht, und ihnen hoffentlich das notwendige Verständnis für den landschaftlichen Unterbau des chinesischen Volkskörpers gibt. Gerade, daß man vor dem Erscheinen des handlichen Bandes von Schmitthenner bei der Berichterstattung über den Fernen Osten so gar nicht mit lebendigen Landschaftsvorstellungen rechnen konnte, hat es so schwierig gemacht, unser Volk dauernd über China auf dem Laufenden zu erhalten, was auf der andern Seite eine Notwendigkeit war, wenn Mitteleuropa nicht wesentliche Teile des planetarischen Kraftfeldes einfach unberücksichtigt lassen und damit dort völlig ausgeschaltet werden wollte. Schmitthenner zeigt ohne die bei chinesischer Landschaft sich so schnell sonst einstellende kunstwissenschaftliche Phantasterei die landschaftliche Bühne, auf der die chinesische Umformung sich abrollt, ohne Beschönigung, ohne farbenholzschnittmäßige Verzerrung und Übersteigerung, sondern so, wie man sie kennen und sehen muß, wenn man in der ostasiatischen Tagesgeschichte mitkommen will. Das aber war es, was wir notwendig brauchten, was in Einzeldarstellungen die vortrefflichen China-Artikel Solgers in Banses Geographischem Lexikon gaben, was aber hier von Schmitthenner einheitlich und klar, wirklich wie eine Art Ersatz für eine flüchtige Chinareise, zusammengefaßt ist und eine schmerzlich empfundene Lücke ausfüllt.

Hans Rohde: Der Kampf um Asien. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig, 1926. I. Band: Der Kampf um Orient und Islam. 12 Karten. II. Band: Der Kampf um Ostasien und den Stillen Ozean. 15 Karten. Geb. Mk. 17.—.

Unter selbständiger Verarbeitung eines umfassenden, zeitgeschichtlichen Stoffes nach großen Richtlinien entworfen, mit zuweilen kühnen, aber meist originellen Werturteilen durchsetzt, ist dieses Werk meines Wissens das erste in deutscher Sprache, das den ganzen Umfang der eurasiatischen Fragen zu umreißen wagt. Es wagt auch vielfach, Geister mit Namen anzurufen, die trotz ihrem ungeleugneten Vorhandensein vielfach mit ängstlicher Scheu gemieden werden.

Um den Riesenstoff in zwei mäßigen Bänden zu bewältigen, mußte vieles als bekannt vorausgesetzt werden, so vor allem die Kenntnis der erdbestimmten Züge der Groß- und Teilräume Asiens, und es darf wohl gesagt werden, daß für die fehlende Schilderung der geographischen Unterlagen die an sich geschickt verwendeten 27 Kartenskizzen kein vollwertiger Ersatz sind. Bedauerlich ist auch das Fehlen eines Quellen- und Schlagwortverzeichnisses vor allem für die Leser, die mit dem Buch arbeiten, es nicht bloß durchfliegen wollen.

Einzelne Urteile werden schwer zu verteidigen in: „Wirtschaftlich und kulturell ist Afghastan fast wertlos, politisch dagegen dank seiner ographischen Lage von hoher Bedeutung". fghanistan war doch schon mehrfach Mittelnkt blühender Kulturprovinzen des Islam, e der iranischen Hochkultur, und Vermittler r nach ihm genannten Gandhara-Kulturbeweng; und man sollte nicht so schroff über den Virtschaftswert eines Landes aburteilen, das eutschland an Raumweite nahe kommt und n dem man noch viel zu wenig weiß, was in inem Boden steckt. Von der Zeit längst überlt ist auch das Urteil über Japan „das nicht ran denke, die Schantungstellung aufzugeben".

Doch bedeuten solche einzelne Ausstellungen enig gegenüber der rückhaltlosen Anerkennung, e der Aufbau des Werkes als Ganzes finden uß, wegen der Kühnheit seiner politischissenschaftlichen Linienführung, zu der man en seine eigene Einstellung suchen sollte, um — stimmend oder ablehnend —, an seiner Hand ne Revision seines eigenen Urteils und Wissens er die großen asiatischen Fragen vorzunehmen. eser der Z. f. G. werden darin vielfach ihnen hon vertrauten Wegen begegnen. Sie sollten rch Erwerb des Buches oder Verlangen dach in öffentlichen Büchereien Rohdes Genkengänge kennen zu lernen suchen, die mentlich im Nahen Osten auf persönlichem hen, im Fernen Osten oft auf weitblickendem nfühlungsvermögen und der Fähigkeit zu oßräumigem Schauen beruhen.

Als erste große Fassung des Problems, das m 20. Jahrhundert weltpolitisch seinen Stempel ben wird, ist dieser Versuch von höchstem ert für geopolitische Arbeit.

E. A. Krause: Geschichte Ostasiens, II. Band. Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen 1925. 2 Kartenbeilagen (Vorstellung von Ostasien nach Marco Polo; Chinesisches Reich).

Wenn die Hauptschwierigkeit für den in Heft r Z. f. G. besprochenen I. Band in der Aushl aus einer ungeheuren Stoffülle und der Überwindung des euramerikanischen Vorurteils bestand, sich die Geschichte Ostasiens als etwas starres, überaltertes vorzustellen, so liegt wohl die des zweiten, mit der europäisch-ostasiatischen Berührung einsetzenden Bandes in der Sichtung der Fäden, die noch aus erstorbenen Geweben in die Gegenwart herüber reichen, und derer, die noch lebendig in die Zukunft weiterweben. Wir bedauern dabei, daß die Darstellung gerade vor den großen, erst seit 1900 so deutlich gewordenen Problemen der Gegenwart verklingt, und können gerade hier gewissen Ausblicken nicht zustimmen, z. B. S. 305 über die Zukunft Japans, das sich sehr wohl ohne eigenen Untergang oder Beherrschung Ostasiens als eine ozeanische Randlebensform im Gegensatz zu dem immer mehr oder weniger kontinentalen China erhalten kann. Aber solche einzelne Meinungsverschiedenheiten bedeuten nichts gegenüber der Bewunderung vor der großartigen Weiterführung des Baues der so kühn begonnenen ostasiatischen Geschichte auch im zweiten Band, gegenüber der Notwendigkeit für jeden, der sich sein Weltbild erhalten will, sich mit den Auffassungen von Krause auseinander zu setzen. So sehr sichtlich eine gewisse Vorliebe des Verfassers für China als den Träger der leitenden Kultur mit seinem tiefer schürfenden, weniger harmonischen, aber auch von tragischer Größe geleiteten Geist unter den beiden führenden Mächten besteht: so wird doch, wenn auch mit einem gewissen Widerwillen, die Darstellung der glänzendsten Eigenschaft Japans als Ganzes, der im Metaphysischen verankerten Vaterlandsliebe, gerecht (S. 235—236). Sehr dankenswert ist die Herauspräparierung gewisser Einzelfragen, die den Fluß der Gesamtdarstellung beeinträchtigt hätten und die dennoch unbedingt gewürdigt werden mußten, im dritten Abschnitt; so der glänzende Überblick über die Anfänge des Handels- und Missionswesens, die Betrachtung der wichtigsten chinesischen Reformen. Für alle heute Ostasien bewegenden Fragen findet sich in Krauses Geschichte, der Ausgangspunkt als notwendige

Grundlage geopolitischer Arbeit von der geschichtlichen Seite her.

H. G. W. Woodhead: The China Year Book 1925. Tientsin, London, New-York. 1925/26.

Das China-Jahrbuch als geopolitisches und wirtschafts-wissenschaftliches Werkzeug, als unentbehrliches Hilfsgerät der Staatskunst, Presse, Wirtschaft und Wissenschaft auf dem gedrängten Raum dieser Rundschau zu schildern, ist bei den 1350 Seiten wertvollster Information, die es enthält, nicht leicht. Einzelne Beiträge berühmter Verfasser von höchster Sachkunde können durch manche Jahrgänge mit geringen Veränderungen sich gleichbleiben, andere müssen jedes Jahr neu aufgebaut werden, in schwieriger gegenseitiger Durchdringung der Arbeit chinesischer Ämter, privater Sachkunde und ausländischer Beobachtung. Den höchsten Wert gewinnt man geopolitisch nur aus dem wertvollen Buch, wenn man immer wieder bedeutsame Jahrgänge vergleicht, die in ihrer Gesamtheit die Zeitgeschichte Chinas widerspiegeln. Welche Riesenarbeit in dem Zusammenbringen des Stoffes über gegen 440 Millionen Menschen auf solchen Räumen steckt — die nur vom britischen Reich um mehr als das Dreifache, vom russischen um das Doppelte übertroffen, von den Vereinigten Staaten und Kanada an Weite nicht erreicht werden —, wie schwer der Ausgleich zwischen den widersprechenden Angaben sachverständiger Männer ist, weiß wohl nur der Herausgeber allein. Aber die bloße Nachprüfung einzelner Tabellen, wie etwa der Binnenschiffahrt oder des Dienstes auf dem Yangtse verraten die Spuren jahrelanger Arbeit. Gewiß ist die erlangte Kenntnis ungleichmäßig, an einzelnen Stellen erschöpfend, an andern unvollkommen, an dritten mühsam aus einem künstlich verschleierten, verwirrten Quellenwirrsal geschöpft. Aber es gibt wohl kaum eine Frage über das in voller Umformung begriffene Riesenreich, für die sich in dem China Year Book nicht wenigstens der Ansatz zu einer Antwort fände, die Möglichkeit, erschlossenen Spuren weiter nachzugehen. Ein großer Vorzug des Werkes wäre es auch, wenn der an einzelnen Stellen gemachte Ansatz zur Quellenangabe über weitere Literatur allgemein würde. Jedenfalls aber ist auch dieses Jahrbuch wieder ein unentbehrlicher Helfer für alle mit China befaßten geistigen Arbeiter. Keine Zeitung, kein wissenschaftliches Institut und kein Wirtschaftsunternehmen kann seine Jahrgangfolge entbehren.

Erich von Salzmann: Gelb gegen Weiß. Aus dem Freiheitskampf Asiens. F. A. Brockhaus, Leipzig. 56 Abbildungen, 1 Kartenskizze. Halbleinen Mk. 9,50.

Erich von Salzmann ist einer unserer schärfsten Beobachter im Fernen Osten mit unvergleichlicher „Witterung"; eine Aussprache mit ihm gehört zu den belehrendsten Erfahrungen. Aber leider hat er nicht die Geduld, Bücher über schon abgeschlossene Erlebnisse zu schreiben, wenn er den „Flair" für neue hat. So wirken seine Aufsätze und Aufzeichnungen fast wie ein persönliches Erlebnis auf alle, die ganz wie er „im Bilde sind" und sich die ihm selbstverständlich scheinenden Lücken und Gedankensprünge ergänzen können, die ihre Freude daran finden, dem lebendigen, hie und da paradoxen witzelnden Erzähler zu folgen, und die das, was er neues bringt, eben an der richtigen Stelle ihrem Gesamtbild einfügen können. Aber schwieriger sind seine rasch hingeworfenen Skizzen als Arbeitsgerät verwendbar. Hier heißt es sichten, die bloße Plauderei vom wertvollen neuen Erfahrungsgut scheiden, und das macht uns Salzmann oft nicht leicht. Aber er versteht es allerdings wie wenige, aus widerstrebendem Boden Informationen hervorzulocken wie herauszuackern. Dazu gehören z. B. seine ausgezeichneten Bemerkungen über die Aussichten von deutschen Auswanderern in Persien (S. 149 Dazu gehört der Erguß, zu dem Salzmann den sonst durchaus nicht mitteilsamen Generalgouverneur der Philippinen über allerwichtigste Anschauungen von der nächsten und weiteren Zukunft des Fernen Ostens gebracht hat. Ei

ıarfes, aber höchst treffendes Augenblicksbild die Schilderung von Bender Buschir ab über n Persischen Golf. In der Darstellung der dischen Verhältnisse, namentlich des Verlustes r Einheitlichkeit des Civil service, sind blennde Streiflichter, nicht milder geworden durch e schlechte Behandlung, die der berühmte utsche Journalist in Indien erfuhr, für die er ıtürlich quittiert. Das Kapitel „Menschenfrachten", dann „Moskaus China-Filiale" sind Kabinetstücke für sich. Gerade auf chinesischem Boden betritt Salzmann ja wieder sein eigenstes Arbeitsfeld und liefert dort, neben Krauses Geschichte und dem sachlichen Gehalt des China Year Book das prickelnde Salz persönlicher Darstellung und zuweilen auch sarkastischen Pfeffer.

'erantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, lünchen, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststr. 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, reiligrathstr. 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, erlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114.

AFGHANISTAN TIBET / JNDIEN



EMIL TRINKLER

QUER DURCH AFGHANISTAN NACH INDIEN

236 Seiten / 68 Abbildungen, zwei farbige Skizzen, eine Karte
Leinen .... Mark 8,50

Ein schönes Buch über ein seltsames Land!

RASSUL GALWAN

ALS KARAWANENFÜHRER BEI DEN SAHIBS

270 Seiten / 26 Abbildungen
1 Karte / In Ganzleinen M. 6,–

Ein Tibetaner erzählt selbst über sein Leben u. seine Reisen!

KURT VOWINCKEL VERLAG



Das Lebensbuch der Königin Elisabeth Christine

Gemahlin Friedrichs d. Großen

Histor. Roman von Walter Schimmel-Falkenau

Buch I **Elisabeth Christine als Kronprinzessin**
Geschenkband Mark 5,–

Buch II **Elisabeth Christine als Königin**
Geschenkband Mark 6,–

Beide Bücher vereinigt unter dem Titel:
Das Lebenslied der Königin Elisabeth Christine
Ganzleinen in tiefem Lila Mark 10,—

Tausende kennen das Lebenslied der Gemahlin des Alten Fritz nicht, wohl aber die verschiedensten Bücher über den Großen König. Elisabeth Christine ist unbedingt als Persönlichkeit der Königin Luise gleichzustellen und hat der Autor mit diesem Werk ein Meisterwerk historischer Literatur geschaffen. Plastisch, wie aus dem Leben gegriffen, steht eine psychologisch mit Meisterhand charakterisierte Persönlichkeit vor uns, die beweist, daß Preußens Frauen unseren hervorragenden Führern nicht nachgeben.

Die Bücher eignen sich vorzüglich als Geschenk

EIN DEUTSCHER OSTLANDROMAN!

Zwischen den Konfessionen

Roman von Friedrich Fürle

Preis Ganzleinen gebd. M. 5,—, broschiert M. 4,—
Illustrationen von E. Schulz-Sorau

Fürles Roman ist packend geschildert und ist doch, trotzdem er tief in das konfessionelle hineingreift, kein Tendenzroman.

Das Mischehenproblem zeichnet der Verfasser ganz ausgezeichnet. Aus eigenem Erleben hat er dieses Werk gestaltet. Wie tief das Konfessionelle in das Leben hineingreift, verbirgt die vieles auslöschende Kultur der Großstadt, aber offen tritt es draußen zutage, wo die Verhältnisse einfacher liegen, auf dörflichem Boden. Bauern an der polnischen Grenze sind die Träger der Handlung, aber nicht Bauern in erster Linie, sondern Menschen.

Das Buch ist für beide Konfessionen bestimmt

DAS BUCH EINER FRAUENSEELE!

Roselies

Roman von Emmy Both-Martin

Preis Ganzleinen gebd. M. 6,—, broschiert M. 5,—
Umfang 300 Seiten, holzfreies Papier, tadelloser Druck

AUS DEM INHALT:
Der Roman ist erfüllt von dem Glanze innigen Heimatgefühls, welches seine Kraft aus der Liebe zu den heimischen Bergen u. Wäldern schöpft. Das Rauschen des Waldes, das sommerliche Prangen von Wald und Flur, die machtvolle Schönheit des Winters sind mit Herz und Augen liebevoll belauscht . . . . .

Die spannende Haltung in jenem waldbehüteten Gebirgsdorfe läßt den Leser sich rasch einführen in die Seelen der charakteristisch geschilderten Personen.

Emmy Booth ist eine unserer besten Schriftstellerinnen der Gegenwart, insbesondere sind es ihre charakteristischen Personenschilderungen, die fast in keinem anderen Buch so treffend gezeichnet sind.

Ein deutscher Forst- und Jagdroman

ISERVERLAG DRESLER & CO., FRIEDEBERG / QU.

RATEN-ZAHLUNGEN

Ein wildes und merkwürdiges Land: denken Sie an die Erlebnisse von Dr. Stratil-Sauer, der noch in Kabul im Gefängnis sitzt!

EMIL TRINKLER

QUER DURCH AFGHANISTAN NACH INDIEN

Mit 2 farbigen, 68 schwarzen Abbildungen, und 1 Karte, 236 Seiten Text, Leinen 8,50

in Raten von 2,50 bezw. 2,— monatlich

Wer „Nanuk" sah, liebt den Eskimo! Rasmussen ist Halbblut-Eskimo u. besuchte alle lebenden Stämme. Wahrhaft wundervolle Aufnahmen. Mit kleinen monatlichen Ausgaben können Sie sich dies Prachtwerk verschaffen!

RASMUSSENS THULEFAHRT

ZWEI JAHRE IM SCHLITTEN DURCH UNERFORSCHTES ESKIMOLAND

etwa 700 Seiten Text mit überaus vielen Abbildungen und Karten

ca. 10 Monatslieferungen zu je M. 2,80

Wem die großen Atlanten (Stieler und Andree) zu teuer sind, findet in dieser auf allerneuesten Stand gebrachten Ausgabe billig das unentbehrliche Rüstzeug: den eigenen, modernen Atlas!

WESTERMANNS WELTATLAS

109 Kartenblätter mit 137 Haupt- und 118 Nebenkarten auf feinstem, starkem, holzfreiem Papier, mit erläuterndem Text und alphabetischem Namenverzeichnis, bearbeitet von Adolf Liebers unter Mithilfe von Rudolph Barmm, Prof. A. Groebe, Dr. R. Müller, Dr. H. Winter u. a. Format 26×23 cm In Ganzleinen M. 30,—

in Raten von Mark 7,50 monatlich

BUCHVERTRIEB G·M·B·H

BERLIN W 35 / AM KARLSBAD 1[illegible]

VOLLSTÄNDIGE JAHRESBÄNDE
DER ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

JAHRGANG 1924
nur noch in geringer Zahl, nur gebunden

JAHRGANG 1925
in Heften wie auch gebunden

Preis: in Heften mit Titeln u. Register, M. 24.–
in zwei Ganzleinenbänden gebunden, M. 30.–



ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

EINBANDDECKE / TITEL
INHALTSVERZEICHNIS

I. HALBJAHR 1925

SIND ERSCHIENEN
PREIS 2 MARK

KURT VOWINCKEL VERLAG

